

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 1,20 RM, monatlich 1,10 RM, vierteljährlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Interpellations-Gebühr
 Bezahlt für die hochgehaltene Redaktions- und Verlagsanstalt des Reichstages, für die Interpellation des Reichstages 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 30 Pf. (zweiwöchige 2-fache Bezahlung), jedes weitere Wort 10 Pf. (zweiwöchige) und Schlußzeilenanfragen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interpellation für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 14. November 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

„Triarier“ Giesberts gegen Regierung und Zentrumspolitik.

1.

Nach Abschluß der Reichstagsdebatten über die Steuerungsinterpellationen forderte die „Germania“ insbesondere die Führer der „christlichen Gewerkschaften“ auf, als „Triarier“ für die Aufrechterhaltung des Zollwucher- und agrarischen Liebesgaben-systems in den Wahlkampf zu ziehen. Wahrscheinlich fiel dem ultramontanen Hauptorgan ein, daß es ja das trübseligste Schicksal der „christlichen“ Gewerkschaftsführer im Reichstage ist, bei solchen Debatten, wie die über die in erster Linie die Lohnarbeiterschaft treffende Steuerungsinterpellation, rücksichtslos ins „dritte Treffen“ geschoben zu werden, um vorher die eigentlichen Zentrumsführer im ersten und zweiten „Treffen“ sagen zu lassen, daß die Arbeiterforderungen nach Öffnung der Grenzen vom Zentrum abgelehnt würden. Wenn so die Maßgebenden bereits ihr Nein erklärt haben, dann kann schließlich auch ein unmaßgeblicher „Triarier“ sein auf die Lohnarbeiter berechnetes Sprüchlein herjagen; es dient höchstens dazu, dem zentrums-katholischen Volke wieder mal seinen Köhlerglauben an die „Volkspartei“ Zentrum zu stärken. Erst als die Herren Dr. Spahn und Dr. Heim die Zentrumsparole für „unser bewährtes Wirtschaftssystem“ abgegeben hatten, wollte der „Triarier“ Giesberts den hungernden katholischen Arbeitern einige unmaßgebliche Redensarten vorsagen. Die Zentrumsfraktion weiß recht gut, daß nachdem „zwei Serien“ Redner zu einem Gegenstand gesprochen haben, eine „dritte Serie“ nicht mehr „angebrochen“ wird. Der Zentrumspräsident Graf Valleström hat es unter seiner Herrschaft fast sogar zur Regel erhoben, daß über Interpellationen nur je ein Sitzungstag verbracht werden durfte, wogegen die Linke stets protestiert hat. Wollte das Zentrum ernstlich seinen „Triarier“ Giesberts zur Steuerungsfrage zu Wort kommen lassen, dann hätte er als zweiter Fraktionsredner sprechen müssen. Als „Triarier“ kam er in die aussichtslose „dritte Serie“ der Redner und rutschte ab.

Wies man nun, was Giesberts am 3. November in Köln in einer katholischen Frauenversammlung und am 5. November in drei Versammlungen in seinem Wahlkreis Essen über die Steuerungsinterpellation gesagt hat, so kann man sich ungefähr vorstellen, warum seine Fraktion den „Triarier“ in die vor-aussichtslos zum Schweigen verurteilte dritte Serie der Redner geschoben hat. Bei all seiner demütigen Treue zum Zentrum hat Giesberts doch auf seinen überwiegenden von Industriearbeitern bewohnten Wahlkreis Rücksicht zu nehmen und wenn er auch nur einen Teil von dem, was er kritisch über das „bewährte Wirtschaftssystem“ in Köln und Essen gesagt hat, im Reichstag vortrug, dann wäre den Rednern der Linken viel Wasser auf ihre Mühlen getrieben worden. Selbstredend findet unser Zoll- und Verbrauchssteuer-system an Giesberts einen wort- und zitatenreichen Verteidiger. Ein Mann, der vor und während der Zolltarifdebatten 1902 lebhaft Stimmung für die Erhöhung der Zölle und für die strengere Grenzsperrung gemacht hat, dabei sogar den leidenschaftlichen, zur denkbar persönlichsten Auseinandersetzung ausartenden Widerspruch eines namhaften Teils seiner engeren Gewerkschaftskollegen überwinden mußte, muß das „große Werk“, so schlecht es auch geht, verteidigen. Es versteht sich auch von selbst, daß Giesberts die Sozialdemokratie als bauerneindlich, zur „positiven Arbeit“ unwillig hinstellte. Man braucht sich nicht über folgende, von Giesberts in den Versammlungen am 5. November nach dem stenographischen Bericht in der „Essener Volksztg.“ vom 7. November 1911 gesprochene Worte zu wundern:

„Sie aber, meine lieben Freunde, bitte ich, dem Steuerungs-gesetz und der Steuerungsfrage, die gegenwärtig in Szene gesetzt wird, mit allen Mitteln entgegenzutreten. Meine Herren, bis jetzt haben die Herren von der Sozialdemokratie auch nicht in einem einzigen Falle praktisch versucht, der Steuerungsfrage entgegen, selbst in Berlin, wo ein sozialdemokratischer Stadtrat unbeschränkt herrscht (!!), selbst die Stadt Berlin hat sich mit einigen wenigen ganz kümmerlichen Maßnahmen begnügt, und hat keinesfalls daran gedacht, großartige Dinge in Angriff zu nehmen. Treten Sie diesen Steuerungsgeboten entgegen.“

Die „Triarier“ sind in der W.-Stadtbacherei so verkommen, daß ihr Stadtkompetenz nicht nur wahrheitswidrig von einer „unbeschränkten“ Stadtverwaltung (in Preußen!) schminkt, sondern sogar Berlin von einem „sozialdemokratischen Stadtrat unbeschränkt“ beherrscht läßt!

Die Giesbertsische Aufforderung, dem „Steuerungs-gesetz entgegenzutreten“, erfährt ihre richtige Würdigung, wenn wir (nach dem Stenogramm der Rede in seinem Parteiorgan, der „Essener Volksztg.“) hierhersehen, was Giesberts selber über die Steuerungsinterpellation sagte:

„Die Steuerungsinterpellation, das ist nicht zu leugnen, wieht auf den Haushalt außerordentlich günstig ein. Ich habe mit folgender Rechnung aufgemacht: Ein Arbeiter, der 1200 RM verdient, wird nach normalen Verhältnissen etwa 500 RM aufwenden für Wohnung, Kleidung und sonstige Dinge, die nicht direkt zum Lebensgenusse nötig sind. Es bleiben ihm dann noch etwa 2 RM täglich für den Lebensmittelbedarf. Nun stellt sich heute bei den gegenwärtigen Preisen ein Mittagmahl ohne

Suppe, bestehend aus Sauerkraut, Kartoffeln und 1/2 Pfund Speck — Sie werden zugeben, daß das keine übermäßig teure Lebensweise ist — um 39 Pf. teurer wie 1905, das sind 20 Proz. des Betrages, den der Arbeiter überhaupt täglich aufwenden kann. Sie sehen, meine Herren, von diesen kleinen Erfahrungen im Haushalt muß man die Steuerungsfrage beurteilen, und nicht bloß vom Standpunkt meist unzuverlässiger Statistiken (in seiner Kölner Rede nannte Giesberts die amtlichen Statistiken „oberfaul“). Streuen wir uns gegenseitig keinen Sand in die Augen. Gerade die Steuerungsinterpellation der Gemüse und der kleinen Dinge, die greifen in den Haushalt und verteuern das Leben. (Zuruf: Lohnerhöhung.) Ich komme auf die Lohnerhöhung zurück. Wir haben ferner damit zu rechnen, daß wir für das Frühjahr, für den nächsten Sommer eine erhebliche Teuerung an Fleisch haben werden. Im Reichstage haben der Reichsanwalt und die Regierungsdirektoren darauf hingewiesen, es gäbe gegenwärtig keine außerordentlichen Fleischpreise. Er hat nur darauf hingewiesen, daß eine große Spannung besteht zwischen den Fleischpreisen und den Viehpreisen. Meine Herren, das ist eine Wahrheit, auf die wir nicht erst im Reichstage zu warten brauchen. Das weiß jeder, daß gegenwärtig infolge Futtermangels die Bauern ihr Vieh massenhaft abkassieren, infolgedessen Leberimport auf dem deutschen Markt stattfindet. Aber, meine Herren, wenn im nächsten Jahre der Rückgang des deutschen Viehbestandes infolge Futtermangels, infolge der Seuchen, der Maul- und Klauenseuche, zum Ausdruck kommt, dann werden wir vorübergehend mit einem Ausfall von 30 Proz. unserer Fleischproduktion zu rechnen haben; und, meine Herren, 30 Proz. Ausfall an Fleischproduktion muß eine ganz abnorme Fleischpreissteigerung zur Folge haben. Infolgedessen wird man auch hier bestimmt Vorschläge zu machen haben, wie dem entgegenzuwirken werden kann.“

Der „Triarier“ konstatiert also selber eine erhebliche Teuerung und ruft aus: „Streuen wir uns gegenseitig keinen Sand in die Augen!“ Gewiß, Herr Giesberts, streuen Sie den katholischen Arbeitern keinen Sand in die Augen mit Ihrer Lobpreisung des „bewährten Wirtschaftssystem“.

Sand in die Augen gestreut wird der Bevölkerung mit den Statistiken über den „steigenden Fleischgenuss“, deren Oberfaulheit sozialdemokratischerseits oft nachgewiesen wurde. Trotzdem spielt diese Statistik in der ultramontanen Wirtschaftslehre eine große Rolle. Auch Herr Giesberts gibt das Steigen des Fleischkonsums zu, jedoch er sah sich genötigt, auch folgendes zu sagen:

„Aber wenn z. B. ein Redner (im Reichstag) gesagt hat, es gäbe 78 eine Großstadt in Deutschland, wo pro Kopf und Jahr 78 Kilogramm Fleisch verbraucht würden, dann sage ich, daraus darf man nicht schließen, daß die Arbeiter pro Jahr und Kopf 78 Kilogramm Fleisch zu verzehren hätten. Meine Herren, nach meiner Berechnung würde allein dieser Fleischverbrauch 585 RM im Jahre kosten und daß eine Arbeiterfamilie 585 RM für Fleisch im Jahre ausgeben kann, das ist vollständig ausgeschlossen. (Sehr richtig!) Das zeigt aber, meine Herren, daß in besseren Volksteilen eine ganz außerordentliche Quantität Fleisch vertilgt wird, ja vielfach verschwendet wird, und es ist grundfalsch, aus diesen allgemeinen Durchschnittsziffern heraus zu schließen auf die Lebenshaltung der unteren Volksteile, auf die Lebenshaltung besonders der Arbeiterfamilien. Also, meine Herren, eine Fleischteuerung und eine Gemüseteuerung, die wird gerade die unteren Volksteile besonders schwer treffen. Die Leute, die 5000, 6000, 7000, 8000 RM Einkommen haben, werden in einem Jahre wohl 300 oder 400 RM mehr für Lebensmittel ausgeben, selbst wenn sie dafür Schulden machen, das ist bei denen nicht so gefährlich. Sie essen sich trotzdem satt. Aber, meine Herren! Eine Arbeiterfamilie, wo einmal das Quantum feststeht als ein Mindestmaß, da wirkt die Teuerung direkt im Sinne einer Ernährungsverminderung, und deshalb ist es grundfalsch und verkehrt, wenn der Reichsanwalt und die verbündeten Regierungen sich gegenüber diesen Dingen gewissermaßen dumm gestellt haben, wenn sie diesen Dingen gegenüberstanden: Wir können nicht helfen. Das Mittel helfe nicht und jenes Mittel helfe nicht, das können wir nicht bewilligen usw. Meine Herren, mit einer solchen Dummheiterei ist dem Volke nicht gedient (Sehr richtig!) und deshalb hat die Zentrums-partei durch ihre Redner, besonders auch durch Dr. Heim eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die ich noch einigermaßen er-gängen will.“

„Dumm gestellt“ hat sich nach Giesberts die Regierung gegenüber den Klagen über die Notlage der Arbeiterfamilien. Ganz richtig fertigt er die Oberfaulheit der amtlichen Fleisch-verbrauchsstatistik ab, aber gleich darauf streut er seinen vorwiegend aus Arbeitern bestehenden Zuhörern wieder Sand in die Augen, mit der Behauptung, das Zentrum habe sich um die Abstellung der Fleischteuerung bemüht. Tatsächlich haben gerade die Zentrumsredner bei den wiederholten Steuerungsdebatten eine ungenügende Fleischversorgung der Arbeiter-schaft mit Hinweis auf die nun von Giesberts als „oberfaul“ charakterisierte amtliche Verbrauchsstatistik bestritten. Und als Dr. Heim die erwähnten Vorschläge auch nur bedingungs-weise machte, da bekam er wohl „Weißall links“, aber die Agrarier blieben stumm, „diskret“ blieben die Zentrums-abgeordneten. Ein Beweis, daß selbst die bedingten Heim-schen Reformvorschläge von dem Zentrum mit sehr „gemischten Gefühlen“ aufgenommen wurden.

Die Reichseisenbahnverwaltung und ihre Arbeiter.

Eine alte Klage, die doch immer wieder neu wird, erheben die Arbeiter der Reichseisenbahn in Essig-Bohringen gegen die Verwaltung, daß sie nämlich das Koalitionsrecht mißachtet. Unmöglich werden bei der Budgetberatung durch die Sozial-

demokratie solche Beschwerden zur Sprache gebracht, aber bisher ist es noch nie gelungen, von der Reichseisenbahnverwaltung das Zugeständnis zu erzielen, daß sie ihre Arbeiter in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte nicht beeinträchtigen will. Ein besonders eklatanter Fall nötigte diesmal die Sozialdemokratie, durch eine Interpellation im Reichstag für die Eisenbahnarbeiter einzutreten. Die Interpellation kam in der Montags-sitzung des Reichstages zur Erörterung.

Genosse Emmel legte zunächst den Rathbestand dar, der dem Vorgehen der Sozialdemokratie zum Anlaß diente. Es waren mehrere Arbeiter gemahregelt worden, nicht weil sie sich irgendwelchem Vergehen im Betrieb oder eine Vernachlässigung ihrer Pflichten hatten zuschulden kommen lassen, sondern weil sie Mißstände der Verwaltung in öffentlichen Versammlungen gerügt hatten. Die Begleitumstände dieser Mahregulierung waren besonders verarglich. Es hat sich im Essig ein Verband der Eisenbahnarbeiter gebildet, der in keiner Weise politische Zwecke verfolgt, sondern nur die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und Berufsinteressen der Arbeiter ins Auge gefaßt hat. Er suchte sich allerdings auch unabhängig von der Verwaltung zu halten, und das genügt schon, um ihn verdächtig zu machen. Als nun in einer Versammlung der Vor-sitzende, ein Schlosser Oertel, kritische Bemerkungen über die Verwaltung machte, wurde er auf Grund der Berichte eines bei den Verhandlungen anwesenden Beamten zur Verantwortung gezogen. Trotzdem er bestritt, die ihm in den Mund gelegten Behauptungen gemacht zu haben, lehnte die Verwaltung doch alle Beweis-erhebungen ab, sondern verlangte von ihm eine Erklärung, daß er die ihm unterstellten Behauptungen zurücknehme. Oertel fügte dieser Erklärung eine Bemerkung hinzu, in der er die ihm unter-stellten Behauptungen bestritt. Darauf wurde er wegen Unbittmähigkeit aus dem Dienst entlassen. Im weiteren Verlauf der Sache wurden dann auch noch andere Arbeiter entlassen, die für ihn ein-traten.

Genosse Emmel kennzeichnete diesen Behördenterrorismus in gebührender Weise und forderte den Eisenbahnminister v. Breitenbach auf, zu erklären, ob er mit jenen Vorgängen ein-verstanden sei. Der Minister v. Breitenbach dachte, wie nicht anders zu erwarten war, diese Eingriffe seiner „nachgeordneten Behörde“ in das Koalitionsrecht der Arbeiter mit seiner ganzen ministeriellen Autorität. Er suchte sich dann aber doch bei der Mehrheit des Hauses im Voraus Deckung zu schaffen, indem er direkt an die bürgerlichen Parteien appellierte, daß sie ihn im Kampf gegen das Eindringen des sozialdemokratischen Geistes in die Arbeiterkreise der Reichseisenbahn „an unserer Westgrenze“ unterstützen möchten. Denn für diesen Bureaukraten ist es selbst-verständlich schon ein Zeichen sozialdemokratischer Gesinnung, wenn ein Arbeiter Kritik an den Maßnahmen der Verwaltung übt. Uns kann es ja ganz recht sein, daß auf diese Weise von dem Minister selbst den Eisenbahnarbeitern klar gemacht wird, daß die werftätige Wahrnehmung wirklicher Arbeiterinteressen und sozialdemokratische Betätigung tatsächlich auf eins hinauskommen.

Herr v. Breitenbach hatte sich in seiner Spekulation auf die staatsverhaltende Gesinnung der bürgerlichen Parteien auch nicht getäuscht. Sowohl Herr Becker vom Zentrum, wie Herr v. Heeren von der Wirtschaftlichen Vereinigung stellten sich auf die Seite der Verwaltung, der sie ihre eigenen christlichen Ver-bände als Musterbilder der Untertanentreue empfahlen, indem sie gleichzeitig heftig die Sozialdemokratie bekämpften. Und der kon-servative Graf Westarp, dem die Verwaltung nie scharf genug vorgeht gegen Arbeiter und Sozialdemokraten, hielt einmal wieder eine seiner Polizeipauken, die ihm den Weinamen Jagow der Meise eingetragen haben.

Am Dienstag geht die Debatte weiter.

Zur Reichstagswahl.

Ein Wahltrieb des Reichsverbandes der Ördre.

Der bekannte Reichsverbandstagator Professor Dr. Görde hat den verantwortlichen Redakteur der „Brandenburger Zeitung“, Ge-nossen Erich Baron, wegen Verleumdung verklagt. Als bisheriger nationalliberaler Reichstagsabgeordneter des Kreises Brandenburg-Weißhollend fühlt sich Herr Görde durch die Kennzeichnung seiner Wahlumtriebe in seiner Reichsverbandsschrift gekränkt. Er benutzt die gegen ihn gerichteten Angriffe unseres Brandenburger Partei-blattes dazu, seine längst mit allen Mitteln erstrebte Wiederauf-stellung als Reichstagskandidat zu betreiben. Die nationalliberale Partei hat ihn nämlich auf Grund eines für die ganze Provinz mit den Fortschrittlichen abgeschlossenen Wahlkommens offiziell fallen lassen, und zwar zugunsten eines freisinnigen Verlagsbuch-händlers Kemmers aus Berlin-Niederschleshausen. Herr Görde nimmt nun die gegen ihn gerichteten sozialdemokratischen Angriffe zum Vorwand, sich selbst als den „gefürchteten und gefährlichsten Gegner der Roten“ anzupreisen und hat sich von einigen gleich-gesinnigen Freunden als „nationaler“ Sammelkandidat aufstellen lassen. Noch steht freilich die Unterstützungszusage der von ihm umwordenen konservativen Partei aus, für die ursprüng-lich Graf Bredow kandidieren sollte.

Interessant wird es sein, ob die nationalliberale Partei dem Fortschrittler gegen ihren eigenen aus der Reihe tanzenden Abge-ordneten offiziell unterstützen wird. Jedenfalls werden unsere Brandenburger Genossen dafür sorgen, daß die Hoffnungen Gördes schon in der Hauptwahl gründlich zunichte gemacht werden. Mit Reichsverbandsmethoden und Verleumdungsklagen fängt man selbst die dümmsten Wähler nicht mehr, zumal wenn man fünf Jahre lang Reichstagsabgeordneter gegen das Volk wart!

Der nun auch vom Hansabund warm empfohlene, im Wahlkreis Viefelfeld-Biederbrück aufgestellte frühere Staatssekretär Graf Posadowsky hat auffallenderweise noch eine zweite Kandidatur angenommen: In Naumburg haben Vertreter der bürgerlichen Parteien des Reichstagswahlkreises Viefelfeld-Deilich beim Grafen Posadowsky vorgesprochen und ihm das Reichstagsmandat des Wahlkreises angeboten. Graf Posadowsky hat auch diese Kandidatur angenommen.

Der Wahlkreis Viefelfeld-Deilich wird zurzeit von dem Reichsparteiler Bauermeister vertreten, der nicht wieder kandidieren will.

Im ersten Wahlgang erhielt der Reichsparteiler 10 686 Stimmen, denen ebensoviel sozialdemokratische (10 100) gegenüberstanden. In der Stichwahl gaben die 6000 freisinnigen Wähler den Ausschlag für den Konserwativen. Posadowsky will also auch hier gegen den Sozialdemokraten gewählt werden. Die Viefelfelder Wahlmacher Posas klagen schon über die notwendige Nachwahl, wenn ihr Erbkolner doppelt gewählt wird; von dieser Sorge werden sie hoffentlich in Viefelfeld wie in Viefelfeld durch den sozialdemokratischen Sieg befreit werden.

Podewils durchs Zentrumsloch.

Aus München wird uns geschrieben:

Die Konfliktituation in Bayern entfesselt trotz ihrer Bedeutung nicht einer gewissen Komik. Sie ist ebenso lustig als ernst und bietet einen vortrefflichen Stoff zu einer Satire oder einem Possenspiel.

Ein wirklicher, richtiger Parliamentsstreik einer Majoritätspartei zum Zwecke des Ministersturzes und die Stillelegung wenigstens eines Teiles der parlamentarischen Maschinerie und damit des Regierungsbetriebes ist nichts Alltägliches und verdient um so mehr Beachtung, als die oberste Leitung dieses mit Ausdauer geführten Streikes in den Händen hoher geistlicher und staatlicher Würdenträger liegt. Das Streikkomitee setzt sich zusammen aus dem Dompropst Dr. Pichler, dem Landgerichtspräsidenten Lerno und dem Gymnasialdirektor Dr. v. Orterer, lauter energische Verteidiger der Regierungsgewalt gegenüber den Sozialdemokraten und alles approbierte Stützen von Thron und Altar. Selbst die freundlich-väterliche Ermahnung des Ministerpräsidenten v. Podewils, doch die Arbeit wieder aufzunehmen, da ja alles auf einem Mißverständnis beruhe, hat die zielbewusste Zentrumsgewerkschaft des bayerischen Landtages rundweg abgelehnt.

Leben wir in einem Staate mit dem parlamentarischen Regierungssystem, dann wäre die Sachlage und die Lösung des Konfliktes klar und einfach: Eine Parlamentsmehrheit lehnt in feierlicher Erklärung jede Arbeitgemeinschaft mit einem Minister ab und spricht ihm durch politische Achtung ein Mißtrauensvotum in der denkbar schärfsten Form aus. Ganz selbstverständlich, daß das Ministerium seine Entlassung nehmen oder das Parlament auflösen muß.

Wir haben nun in Bayern kein parlamentarisches Regime. Trotzdem holt sich die Mehrheitspartei, die dazu noch eine ausgesprochene Gegnerin dieses Systems ist, doch ihre Waffen zum Kampfe gegen Minister und Regierung. Das gibt dem Konflikt den eigenartigen Charakter und macht ihn so kompliziert.

Das Zentrum erklärte zwar zweimal recht feierlich, daß es in seinem Kampfe die den Parteien durch die Verfassung gezogenen Grenzen respektieren, also das Kronrecht der Ministerernennung und Entlassung nicht antasten wolle. Allein das ist nur die Theorie. Die Praxis sieht ganz anders aus. Es erzwingt einfach die Entlassung eines Ministers durch die Proklamierung des parlamentarischen Streiks. Denn Auflösung der Kammer oder Entlassung des Verlehrsministers, nur diese beiden Möglichkeiten schienen bisher denkbar.

Nach bricht jedes Gesetz! Es ist deshalb ein ungesunder und auf die Dauer ganz unhaltbarer Zustand, daß neben einer einseitig organisierten Parlamentsmehrheit ein sogenanntes unpolitisches Ministerium amtiert. Eine zielbewusste, mit der im politischen Leben nötigen Portion Rücksichtslosigkeit ausgerüstete Partei wird der Regierung stets ihren Willen aufzubringen verstehen. Wir haben dann tatsächlich die politische Herrschaft einer Partei ohne das Jubeil der politischen Verantwortlichkeit.

Das Vorgehen des Zentrums erfährt die verschiedenste Beurteilung und Werturteilung, letztere besonders scharf in der liberalen Presse. Wie weit ist eine solche Beurteilung berechtigt? Es sind zwei Dinge auseinanderzuhalten: Das taktische Auftreten des Verkehrsministers im Parlament gegenüber dem Zentrum abgeordnet und seine sachliche Haltung in den Fragen des Eisenbahnerstreiks und der Beförderung der Staatsarbeiter.

Es bleibt dabei: das Auftreten des Verkehrsministers — seine Entlassung während der direkt gegen ihn gerichteten Rede eines Zentrumsabgeordneten und die Erteilung von Fielhnoten an einige Volksvertreter — war eine Mißachtung und eine Ungehörigkeit gegenüber dem Parlament, die sich selbst jede Minoritätspartei hätte entschieden verbiten müssen.

Eine andere Frage ist es freilich, ob diese taktischen Uebergriffe eines Ministers nur durch einen Parlamentsstreik und nicht schon durch eine energische Verwahrung der Fraktion hätte abgetan werden können. Es ist kein Zweifel, daß durch das klaffende Mißverhältnis zwischen Schuld und Sühne der Aktion des Zentrums der Stempel des Theatralisch-Possenhaften, der Kleinlichkeit und Unwahrscheinlichkeit aufgedrückt wird. Das scheint dem Zentrum unterdessen zum Bewußtsein gekommen zu sein, denn in seiner dritten und bisher letzten Erklärung drängt es diese Verletzung parlamentarischer Formen und Rechte in den Hintergrund. Durch die Betonung der rein sachlichen Differenzen in Bezug auf die Beurteilung des sächsischen Eisenbahnverbandes und die Maßnahmen des Ministeriums gegen ihn.

Durch diese Hervorhebung der sachlichen Gründe wird die Situation für das Zentrum wahrer und besser, für das Gesamtministerium schlechter. So lange es sich lediglich um die Verstöße gegen parlamentarische Sitten und Rechte handelte, war der Verkehrsminister allein verantwortlich und eine Lösung des Konfliktes durch seine Entlassung möglich. Jetzt aber wird das Gesamtministerium wieder vor die Front gestellt, denn die Haltung des Verkehrsministers gegenüber dem sächsischen Eisenbahnverband beruht auf einem Beschluß des Gesamtministeriums, und das also und nicht der Verkehrsminister allein hat die Verantwortung zu tragen.

Von dem ersten nicht sehr geschickten und nur von einem kleinen Teil der Fraktion improvisierten Streich abgesehen, hat das Zentrum seinen Standpunkt bisher nachdrücklich und mit Würde vertreten. Und das Ministerium? Ein Gruppenbild zum Erbarmen, in dem der Ministerpräsident die vollendete Hilflosigkeit und Unfähigkeit darstellt. Ob unter den übrigen Ministern noch etwa Männer von politischem Charakter, von Leidenschaft und politischem Ehrgefühl sind, muß sich in dem Entschluß der Regierung kundgeben. Sie hat zwischen zwei Dingen zu wählen:

Auflösung der Kammer oder durchs landinische Loch!

München, 13. November. Das gesamte Ministerium Podewils wird, wie dem hiesigen Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ zuverlässig mitgeteilt wird, in der Frage des parlamentarischen Konfliktes fest bleiben und den Forderungen des Zentrums nicht nachgeben. Der Prinzregent billigt diese Haltung und wird das noch besonders zum Ausdruck bringen.

Es wird eine Regierungskundgebung erwartet.

Der Krieg.

Vor Tripolis ist die Kriegslage die gleiche wie während der letzten vierzehn Tage. Die italienischen Tranchen und Feldbefestigungen werden noch wie vor durch Angriffe der türkischen Truppen in Verbindung mit irregulären Araberdetachements angegriffen und beunruhigt. Beide Parteien schreiben sich den Sieg bei diesen Scharmücheln, deren Bedeutung von den nationalistischen Berichterstattern offenbar übertrieben wird, zu, obgleich von eigentlichen Siegen dabei kaum geredet werden kann.

Die Cholera im Lager der Italiener verlangt immer mehr Opfer und wird sich bei der Anhäufung so großer Menschenmassen auf engen Raume und bei den schlechten Wasserhältnissen nur schwer bekämpfen lassen.

Die Aktion der italienischen Flotte im Ägäischen Meere läßt noch immer auf sich warten, obgleich die italienischen Schiffsgehwader dafür schon formiert sind und auch die Türkei die entsprechenden Gegenmaßnahmen getroffen hat. Die italienische Regierung scheint aber den verhängnisvollen Schritt nicht zu wagen, ohne vorher mit den Kabinetten der Großmächte auf diplomatischem Wege Fühlung genommen zu haben. Mehr wie ausweichende Antworten wird sie aber schwerlich erhalten, so daß die Gefahr bestehen bleibt, daß Italien sich aus seiner bedrängten Lage durch einen neuen Desperadosstreich zu retten sucht. Die Türkei droht ihrerseits, bei einem Angriff auf ihr europäisches Gebiet alle Italiener ausweisen zu wollen.

Die Erbitterung der mohammedanischen Welt gegen die Italiener greift inzwischen immer weiter um sich. Die Unruhen in Tunis waren schon darauf zurückzuführen, aber auch in Algerien nimmt die arabische Bevölkerung gegen die dort wohnenden Italiener eine drohende Haltung ein. Ferner haben die Mohammedaner in Bosnien und in Palästina sich zu einem Boykott gegen die Italiener und ihre Waren entschlossen.

Die drohende Aktion im Ägäischen Meere

Konstantinopel, 13. November. In hiesigen diplomatischen Kreisen liegen Informationen darüber vor, daß Italien im Laufe dieser Woche zu einer erweiterten Aktion gegen die Türkei schreiten wird. Man nimmt jedoch an, daß Italien sich von einem Vorgehen gegen die Inseln allein nicht den Erfolg versprechen wird, der nötig ist, damit die Friedensverhandlungen einen Schritt weiterkommen. Man erwartet den ersten Vorstoß gegen die Inseln Mytilene, Chios und Rhodus. Seit 14 Tagen hat die Türkei diese Inseln mit Truppen, Geschützen, Munition und Proviant versehen, so daß den Italienern eine Landung wohl nicht ohne harte Arbeit gelingen dürfte. Von anderer Seite verlautet, daß die Italiener sich zuerst gegen die syrischen Küstenplätze und den Golf von Saloniki wenden werde. Eine Aktion gegen den Golf von Saloniki könnte aber nur, wie man hier annimmt, im Einverständnis mit Oesterreich unternommen werden. Hebrigeus ist der Golf von den Türken besonders gut befestigt und wird für den Fall einer italienischen Aktion auch das Eingreifen der türkischen Flotte erwartet.

Konstantinopel, 13. November. Der gestrige Ministerrat beschloß, den Mächten offiziell mitzuteilen, daß, falls ein Angriff auf die türkischen Inseln oder die türkische Küste erfolgen sollte, die Pforte unverzüglich sämtliche Italiener ausweisen werde.

Die Kämpfe vor Tripolis

Tripolis, 12. November. Die von den Italienern aufgegebenen Stellungen sind noch nicht wieder erobert worden. Am 8. November unternahm das 18. Infanterie-Regiment einen Angriff auf die türkische Stellung bei Fort Scharafah, wurde aber zurückgeschlagen. Am 9. November erwiderten die Türken den Angriff und drangen bis an die italienischen Linien bei Karamanli vor. Am 10. November, vormittags 10 Uhr, eröffnete die italienische Artillerie, unterstützt durch die Schiffsgehwader, einen Angriff gegen die türkische Stellung im Osten. Es treffen fortwährend Verstärkungen ein. Der neu eingetroffene General Frugoni will in den allernächsten Tagen einen energischen Vorstoß unternehmen.

Tripolis, 12. November. (Meldung der Agence Havas.) Heute vormittag erschienen etwa 300 Reiter und 1000 arabische Fußsoldaten vor der Südfrent, wurden aber durch ein heftiges Gewehr- und Kanonenfeuer zurückgetrieben.

Die Posten in der Tragödie.

Tripolis, 12. November. Gestern fand aus Anlaß des Geburtstages des Königs von Italien ein Empfang von Notabeln der Araber und aller religiösen Bekennnisse statt, die ihre Gefühle der Huldigung und ihre Glückwünsche für den König zum Ausdruck brachten. (1) Am Nachmittag fand ein Empfang sämtlicher Konsuln, der fremden Militärattaches und der hervorragenden Persönlichkeiten der europäischen Kolonie statt, an dem auch die Geistlichkeit, die Vertreter der Presse und Arbeitervereinigungen teilnahmen. An die Armen und an die Moscheen wurden Unterstufungen verteilt.

Italienische Desertionen.

Zandbrunn, 13. November. Seit dem 8. November sind bei Zandbrunn und durch das Donchital, südlich von Rovereto, über 200 italienische Deserteure nach Tirol gekommen. Sie flüchteten offenbar wegen des Krieges in Tripolis. Telegramme aus Nizza berichten von zahlreichen Desertionen über die französische Grenze und von anderen italienischen Reservisten, die, statt der Einberufungsbefehle zu folgen, nach südamerikanischen Häfen sich eingeschifft haben.

Zur Affäre des deutschen Afrikaforschers Krause.

Rom, 13. November. In der Angelegenheit des Afrikaforschers Krause hat die italienische Regierung dem deutschen Votskaster mitgeteilt, daß die Untersuchung des Vorfalles eingeleitet sei und daß gegebenenfalls Herr Krause für seinen Verlust entschädigt werden würde. Der italienische Gouverneur in Tripolis ist angewiesen worden, alle Herrn Krause gehörenden Gegenstände, soweit sie auffindbar sind, zurückzuerstatten.

Die italienischen Kriegsgreuel im englischen Unterhaus.

London, 13. November. (Unterhaus.) In Erwiderung auf eine Anfrage an den Staatssekretär Grey über die angeblich von den Italienern in Tripolis begangenen Grausamkeiten, er-

klärte Parlamentsuntersekretär A. Lamb: Ich kann es nicht auf mich nehmen, irgendwelche Nachrichten einzuziehen oder bekanntzugeben, außer in Fällen, die britische Interessen betreffen. Natürlich wäre es ein Gegenstand allgemeinen großen Bedauerns, wenn einer der kriegführenden Teile die in den Bestimmungen der internationalen Konvention, der er beigetreten war, enthaltenen Kriegsregeln nicht beachtet hätte. Aber wenn die Nationen nicht gesonnen sind, zu intervenieren, so können neutrale Mächte die militärischen Operationen einer der kriegführenden Parteien nicht untersuchen oder kontrollieren. — Auch an Asquith wurde heute nachmittags über denselben Gegenstand eine Anfrage gerichtet. Asquith hat jedoch, man möge die Anfrage auf Donnerstag verschieben.

Die Revolution in China.

Eine Klärung der Lage, wenigstens soweit die weitere politische Gestaltung der Dinge infolge der Revolution in Frage kommt, ist noch nicht eingetreten. Wenn auch an verschiedenen Punkten noch zwischen Republikanern und kaiserlichen Truppen gekämpft wird, so ist doch der Sieg der Revolution in den wichtigsten Provinzen gesichert. Nur die Frage, ob konstitutionelle Monarchie oder Republik respektive ob eine Föderation von Einzelrepubliken das alte Regime ablösen soll, ist vorläufig noch nicht zu beantworten, da auch in den führenden revolutionären Kreisen darüber verschiedene Anschauungen zu bestehen scheinen. Die Haltung Quantshikais ist noch wie vor schwankend und abwartend.

Eine revolutionäre Nationalversammlung?

Schanghai, 13. November. Eine Maßnahme, welche einen großen Fortschritt in der Revolutionsbewegung bedeutet, ist gestern, wie der „New-York Herald“ meldet, getroffen worden. Es wurde beschlossen, an die 14 Provinzen, die vom Kaiserreich abgefallen und sich den Rebellen angeschlossen haben, die Aufforderung zu richten, Delegierte zu ernennen, damit in Schanghai eine Nationalversammlung von provisorischem Charakter gebildet werden könne. Diese soll die Nationalversammlung von Peking ergänzen respektive ersetzen, da die Nationalversammlung in Peking aus Personen zusammengesetzt ist, die von der Regierung ernannt worden sind und nicht aus von den Revolutionären gewählten Leuten.

Das republikanische Generalkomitee hat ein Memorandum des Regenten erhalten und darauf eine neue Denkschrift an den Regenten gerichtet, in der die Revolutionäre dessen Abdankung verlangen, gleichzeitig der kaiserlichen Familie das Leben zusichern, sowie die Unverletzlichkeit ihrer Güter garantieren. An die Bevölkerung wurde ein Appell des neuen republikanischen Regimes, welches Freiheit und Gleichheit in vollster Weise verbürgt, zur Unterstützung gerichtet.

Maßnahmen der Revolutionäre.

Paris, 12. November. „Gerald“ Depeschen aus China besagen, daß die Unabhängigkeit der Provinz Kwangschu offiziell morgen, Sonntag, erklärt werden wird. General Li und General Tsung, beides Führer der Revolutionäre, werden ihre Posten, die sie unter dem alten Regime einnahmen, wieder erhalten. Die Führer der republikanischen Partei in Kanton veröffentlichen eine Proklamation, in welcher sie den Wandschus, welche den Treueid leisten und die neue Regierung respektieren, vollständige Freiheit gewähren. Bis jetzt sollen mehr als 4000 Wandschus diesen Treueid geleistet haben und in Freiheit gesetzt worden sein. Eine weitere Proklamation unterjagt das Tragen des Zopfes. Eine neue Partei, genannt die republikanisch gewählte, hat sich in Schantung gebildet.

Die Fortschritte der Revolution.

Schanghai, 13. November. (Meldung des Neuterischen Bureaus.) Tschifu ist zu den Revolutionären übergegangen, ohne daß es dabei zu Blutvergießen kam.

Die Lage in Hanking.

Hanking, 13. November. (Meldung des Neuterischen Bureaus.) Der deutsche und der englische Admiral haben Hanking besucht. Sie empfehlen den Konflikt, sich mit dem Konsularpersonal zu beruhigen, da die Kriegsschiffe nicht imstande seien, sie zu schützen. Dreizehn chinesische Kriegsschiffe sind heute früh hier angekommen; sie haben bisher keine Plagge gehabt, und man versichert, daß sie noch heute die republikanische Fahne aufziehen werden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. November 1911.

Konservative Machenschaften.

Die konservative Presse legt sich in ihren Erörterungen des Duells Heydebrand-Bethmann-Hollweg eine befremdende Zurückhaltung auf. Selbst die sonst so rücksichtslose, kampflustige „Deutsche Tageszeitung“ erklärt in ihrer heutigen Abendnummer an der Spitze ihres den Wortlaut der Heydebrand'schen Rede entschuldigenden Leitartikels, daß sie den Konflikt zwischen dem Reichskanzler und den Konserwativen nicht vertiefen möchte. Begreiflich ist diese Reserve der konservativen Wortführer! Sie können in dem bevorstehenden Wahlkampf die Unterstützung des Regierungsapparates nicht entbehren — so geben sie vorläufig nach und sparen ihren Haß für spätere Zeit auf.

Allerdings wird, wie Herr v. Bethmann auch Herr v. Heydebrand sehr glimpflich behandelt, seine Rede als eine bedeutende rhetorische Leistung gepriesen und in allen möglichen Variationen verkündet, daß die konservative Partei treu zu ihrem Führer stehe. Aber alle diese schönen Redensarten vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, daß wenigstens in einem Teil der konservativen Fraktion die Stimmung über das Auftreten des Abg. v. Heydebrand herrscht. Als Fraktionsredner der Konserwativen zur Marokkoangelegenheit war, wie wir schon am Sonntag berichteten, zuerst der Abg. Graf Kanitz bestimmt. Er sollte zwar zum Ausdruck bringen, daß die Konserwativen mit der Lösung dieser Frage nicht zufrieden sind, sonst aber in verbindlichem Sinne sprechen. Das Zentrum war vorher davon unterrichtet worden, und der Abg. v. Hertling richtete danach seine Rede ein. In letzter Minute kam aber eine Nachricht des Abg. v. Oldenburg-Januschau, bei dem der Kronprinz ein paar Tage vorher zur Jagd gewesen war. Herr v. Oldenburg forderte energisches Vorgehen mit dem Bemerkung, daß der Kronprinz nicht nur die gleiche Auffassung habe, sondern auch zu den Verhandlungen im Reichstage erscheinen werde. Daraufhin wurde Abg. Graf Kanitz beiseite geschoben und statt seiner der Abg. v. Heydebrand als Redner bestimmt, dem die lebhafteste Zustimmung des Kronprinzen während seiner Rede natürlich nicht entgangen war. Im anderen Tage erfuhr dann die konservative

Fraktion, daß Wilhelm II. über die Vorgehen geradezu empört sei und nun erhielt die konservative Presse die Weisung, die Klust nicht etwa durch scharfes Vorgehen noch zu verbreitern.

Darin liegt die Ursache der auffallenden Mäßigung. Daß die konservativen Taktiker jetzt, wo sie den Kaiser auf des Kanzlers Seite wissen, sich eine wohlberednete Reserve auflegen, schließt natürlich nicht aus, daß sie sich sofort nach der Reichstagswahl an Herrn v. Bethmann-Hollweg bitter rächen werden. Schon jetzt suchen sie dadurch den Kaiser gegen den Kanzler einzunehmen, daß sie mit erdichteter Absicht den Beifall hervorheben, den Bethmanns Rede in der sozialdemokratischen und linksliberalen Presse gefunden hat, und indem sie andererseits mit einer widerlichen Aufdringlichkeit sich als treue Hüter der Kronrechte aufspielen. So schreibt z. B. Herr Georg Dertel in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Wie er aber ausgenutzt wird, das zeigt, um nur ein Beispiel anzuführen, der gestrige „Vorwärts“, in dem in Anknüpfung an die Vorgänge im Reichstage gesagt wird, die Regierung selbst habe sich gezwungen gesehen, den gewissenlosen nationalistischen Hebern die patriotische Maske vom Gesicht zu reißen. Diese Ausnützung seiner Worte hatte gewiß der Reichskanzler nicht geahnt; aber er hätte sie ahnen müssen.“

Weiterhin folgt dann das folgende geschraubte Bekenntnis zum Monarchismus:

„Wir unsererseits wollen keine parlamentarische Regierung; wir wollen keine Erweiterung der Nachbefugnisse der Volksvertretung, keine Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte der Monarchie. Wir werden auch bei der verfassungsmäßig gestatteten und notwendigen Kritik der Regierungsmassnahmen niemals vergessen, daß die Vertreter der Regierung die Vertrauensmänner des Monarchen sind. Unsere Kritik wird niemals die Autorität des Staates und der Regierung als solcher gefährden.“

Nach demselben Rezept verfährt die „Kreuztg.“, indem sie schreibt:

„Daß Herr v. Bethmann-Hollweg der Sozialdemokratie für ihre Wahlmacht durch seine Ausführungen an und für sich Wind in die Segel geblasen hat, wollen wir keineswegs in Abrede stellen. Aber gegen die sozialdemokratischen Unterstellungen, er habe dies mit Absicht getan, müssen wir den Reichskanzler unbedingt in Schutz nehmen. Ja, wir sind davon überzeugt, daß er seine Angriffsworte sorgfältiger als geschehen abgewogen haben würde, wenn er geahnt hätte, welche gemeingefährlichen Gebrauch davon die Revolutionspartei machen werde.“

Ein schlauer Trick! Man weiß, wie solche Beschuldigungen nach oben wirken.

Auch eine „Reform“.

Wie wir bereits in der Sonntagnummer mitteilten, hat sich die Regierung eine große „Reform“ geleistet: der Bundesrat hat die Geltungsdauer der Einfuhrscheine für Getreide auf drei Monate herabgesetzt und ferner unterzagt, daß diese Scheine fürberhin bei der Entrichtung von Petroleum- und Kaffeezöllen von den Zollbehörden in Zahlung genommen werden.

Dadurch hofft man allem Anschein nach, die scharfe Kritik des Einfuhrscheinsystems beschwichtigen zu können. Eine lächerliche Selbsttäuschung; denn in Wirklichkeit hat diese sogenannte Beschränkung des Einfuhrscheinsystems recht geringen Wert. Bisher schon sind die Scheine fast reiflos im Laufe von drei Monaten verwandt worden, und soweit das nicht geschehen, können die Interessenten die Frist leicht einhalten, ohne in der Ausfuhr von Getreide behindert zu sein. So sind z. B. im Jahre 1908 von insgesamt 96 855 ausgestellten Scheinen nur 118 länger als drei Monate im Umlauf gewesen. Die Herabsetzung der Verwendungszeit hat daher praktisch keinen Wert, sie übt fast gar keinen Einfluß auf die Preisgestaltung aus. Mit der Nichtannahme der Einfuhrscheine bei der Zahlung von Petroleum- und Kaffeezöllen verhält es sich ebenso. Die Schädlichkeit des Einfuhrscheinsystems besteht in folgendem: es dient dazu, deutschen Roggen mit Hilfe einer Prämie von 50 M. pro Tonne aus der Reichsliste in das Ausland zu bringen. Die prämierte Ausfuhr ermöglicht es den Exporteuren, die Inlandspreise auch dann noch annähernd um den Zollbetrag über die Weltmarktpreise hinauszutreiben, wenn die Inlandspreise den Konsum übersteigt. Gute Roggenrenten in Deutschland verschaffen wohl dem Auslande billigen deutschen Roggen, nicht aber auch den einheimischen Konsumenten. Würde die Verwendbarkeit der Einfuhrscheine auf die Getreidearten beschränkt, für welche sie ausgestellt worden sind, dann wirkte das System nicht mehr als Ausfuhrprämie, denn nur bei Roggen haben wir eine über den Bedarf hinausgehende Ernte, daher auch einen Ausfuhrüberschuß. Bei den übrigen Getreidearten übersteigt die Einfuhr den Export. Da dieser Einfuhrüberschuß auch den Ausfuhrüberschuß von Roggen weit übertrifft, kann die „Reform“ die Roggenausfuhr nicht beschränken, den Preis nicht beeinflussen.

Die folgenden Angaben beweisen das. Im Jahre 1900 sind insgesamt rund 98 Millionen Mark Zölle mittels Einfuhrscheinen beglichen worden, im Jahre 1910 rund 122 Millionen Mark. Davon entfallen auf Petroleum und Kaffee im Jahre 1900 rund 14 Millionen Mark, im letzten Jahre 16½ Millionen Mark. Die Annahme, die Beschränkung der Verwendbarkeit der Scheine auf Getreide würde die Roggenausfuhr verringern, ist falsch, denn es bleibt genügend Gelegenheit, die Scheine bei der Einfuhr anderer Getreidearten zu verwenden. Allein die Zölle für den Uberschuß bei der Weizenimportation ergeben so ziemlich die ganzen Beträge der ausgestellten Scheine — im Jahre 1900 rund 122 Millionen Mark, im Jahre 1910 rund 118 Millionen Mark. Rechnet man die Zölle des Einfuhrüberschusses bei allen Getreidearten zusammen, dann ergeben sich für 1900 rund 198 Millionen Mark, für das letzte Jahr 174 Millionen Mark. Die wenigen Millionen, die bisher auf Zölle für Petroleum und Kaffee entfielen, können sehr leicht bei der Einfuhr von Weizen, Hafer, Mais und Gerste verwendet werden.

Aus dem bairischen Landtage.

München, 11. November 1911. Die Sitzung bringt zunächst die bereits gemeldete Erklärung der Zentrumsfraktion, daß die Stellung des Gesamtministeriums in dem Konflikt ungenügend und seine Fraktion nicht geschlossen sei, die parlamentarische Arbeit im Finanzausschuß nicht aufzunehmen.

Sodann spricht Genosse Müller-München als Generalredner der sozialdemokratischen Fraktion zum Etat des Kurfürsten. Er geht zunächst auf die Ausführungen des Zentrumsredners ein und betont, daß an der angeblichen Oede gegen das Zentrum wegen der Reichsfinanzreform das Zentrum selbst schuld sei. Die Betriebsgemeinschaft der deutschen Eisenbahnen lehnt er ab, spricht sich aber grundsätzlich für Reichseisenbahnen aus unter der Voraussetzung, daß das Aufsichtsratsrecht des Reichstages in der weitgehendsten Weise ausgebaut wird. Sodann geht der Redner auf die Ent-

scheidungsgefühle und den Wert und die Bedeutung des Ausschusses für äußere Angelegenheiten ein, in dem Bayern der Vorsitz durch die Verfassung gesichert ist. Er machte der Regierung den schweren Vorwurf, ein ihr übertragenes Recht, das ein gewisses Gegengewicht gegen die Gefahren des persönlichen Regiments in Deutschland darstelle, nicht im Interesse des Volkes und Friedens ausgeübt zu haben. Weiter kommt Genosse Müller auf die Stellung der bayerischen Staatsregierung zur Sozialdemokratie und betont, daß diese auf dem Boden der bestehenden Gesetze die Grundzüge ihres Programms zur Durchführung zu bringen suche, aber alle gewalttätigen Maßnahmen verwerfe. Sie werde es verstehen, die ihr heute verweigerte politische Gleichberechtigung allen Regierungen und dem Zentrum zum Troste zu erkämpfen. Im weiteren kritisiert Genosse Müller in seiner satirischen, witzigen Manier den jetzigen Konflikt des Zentrums mit der bayerischen Regierung. Die politisch sehr bedeutsame Rede des Genossen Müller war eine halb mit eintrübendem Ernste, halb mit heikendem Humor, halb mit Hohn und Spott hingeworfene Kriegserklärung der sozialdemokratischen Partei gegen die bayerische Staatsregierung.

Nachdem der Bayernhändler Bock über die Reichsfinanzreform und die Marokkofrage gesprochen, nimmt der zweite Zentrumsredner Sped das Wort. Er macht dem Genossen Müller den nicht begründeten Vorwurf, daß er in dem schweren Konflikt zwischen Zentrum und Regierung die Rechte des Parlaments preisgegeben und sich vollständig auf die Seite der Regierung gestellt habe, daß also die Sozialdemokratie die Würde und Rechte der Volksvertretung nicht gewahrt habe. Sped spricht dann über die Finanzlage des bayerischen Staates und äußert sich wenig optimistisch über den Gesetzesentwurf der Staatsoctette. Auch er bespricht in langen Ausführungen sodann die Reichsfinanzreform und bemerkt, daß das Zentrum das Bewußtsein hat, in schwerer Zeit dem Vaterlande einen großen Dienst erwiesen zu haben.

Endgültiges amtliches Ergebnis der Stichwahl in Ratibor.

Bei der Reichstagsstichwahl im 7. Ratiborer Wahlkreise erhielten Grundbesitzer Sopleta in Ratibor (Zentrum) 10 064 und Pfarrrer Banas in Lubowitz (Pole) 6625 Stimmen. Sopleta ist somit gewählt.

Beamte, Wahlrecht und Freisinn.

Die „Freisinnige Zeitung“ polemisiert gegen das Organ des Verbandes Deutscher Beamtenvereine, in dem ausgeführt wird, daß der Beamte als Staatsbürger zwar volle Freiheit des Wahlrechts besitze, daß aber die Wahlfreiheit wenigstens insofern ihre Grenzen finde, als kein Beamter für eine Partei stimmen dürfe, die die Betonung republikanischer Gesinnung zur Pflicht mache. Das, so erklärt die „Freisinnige Zeitung“, vertrage sich nicht mit der vollen Wahlfreiheit und auch nicht mit der Betonung des Staatsbürgerrechtes der Beamten. Denn es gäbe Fälle, in denen auch der treueste und gewissenhafteste Beamte die Pflicht haben könne, in der Stichwahl für einen Sozialdemokraten zu stimmen.

Bei den letzten preussischen Landtagswahlen las man es anders in der „Freisinnigen Zeitung“. Damals wurde ausdrücklich in dem freisinnigen Organ darauf hingewiesen, daß ein Beamter seinen Sozialdemokraten wählen dürfe, ja daß es eine Verleumdung sei, Beamten etwas derartiges zuzutrauen. Inzwischen hat sich also die liberale Auffassung der „Freisinnigen Zeitung“ dahin ausgeweitet, daß Beamte wenigstens in der Stichwahl sozialdemokratisch stimmen können. Offenbar zeigt sich das freisinnige Organ auch noch weiterhin entwicklungsunfähig, so daß es nicht nur das unbedingte Recht der Beamten feststellt, nach seiner politischen Überzeugung sozialdemokratisch wählen zu können, sondern daß es auch entschieden für dieses Recht eintritt und durch seine Fraktionen im Parlament den gegen die Beamten gerichteten Wahlterrorismus der Regierung mit aller Entschiedenheit verurteilt!

Wegen der uferlose Flottenhebe

wendet sich in der „Bosnischen Ztg.“ der Vizemirala D. Hoffmann. Der Verfasser weist gegenüber den jungliberalen Forderungen, daß Deutschland sich eine England ebenbürtige Flotte schaffen müsse, darauf hin, daß das deutsche Marinebudget 1911/12 einschließlich Neubauten den Betrag von 693 Millionen erreiche, daß aber England für denselben Zeitraum, gleichfalls einschließlich der Neubauten, nicht weniger als 1276 Millionen für seine Flotte ausgeben. Selbst also den Fall gesetzt, daß England bei einem forcierten Rüsten Deutschlands nicht gleichfalls seine Flottenrüstungen steigern, werde Deutschland nicht weniger als 600 Millionen mehr für seine Flotte ausgeben müssen, um die utopistischen Absichten der Nationalliberalen zu verwirklichen.

Selbst wenn die Einnahmen aus einer „scharf angespannten Erbschaftsteuer“ 200 Millionen jährlich ergeben sollten, bliebe noch eine ungeheure Summe zu decken, die natürlich wiederum durch indirekte Steuer aufzubringen sei. Hoffmann gelangt deshalb zu dem Ergebnis, daß es gar nicht möglich sei, Englands maritimen Vorsprung einzuholen. Das sei aber auch gar nicht nötig. Denn die jetzige Stärke der deutschen Flotte reiche völlig aus, Deutschlands Rechte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet nachdrücklich zu schützen.

Wir wollen uns diese Ausführungen der „Bosnischen Ztg.“ für jenen Zeitpunkt merken, wo der Reichstag sich wirklich mit der neuen Flottenvorlage zu beschäftigen haben wird. Doch hegen wir schon jetzt erhebliche Zweifel, ob der Freisinn sich dann dem Standpunkt seines Marinefachverständigen zu eigen machen und alle Wehrforderungen für die Flotte ablehnen wird!

Genosse Bebel hatte, wie er uns schreibt, die Absicht, in der heutigen Sitzung des Reichstages vor Eintritt in die Tagesordnung die folgende Erklärung abzugeben. Der Präsident, Dr. Graf Schwerin-Löwit, war aber nach Kenntnisnahme der Erklärung der Ansicht, er könne nicht anerkennen, daß der Erklärung eine Bedeutung zukomme, die deren Vortrag im Reichstag in der gewöhnlichen Weise rechtfertige. Es genüge, wenn dieselbe in der Presse veröffentlicht werde.

Bebel schickte uns deshalb die Erklärung zur Veröffentlichung. Sie lautet:

In der Sitzung vom 9. November hatte ich in meiner Rede geäußert, der Chefredakteur der „Post“ habe den Artikel des genannten Blattes vom 4. August, überschrieben „Krise und Rückzug“, erst am 24. desselben Monats als eine Fernentgleisung des stellvertretenden Redakteurs mißbilligt, obgleich er bereits am 6. August nach Berlin zurückgekehrt sei.

Die Redaktion der „Post“ legt Gewicht darauf, daß ich konstatiere, die Mißbilligung der formellen Entgleisungen jenes

Artikels sei schon wiederholt vor dem 24. August in der „Post“ ausgesprochen und dem betreffenden Redakteur bereits am 7. August, also unmittelbar nach Rückkehr des Chefredakteurs nach Berlin, gekündigt worden.

Schweiz.

Die Zusammensetzung des Nationalrats.

Bern, 12. November. Nach dem Ausfall der heutigen Stichwahlen wird sich der neue Nationalrat zusammensetzen aus 118 Freisinnigen, 87 katholisch-konservativen, 15 Sozialdemokraten, 12 Mitgliedern des liberal-protestantischen Zentrums und 7 Mitgliedern der sozialpolitischen Gruppe.

Frankreich.

Kriegsdiffe für Marokko.

Paris, 13. November. Die „Le Journal“ meldet, haben die in Villerfranche ankernden Panzerkreuzer „Edgar Quinet“ und „Léon Gambetta“ Befehl erhalten, nach Marokko abzugehen. Aus Tanger wird gemeldet, daß El Mokri zum Großwesir ernannt worden ist.

Aus der Partei.

Eine Parteikonferenz für Ostfriesland

fand am Sonntag in Emden statt, die trotz der großen agitatorischen Schwierigkeiten auf dem Lande ein gutes Bild der Partei- und Finanzentwicklung gab. Ihr Hauptzweck war die Vorbereitung der Reichstagswahlen. Parteisekretär Schulz hielt das Referat und gab eine Uebersicht über die Art der wirksamsten systematischen Agitation und Organisation. Die Konferenz bewies in ihrem ganzen Verlauf, daß der Sozialismus in dem noch „dunklen Ostfriesland“ im rüstigen Vortwärtsschreiten begriffen ist.

Gemeinderatswahlergebnisse.

Bei der Gemeinderatsergänzungswahl in Weida i. S.-W. behaupteten unsere Genossen mit vermehrter Stimmenzahl unsere zur Wahl stehenden 4 Mandate gegen den bürgerlichen Riksmasch. Westlagend schrieb die bürgerliche Presse, daß trotz des Zusammenschlusses der bürgerlichen Parteien der Sozialdemokrat kein Mandat entfallen werden konnte.

In dem Weimarschen Städtchen Münchenbernsdorf wurde zum ersten Male ein Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt.

Bei der am Freitagabend in Remschüß bei Saalfeld (S.-Meiningen) stattgefundenen Gemeinderatswahl gelang es unserer Partei, zwei neue Genossen in den Gemeinderat zu bringen. Da wir nun von sechs Mandaten fünf inne haben, besitzen wir die Majorität im Remschüßer Gemeinderat.

In Schönberg (Bayern) wurden zum erstenmal 3 Sozialdemokraten in das Rathaus gewählt, ebenfalls 4 sozialdemokratische Ersatzleute.

Eine ganze Gemeindeverwaltung sozialdemokratisch.

In dem mittelfränkischen Dorfe Bergabelshof wurden bei der Gemeindevahl alle sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Auch zum Bürgermeister wurde ein Sozialdemokrat erwählt. Die ganze Gemeindeverwaltung, einschließlich der Ersahmänner, besteht nun aus Sozialdemokraten.

Die ersten Sozialdemokraten in einem preussischen Kreistage.

Zu der unter dieser Spitzmarke in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ gebrachten Notiz geht folgende Mitteilung zu: Die Genossen in Höltscheid und Ohligs sind nicht die ersten, auch nicht die einzigen Mitglieder in preussischen Kreistagen. Dem Nieder-Barnimer Kreistage gehörte Genosse Trauer-Lichtenberg an, dem Kreistage für Kettow-Beeskow gehört noch an Genosse Herbst-Röpend.

Soziales.

Das „Lichtenberger Tageblatt“ vor dem Gewerbegericht.

Der Verleger des „Lichtenberger Tageblatts“ ersucht unter Verzugnahme auf unseren Bericht über die Gewerbegerichtsverhandlung in Nr. 995 und auf § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender „Verächtigung“:

„Es ist nicht wahr, daß sich der Kläger bei dem Beklagten um eine gar nicht vakante Stelle als Redakteur und Verleichterhaber bewarb. Es ist nicht wahr, daß die außerordentlich bescheidene Gehaltsforderung von 140 Mark pro Monat dem Beklagten verlockend genug war, um für den Bewerber die Stelle freizumachen. Es ist nicht wahr, daß der Kläger die neuesten Nachrichten am Telefon entgegenzunehmen habe. Es ist nicht wahr, daß der Kläger der einzige mit „redaktionellen“ Arbeiten beschäftigte Mann im Betriebe des Tageblattes gewesen ist.“

Das Preßgesetz verlangt, daß derartige Behauptungen als „Verächtigung“ aufzunehmen sind. Unser Bericht entsprach dem vor dem Gewerbegericht vorgetragenen Sachverhalt. Unsere Leser erfahren aus der „Verächtigung“ selbst, daß sie lediglich ohne Angabe des vermeintlichen wirklichen Sachverhalts Bestreitungen enthält. Der Verleger noch scheint anzunehmen, daß auch seine Tätigkeit als die eines mit „redaktionellen“ Arbeiten beschäftigten Mannes zu erachten sei.

Von einem Genossen, der auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung in den ersten Reihen steht, geht und nachstehender Ausruf mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu. Wir entsprechen dem Ersuchen und geben auch, dem Wunsch des Einfenders folgend, der gesamten Parteipresse anheim, den Ausruf abzudrucken.

Die Arbeitervertreter in den Vorständen und Ausschüssen des Landesversicherungsanstalten.

Am 1. Januar 1912 tritt das neue Gesetz über die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung in Kraft.

Die Statuten der Versicherungsanstalten müssen bis dahin entsprechend abgeändert werden.

Den Tag, bis zu welchem dies zu geschehen hat, bestimmt das Reichsversicherungsamt, bezw. die zuständigen Versicherungsämter (§ 81 des Einführungsgesetzes).

Das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten und Arbeitgeber bei der Invalidenversicherung ist bekanntlich eine Karikatur; die Entscheidung liegt bei den Regierungsbeamten.

Bei der nun vorzunehmenden Statutenänderung ist es möglich, diesen unwürdigen Zustand, wenn auch nicht zu beseitigen, so doch zu mildern.

Nach § 1338 der Reichsversicherungsordnung muß das Statut bestimmen, für welche Gegenstände im Vorstande der Versicherungsanstalten die Mitwirkung der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten erforderlich ist.

Hier ist dergestalt einzusehen, als man diese Gegenstände gegenüber den jetzigen Bestimmungen wesentlich erweitert.

Die Statuten werden vom Ausschuss beschloffen, ebenso die Änderungen. In beiden Fällen ist in der Regel eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich, die nur mit Hilfe der Arbeitgebervertreter erreicht werden kann. Auf jeden Fall muß der Versuch in allen Versicherungsanstalten gemacht werden. Dringen wir damit nicht durch, so lehnen wir jede Verantwortung für die Verwaltung und ihre Entscheidungen ab und richten auch unser Verhalten entsprechend ein.

Die Mitglieder in den Vorständen und Ausschüssen mögen sich über diese Frage umgehend verständigen. Gilt tut not!

Gewerkschaftliches.

Gärung unter den Ruhrbergleuten.

Im Ruhrrevier fanden am Sonntag in Bochum, Essen, Oberhausen, Bruchhausen, Lünen, Ramen und Hamm größere Bergarbeiter-Versammlungen statt. Die Versammlungen waren alle massenhaft besucht. In allen Versammlungen wurde zur gegenwärtigen Teuerung und zu der Lohnfrage Stellung genommen. Die größte und am stärksten besuchte Versammlung fand in Bochum im großen Saale des Schützenhofes statt. Dieser Saal, in dem schon so manche denkwürdige Versammlung der Ruhrknappen getagt hat, bildete auch Sonntag wieder das Ziel der Bergleute aus der näheren und weiteren Umgegend von Bochum. Trotz schlechten Wetters strömten die Knappen in Scharen herbei. — In der Bochumer Versammlung sprachen die Genossen Sue und Husemann vom Bergarbeiter-Verband. Scharf gingen die Redner mit der „bewährten“ Wirtschafts- und Sozialpolitik des deutschen Reiches ins Gericht. An zahlreichen Beispielen wiesen sie nach, wie durch diese Wirtschaftspolitik die Lebenshaltung der Arbeiter verteuert wird. Die Regierung habe es abgelehnt, selbst den von christlicher Seite gemachten Vorschlägen ihre Zustimmung zu geben, es würde also von dort keine Erleichterung zu erwarten sein. Auch die vielfachen, von den Gemeinden angewandten Mittel wären nicht geeignet, den unter den Teuerungsverhältnissen besonders leidenden Bergleuten dauernd Erleichterung zu bringen. Die den Arbeitern von den Werkverwaltungen angebotenen Lebensmittel seien vielfach noch teurer als im Detailhandel. Auch würde die Lieferung von Lebensmitteln dazu benutzt, um Mitglieder in die gelben Werkvereine hineinzubekommen. Die Arbeiter sollten dadurch zu willenslosen Seloten herabgewürdigt werden. Nach Lage der Verhältnisse bleibe den Bergleuten nichts anderes übrig, als zur Lohnfrage Stellung zu nehmen. Die Löhne der Ruhrbergleute waren von 1907 bis 1909 ständig rückgegangen. Die geringe Steigerung, die seit 1909 eingetreten ist, könne die bedeutend gestiegenen Preise der Bedarfsartikel und Lebensmittel nicht weitmachen. Der Lohn der gesamten Bergleute des Ruhrgebietes stehe heute noch 33 Pf. niedriger als 1907, während die eigentlichen Bergarbeiter (Hauer, Lehrhauer) sogar pro Schicht 63 Pf. weniger Lohn erhielten wie 1907. Jetzt würden sogar noch Lohnreduzierungen vorgenommen. Es gäbe Werkverwaltungen, die bei einem Hauerlohn von nicht mal 4,50 Mk. pro Schicht eine Reduzierung des Wagengedinges von 10 Pf. vorgenommen hätten. Hauerlöhne von 4,00 bis 4,50 Mk. seien keine Seltenheit. Ein großer Teil der Bergleute sei ob dieser Verhältnisse empört. Die Bergleute müßten selbst Hand ans Werk legen. Die Bergarbeiterorganisationen müßten zur Lohnfrage Stellung nehmen. Es sei nicht unter allen Umständen das Bestreben des Verbandes, das Wirtschaftsleben zu erschüttern, aber die Lohnverhältnisse könnten auch nicht so bleiben. Wenn alles nichts nütze, dann dürften die Arbeiter auch vor dem letzten Mittel nicht zurückzucken. Die Zeiten wären ernst. Die Bergleute müßten rüsten, damit der erste Augenblick kein schwebendes Geschlecht fände!

Diese Ausführungen fanden in der Versammlung ungeteilten Beifall. Soweit sich Diskussionsredner meldeten, wurde das von den Referenten Gesagte bestätigt. In der Versammlung in Essen machte ein Vertreter der gelben Werkvereine den Versuch, die Lebensmittelbeschaffung durch die Werkvereine und Grubenverwaltungen zu verteidigen. Es war dem Referenten selbstverständlich ein Leichtes, diesen Behauptungen abzuwehren.

Beschlüsse wurden nicht gefaßt, jedoch haben die Ruhrbergleute durch den massenhaften Besuch zu erkennen gegeben, daß sie die Zeichen der Zeit verstehen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Berliner Eisenkonstruktoren dauert fort. Der Verband der Berliner Eisenbauanstalten hat es abgelehnt, sich der Vermittlung des Hansabundes zu bedienen.

Der Ausschank der Bahnhöfe-Bräuerei, Friedrichstr. 71, ist für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt.

Der Oekonom will jetzt, um den Vertragsbruch zu demütigen, einzelne Verbandsmitglieder wieder einstellen, von denen er annimmt, daß sie schließlich doch der Organisation den Rücken kehren würden. Von diesen so beschrien ist die Wiederaufnahme der Arbeit aber abgelehnt worden.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Der Streik bei der Firma Gebrüder Richter ist beigelegt. Die Firma verhandelte gestern mit den Vertretern der Organisation und erklärte sich bereit, das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter anzuerkennen. Der größte Teil der Arbeiter nimmt die Arbeit am heutigen Tage wieder auf. Die übrigen Leute werden nach und nach eingestellt.

Deutsches Reich.

Die Schweger Lederfabrikanten und das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter. Die schon kürzlich gemeldete Kündigung der organisierten Lederarbeiter in Schwäger durch die dortigen Lederfabrikanten hat ihren Grund nur in dem Haß oder der Furcht der dortigen Lederfabrikanten gegenüber dem Lederarbeiterverband. Irrendwelse Forderungen haben die Lederarbeiter nicht erhoben. Die lebhaft betriebene Agitation des Lederarbeiterverbandes hat den Schweger Lederfabrikanten einen so heillosen Schrecken eingejagt, daß sie sich schließlich vereinigt und einen gemeinsamen Beschluß gefaßt haben, alle im Lederarbeiterverband organisierten Arbeiter zu entlassen, falls die Betroffenen nicht ihren Austritt aus dem Lederarbeiterverband vollziehen würden. Das Sinauswerfen der organisierten Lederarbeiter begann bei der Firma Joh. Döhle. Dann folgte die Firma Schmidt u. Co. Bei dieser Firma wurde eine Versammlung in der Fabrik abgehalten und den Mitgliedern des Lederarbeiterverbandes der Auftrag erteilt, innerhalb 4 Tagen ihren Austritt aus dem Lederarbeiterverband zu vollziehen. Als die Arbeiter sich weigerten, dies zu tun, wurden fünf von den organisierten Lederarbeitern sofort entlassen. Anstatt ihnen aber den Lohn für 14 Tage ausbezahlen, erhielten sie nur den ortsüblichen Lohn für 8 Tage ausbezahlt. Es wird deshalb noch zur Klage gegen die Firma kommen. Eine vom Gauleiter des Lederarbeiterverbandes nachgesuchte Unterhandlung mit der Firma Schmidt endete mit der Erklärung der Firma, daß der von 10 Schweger Firmen gefaßte Beschluß, keine Mitglieder des Lederarbeiterverbandes mehr zu beschäftigen, auch nur gemeinsam von den 10 Firmen aufgehoben werden könne.

Die Kötigung der Schweger Lederfabrikanten, den Lederarbeitern das ihnen gesetzlich zustehende Koalitionsrecht aufzugeben, findet natürlich keinen Staatsanwalt als Kläger. Der Lederarbeiterverband aber wird den Angriff der Schweger Lederfabrikanten übersehen und sich in seiner Agitations- und Aufklärungsarbeit nicht stören lassen.

Organisierter Arbeiterverrat.

Daß die herrschende Gesellschaft die Unterdrückten zu korrumpieren versucht, ist nichts Neues; sie handelt nach dem Grundsatz: Teile und herrsche! und scheut kein Mittel, ihn durchzuführen. Ein sprechendes Zeugnis dafür sind die berüchtigten Gelben. Aber

diese Spaltung genügt ihr noch nicht; Verwirrer sind immer eine unzuverlässige Truppe, und so suchte sie sich denn noch andere Soldaten im Kampfe gegen die aufstrebende Arbeiterkraft. Wo sie diese findet, zeigt ein Zirkular der „Eisen-Zeitung“, des Organs des deutschen und des österreichischen Formnermeisterbundes, das ein gefälliger Wind der „Leipziger Volkszeitung“ auf den Tisch wehte. Die hier in Betracht kommende Stelle des „vertraulichen“ Zirkulars heißt:

Vertraulich! Berlin S. 42, 25. September 1911.
betrifft Metallarbeiterstreik! Oranienstr. 141.

Sehr geehrter Herr!

Es entzieht sich zwar unserer Kenntnis, ob Sie durch den Metallarbeiterstreik mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen sind; jedenfalls haben Sie Ihre Formnermeister wohl ohne Ausnahme auf Ihrer Seite gefunden. Etwas anderes könnte auch kaum erwartet werden, da der Formnermeisterbund sich lediglich die Verfolgung der Sachinteressen zum Ziele gesteckt und außerdem seine unerrückbare Stellung gegen die organisierten Formner und Gießeiarbeiter seinerzeit in einem vertraulichen Zirkular ausdrücklich dokumentiert hat.

Ihr eigenes Interesse erheischt es somit, dem Formnermeisterbund, der zurzeit 1000 Mitglieder zählt, etwas mehr Beachtung und Entgegenkommen zu beweisen, auf die er nach Lage der Sache mit einer gewissen Berechtigung Anspruch erheben darf.

In erster Linie handelt es sich nun darum, die Namen und Adressen aller in Deutschland beschäftigten Formnermeister festzustellen, um die dem Bunde noch nicht angehörenden über die Bundeszwecke aufzuklären und zum Eintritt anzuregen. Würden Sie sich der kleinen Mühe unterziehen und uns die Namen mit Adressen der in Ihrem Betriebe tätigen Formner- bzw. Gießeiarbeiter aufgeben?

Das Zirkular betitelt dann die „Herrn Chefs“ an, auf die „Eisen-Zeitung“ zu abonnieren, und beigefügt ist ihm außerdem das angelegte vertrauliche Zirkular über die Stellung des Formnermeisterbundes zu den organisierten Formnern und Gießern, das folgenden Wortlaut hat:

„Erklärung des Deutschen Formnermeisterbundes im Oktober 1909.“

Es liegt in der Natur der Sache, daß der Meister am besten imstande ist, Charakter und Sentiment der ihm unterstellten Leute zu beurteilen, da er ständig mit ihnen im Verkehr bleibt, während viele Chefs oft ihre Leute kaum dem Namen nach kennen lernen. Der Meister wird mithin die unruhigen, störenden Elemente bald herausfinden und im Auge behalten. Bei der Entlassung solcher Arbeiter verständigt der Meister seine Bundeskollegen über die Entlassungsgründe. Auf diese Weise werden nicht nur die Heber lahmgelegt und Streiks vermieden, sondern die Tatsache hat sofort vorbeugende Kraft, als derartige Elemente bereits vermeiden, in den Gießeireien, deren Meister dem Bunde angehören, Stellung zu nehmen, weil sie wissen, daß sie dort kein Glück mit ihrer Raubwurstarbeit haben.

Der Vorstand des Deutschen Formnermeisterbundes richtet an die Herren Gießeireibesitzer die ergebene Bitte, daß sie die in ihren Betrieben beschäftigten Meister auf den Deutschen Formnermeisterbund und seine Ziele aufmerksam machen und ihnen den Beitritt zu dem Bunde empfehlen.“

Der Formnermeisterbund präsentiert sich hier also offen als Prätorianergarde des Eisenkapitals, bereit, zu dessen höherem Profit tausende und abertausende ehrliche Arbeiter dem Hunger zu überliefern. Den Metallarbeitern wird dadurch auch mancher Vorgang verständlich, der sich in den Kämpfen der letzten Jahre abgespielt hat. Das schlimmste ist, daß dieser Verrat von Leuten geübt wird, die selbst Ausgebeutete des Kapitals sind, die selbst alle Ursache hätten, mit ihren Leidensgenossen Schulter an Schulter gegen Ausbeutung und Unterdrückung anzukämpfen. Aber das Kapital korumpiert nicht nur den Mann der Wissenschaft, der für Geld seine Feder verkauft, es korumpiert auch die Mittelschichten der arbeitenden Bevölkerung, soweit diese charakterlos genug sind, den Versuchungen nicht zu widerstehen. Hoffentlich genügt aber die Veröffentlichung dieser „Kulturdokumente“, um den rückgratfestesten Teil der Mitglieder des Formnermeisterbundes zur klaren Stellungnahme zu veranlassen, andernfalls ist der Bund in den Augen jedes ehrlichen Menschen gerichtet.

Lohnbewegung der Kellnerinnen in München.

Im Dezember 1910 und Januar 1911 wurde durch den Verband deutscher Gastwirtsgehilfen mit mehreren Gastwirten ein Tarifvertrag abgeschlossen. Bei zwei Gastwirten kam es zu einer Arbeitsniederlegung. Die Entlohnung der Kellnerinnen ist äußerst schlecht. Lohn wird fast nirgends gezahlt, oder es werden den Kellnerinnen einige Mark pro Monat gezahlt, gerade so hoch, daß es zum Abzug für Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge ausreicht. Die Arbeitszeit ist bekanntlich sehr lang, und das Trinkgeld, die einzige Einnahmequelle, hat in den letzten Jahren bedeutend nachgelassen. Dagegen werden unerhöht hohe Abgaben verlangt. Die Kellnerinnen haben Druck- und Bußgelder zu bezahlen. In vielen Fällen wird pro Tag 60 Pf. und darüber von der Kellnerin verlangt. Nichtbestehener müssen zerbrochene Sachen extra bezahlt werden. Für Benutzung der Toilette und der Garderobe wird von den Kellnerinnen nicht selten Bezahlung verlangt; die Bier- und Wassermädchen haben sie mit 1 M. bis 1,50 M. pro Tag zu bezahlen. Die Kellnerinnen haben Zeitungen und Wochenschriften auf ihre Kosten zu halten. Die auf den Tischen stehenden Blumen werden von den Trinkgeldern der Kellnerinnen bezahlt. Ein ganz sinniger Restaurateur ging sogar dazu über, seine Servies zu vermieten.

Am endlich einmal diese verworrenen Lohnverhältnisse zu regeln, unterbreitete die Organisation den in München bestehenden Wirtevereinen einen Lohnarif. Es werden als Lohn — wenn von Lohn überhaupt gesprochen werden kann — ohne Kost 25 M. verlangt. Aber selbst das war den Wirten noch zu viel. Verhandlungen, die nachgelehrt wurden, schleppten sich den ganzen Sommer hin. Ein Wirteverein schloß mit dem Verbande einen auf ein Jahr gültigen Tarif ab, während sich die anderen weigerten, einen Tarif abzuschließen; darunter sind auch jene, die schon im vorigen Jahre befristet wurden. Der Verband der Gastwirtsgehilfen macht den Vorschlag, das Einigungsamt anzurufen; auch diesem Vorschlag hat die Mehrzahl der Wirte nicht zugestimmt, so daß es in nächster Zeit zur Arbeitsniederlegung kommen kann.

Die Internationale des Friedens.

In allen Versammlungen, über die wir in der 2. Beilage ausführlich berichten, wurde unter stürmischen Beifallstundgebungen folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung ist sich bewußt, daß die Kriegsgefahr von der kapitalistischen Politik aller Staaten unzertrennlich ist. Die herrschende Sozialpolitik sucht jede Nation von einem Stück des Weltmarktes auszuschließen. Sie steigert dadurch den Gegensatz zwischen den kapitalistischen Staaten und treibt sie zu einer gewaltigen Expansions- und Kolonialpolitik, die rückwirkend die Kriegsgefahr vergrößert. Diese Politik hat das riesenhafte und stets sich beschleunigende Betrüben der kapitalistischen Staaten zur Folge, das wachsenden Steuerdruck bedingt, ohne auch nur für die notwendigsten Kulturaufgaben Mittel übrig zu lassen.

Diese Politik hat über die Welt eine Aera großer Kolonialkriege heraufbeschworen. Immer näher rückt die Gefahr, daß die entwickeltesten europäischen Nationen selbst in den Entscheidungskampf um den Kolonialbesitz hinein-

gezogen werden. Hat das Marokkoabenteuer der deutschen und französischen Regierung bereits die Kriegsgefahr zu einer akuten gemacht, so hat jetzt die italienische Regierung durch ihren sribolen Ueberfall auf türkisches Gebiet den Krieg zwischen zwei europäischen Mächten entzündet. Die Befürchtung ist nun allgemein gerechtfertigt, daß dieser Krieg in seiner Folge auch andere Nationen in seinen verderblichen Strudel reißt.

Die Versammlung brandmarkt die freche Friedensföhrung durch die italienische Regierung; sie nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der dem Völkerecht hochsprühenden Grausamkeit und Brutalität der italienischen Kriegsföhrung und kennzeichnet insbesondere die Erschießung der kriegsgefangenen Araber als feigen Mord.

Die Versammlung drückt den türkischen und italienischen Opfern dieses Krieges ihre wärmste Anteilnahme aus; sie sendet ihren Brüdern und Klassengenossen der Türkei und in Italien ihren Gruß und weiß sich in der unerbittlichen Feindschaft gegen den Krieg eins mit dem Proletariat der gesamten Welt.

Die Versammlung dankt insbesondere ihren Genossen in Saloniki für den nützigen Protest und dem italienischen Proletariat für die fühne Tat des Demonstrationsstreiks, durch die es jede Gemeinschaft mit der Barbarei seiner Völkerrichter von sich gewiesen hat. Die Versammlung konstatiert, daß der Kapitalismus unfähig gewesen ist, die gewaltigen Produktivkräfte der vergesellschafteten Produktion länger zu beherrschen, daß sein Bestehen Teuerung und Kriegsgefahr in der Permanenz bedeutet und deshalb mit dem kulturellen Aufstieg der arbeitenden Menschheit unvereinbar geworden ist. Sie warnt die Herrschenden vor den notwendigen Folgen kriegerischer Abenteuer und erklärt, alles daran zu setzen, um der Arbeiterklasse die politische Macht zu erobern, die die Vorbedingung ist für die Vergesellschaftung der Produktion, für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Denn der Kapitalismus ist der Krieg, der Sozialismus ist der Friede.

Demonstrationsversammlungen im Reiche.

Eine große Demonstrationsversammlung gegen die Raubpolitik Italiens

und gegen die kapitalistisch-imperialistische Weltpolitik im allgemeinen veranstaltete am Sonntag die Arbeiterkraft von Gera (Reuß). Nach Referaten der Genossen Landtagsabgeordneter Leber und Parteisekretär Knauf wurde einstimmig eine längere Resolution angenommen, in der die Raubpolitik der „Kulturstaaten“ verurteilt wurde und die Arbeiter aufgefordert wurden, sich um die Fahne der Sozialdemokratie zu scharen und bei der Reichstagswahl die Kriegsheter hinwegzuführen.

In Weikensfeld wurde am 12. November vor mehr als 2000 Besuchern eine prächtig verkaufene Protestversammlung mit einstimmiger Annahme der bekannten Resolution nach einem Referat des Genossen Frickner gegen den kapitalistischen Imperialismus und die Gefahren eines Weltkrieges abgehalten.

In fünf Versammlungen, die trotz des herrschenden Regewetters sämtlich überfüllt waren, protestierte das Proletariat von Gannover und Linden am Sonntag mittag in einer einflussreichen Weise gegen den Wanditenzug Italiens wie gegen den völkerverbeidenden Imperialismus überhaupt. Die scharfe Kennzeichnung des unverantwortlichen, von Wahrlüchtern diktierten Vorgehens der Seydebrand, Wassermann und Konsorten in den jüngst vergangenen Reichstags-sitzungen weckte in allen Versammlungen stürmische Zustimmung. Der Resolution des Parteivorstandes wurde überall einmütig zugestimmt.

Eine verbotene Friedensdemonstration unter freiem Himmel.

Auf Sonntag, den 12. November, hatte der Sozialdemokratische Verein Mülhausen i. E. auf den freien Platz des überdeckten Ill-Schwabwasserkanals vor der neuen Markthalle eine öffentliche Demonstrationsversammlung gegen den italienischen Raubzug nach Tripolis und für den Völkerrfrieden einberufen. Die Versammlung wurde indes in letzter Stunde auf Veranlassung des Ministeriums in Straßburg von dem Polizeipräsidenten in Mülhausen verboten, weil sie „geeignet wäre, die öffentliche Sicherheit zu gefährden“. Die in Wirtschaften ausgehängten Plakate mit der Anzeige der Versammlung wurden polizeilich eingezogen und der Anschlag an den Plakatsäulen untersagt, weil die Plakate angeblich „beleidigende Ausdrücke gegenüber einer befreundeten Macht“ enthielten. Diese Ausdrücke bestanden darin, daß auf den Plakaten von „kapitalistisch-imperialistischer Raubpolitik“ und von einem „italienischen Raubzug nach Tripolis“ die Rede war.

Die Parteileitung in Mülhausen hatte ohnehin für den Fall ungünstiger Witterung eine öffentliche Versammlung in den größten ihr zur Verfügung stehenden Saal einberufen, die — zum Teil wohl dank dieser polizeilichen Reklame — zum Erdrücken besucht war. Hunderte mußten infolge Platzmangels umkehren. Das Referat des Arbeitersekretärs Genossen A. Weidner, das in schärfster Weise die koloniale Raubpolitik geißelte und das Treiben der kriegsbeherischen Clique in Deutschland, wie es die Reichstagsverhandlungen der letzten Tage dartaten, unter stürmischem Beifall zurückwies, wurde für die zahlreichen italienischen Arbeiter in Mülhausen ins Italienische überfetzt. Die imposante Kundgebung verlief ohne jeden Zwischenfall, wie dies auch bei der verbotenen Massenversammlung unter freiem Himmel der Fall gewesen sein würde.

Letzte Nachrichten.

Feuer im Warenhaus von A. Wertheim.

Durch die Meldung „Mittelfeuer“ wurden gestern abend kurz nach 10 Uhr sechs Löschzüge der Berliner Feuerwehr nach dem Warenhaus von A. Wertheim in der Oranienstraße gerufen. — Der Brandherd lag im Kesselhaus, und zwar hatte sich Verdopplungsmaterial an einer Rohrleitung entzündet. Das Feuer konnte in kurzer Zeit mit einem Rohr der Gausleitung erstickt werden, so daß die Löschzüge bald wieder in ihre Depots zurückkehren konnten. Der Brand ist vermutlich durch Ueberhitzung einer Maschine verursacht worden.

Son der Cholera.

Sofia, 13. November. (W. T. B.) In einem Dorfe des Bezirkes Karnobat sind sieben Erkrankungen an Cholera, davon drei mit tödlichem Ausgange, und sieben choleraverdächtige Fälle festgestellt worden.

Reichstag.

204. Sitzung vom Montag, den 13. November, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: v. Breitenbach.

Auf der Tagesordnung steht die von den Abgg. Adreth und Genossen (Soz.) eingebrachte Interpellation betreffend Entlassung von Arbeitern der Reichseisenbahnen.

Sie hat folgenden Wortlaut:

„Es ist dem Reichskanzler bekannt, daß Arbeiter der Reichseisenbahn nach langjähriger, durchaus zufriedenstellender Arbeit aus ihrer Arbeitsstelle entlassen wurden, weil sie zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen im Rahmen der bestehenden Reichsgesetze tätig waren?“

Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um solch willkürliches, der Gleichberechtigung der Staatsbürger widersprechendes Vorgehen der Reichseisenbahnverwaltung für die Zukunft unmöglich zu machen?“

Nachdem der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach sich zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärt hat, erhält zu ihrer Begründung das Wort

Abg. Emmel (Soz.):

Im Juli d. J. wurden der Vorsitzende und der Schriftführer des in Röhhausen gegründeten Eisenbahnarbeitervereins entlassen und etwas später, am 21. Juli, der Vorsitzende und Schriftführer des elsass-lothringischen Eisenbahnarbeiterverbandes und der Redakteur des Verbandsorgans. Sämtliche fünf Personen wurden nicht wegen ihrer Tätigkeit im Arbeitsverhältnis entlassen, sondern weil die Eisenbahnverwaltung sich herausnahm, in das außerdienstliche Verhalten einzugreifen, und weil diese Personen die wirtschaftlichen Interessen ihrer Kollegen vertreten hatten. Die Organisation, um die es sich handelt, hat diesen Zweck ausdrücklich im Statut festgelegt, während parteipolitische Bestrebungen nach dem Statut ausdrücklich ausgeschlossen sind. Dazu kommt, daß diese Satzungen von der Eisenbahndirektion genehmigt sind. Die Eisenbahnarbeiter haben die Satzungen ganz überflüssigerweise der Direktion zur Genehmigung eingereicht und mit der Gründung des Vereins so lange gewartet, bis die Statuten genehmigt waren. Trotzdem konnte der Verein nicht in Tätigkeit treten, sondern dem Vorstand des Röhhauser Vereins wurde von dem Werkstättenvorsteher eröffnet, es würden

in jede Versammlung einige Beamte geschickt werden und es sei die Tagesordnung zu jeder Versammlung einzureichen; würde das nicht gebildet werden, so hätte der Vorsitzende die Konsequenzen zu tragen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es wurde ihm also offen gedroht, er persönlich würde den Schaden haben, wenn er sich ein derartiges Vorgehen nicht gefallen ließe. In seiner Beschwerde bei der Generaldirektion wies der Vorsitzende auf das Gesetzwidrige dieses Vorgehens hin und auf die Auswechslungen des Chefs der Reichseisenbahnverwaltung im Reichstage und im Abgeordnetenhaus, worin betont war, den Arbeitern würden keine Schwierigkeiten gemacht werden, wenn sie sich vereinen man verlange von ihnen nur, daß sie nicht das Streikrecht proklamieren und nicht parteipolitisch in sozialdemokratischem Sinne tätig seien. Trotzdem wurde dem Vorsitzenden vom Oberregierungsrat Meyer in Strahburg erklärt, der Werkstättenvorsteher habe mit Genehmigung der Generaldirektion gehandelt und man beharre auf der Durchführung des Verlangens. Nach langen Verhandlungen erklärte sich aber der Oberregierungsrat Meyer damit einverstanden, daß nur auf der Generalversammlung ein Beamter zugegen sei und daß nur die Tagesordnung der Generalversammlung 8 Tage vorher eingereicht werden müsse. Da der Oberregierungsrat mit Maßnahmen drohte, wenn man dies nicht dulde (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.), erklärte man sich schließlich damit einverstanden.

Sehr bald aber verlangte man nun dasselbe für alle Versammlungen des Vereins resp. Verbandes. Als die Arbeiter von der Anwesenheit des Beamten nun wenigstens etwas profitieren wollten, und ihn in Sachen, in denen sie zweifelhaft waren, um Rat fragten, erklärte der Vertreter der Generaldirektion, der die Tagesordnung schon acht Tage vorher hatte, er sei

nur zur Beobachtung da, nicht um Auskunft zu erteilen, und auf eine Bitte an die Direktion, den Beamten zu gestatten, auch Erklärungen abzugeben, wurde dies abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Am 10. Juni d. J. wurde in einer Versammlung nach Erledigung der Tagesordnung noch eine ganz interne Sache verhandelt, nämlich ein Ausschlussantrag gegen ein Mitglied. Da dies mit dem Werkstättendienst absolut gar nichts zu tun hatte, und da viele Arbeiter, so lange der Beamte als Beobachter, als Spion da war, mit der Sprache nicht frei herausgehen, wurde der Beamte aufgefordert, bei dieser Angelegenheit das Lokal zu verlassen. Da er erklärte, er tue das nicht, wurde ein Antrag an die Versammlung gestellt, und diese beschloß einstimmig, der Beamte habe das Lokal zu verlassen. Erst daraufhin ging er.

Etwa zwei Monate später wurde der Vorsitzende und der erste Schriftführer über diesen Vorgang zu Protokoll vernommen und am Tage darauf entlassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf ihre Beschwerde wurde ihnen erwidert, sie hätten

gehört und ausgewiegt,

und deshalb entlassen werden müssen. Sie könnten darauf hinweisen, wenn es ihnen darum zu tun gewesen wäre, so hätten sie die stark erregten Arbeiter sehr leicht zur Arbeitsniederlegung veranlassen können; aber gerade sie waren es, die Gemahregelungen, welche die Arbeiter gewarnt und zur Ruhe gemahnt haben. Oberregierungsrat Meyer erklärte freilich, wenn die Arbeiter wirklich gestreift hätten, so hätte man einfach die Werkstätten geschlossen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In seinem Kopfe scheinen sich die Verhältnisse recht eigenartig wiederzuspiegeln.

In dem Kündigungs schreiben wird der Tatbestand ebenso geschildert, wie ich ihn dargestellt habe, und es wird in dem Verhalten der Arbeiter eine

Schorsamungsverweigerung,

eine Disziplinwidrigkeit erblickt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), da der Auftrag des Beamten sich auf den ganzen Verlauf der Versammlung erstreckt habe. Dies Kündigungs schreiben beweist klar, daß lediglich die Vereinständigkeit der Grund zur Kündigung war. Wenn der Arbeiter außerhalb des Dienstes in der Tätigkeit des Vereins zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen nicht das tut, was die Generaldirektion verlangt, so soll das eine grobe Disziplinwidrigkeit sein. Die Generaldirektion meint, ihre Befugnisse soweit auf das außerdienstliche Verhalten der Arbeiter erstrecken zu können. Sie hat aber gar kein Recht, derartig in die Privatverhältnisse der einzelnen einzugreifen und den Leuten vorzuschreiben, was sie zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu tun und zu lassen haben. (Zustimmung b. d. Soz.) In dem Kündigungs schreiben wird noch betont, die Kündigung sei mit Genehmigung der Generaldirektion in Elsass-Lothringen erfolgt, und sehr charakteristisch ist die Aeußerung eines Regierungsrats:

„Wenn noch das geringste vorkommt, wird der Verein aufgelöst; es liegt ein direkter Befehl des Ministers vor.“

Das letztere möchte ich noch bezweifeln, da der Minister sich im Reichstage ganz anders ausgesprochen hat. Woher nimmt man aber das Recht zu einer derartigen Drohung. Die Generaldirektion hat ebensowenig ein Recht zur Auflösung des Vereins, wie sie ein Genehmigungsrecht für die Statuten hatte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Einreichung der Statuten war ein durchaus freiwilliger Akt der Arbeiter.

Der eine der entlassenen Arbeiter war 11, der andere 8 Jahre bei der Eisenbahn beschäftigt gewesen und sie hatten nie zu dienstlichem Zweck Veranlassung gegeben. Der § 1 des Reichsbereinigungs-gesetzes gestattet allen Reichsangehörigen das Recht zu, Vereine zu bilden. Er statuiert nicht etwa die Rechte der Staatsbürger nur der Polizei gegenüber, sondern er statuiert schlechthin das Recht aller Reichsangehörigen, sich in Vereinen zusammen zu schließen und sich zu veranlassen. Unter gewissen Umständen hat die Polizeibehörde das Recht der Ueberwachung und der Auflösung, nirgends aber ist dem Arbeitgeber ein solches Recht gegeben, und die Eisenbahnbeförderung kommt den Arbeitern gegenüber nur als Arbeitgeber in Betracht. Es wäre doch sehr eigentümlich, wenn eine Reichsbeförderung sich auf den Standpunkt stellt, der Grundlag, der an der Spitze des Reichsbereinigungs-gesetzes steht, braucht von ihr nicht beachtet zu werden. Nirgends sonst wird sich wohl ein Unternehmer herausnehmen, die Versammlungen seiner Arbeiter zu überwachen und zu verlangen,

daß die Statuten ihrer Vereine ihm zur Genehmigung vorliegen müssen. Nur die Generaldirektion der Eisenbahnen in Strahburg hat sich dieses Recht angemacht, und dagegen muß mit aller Schärfe protestiert werden. Sie nimmt sich ja viel größere Rechte heraus, als das Gesetz der Polizei einräumt. Das muß entschieden zurückgewiesen werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich könnte mich auch auf die Gewerbeordnung beziehen. Nun läßt man sich freilich auf § 6 der Gewerbeordnung, wonach die Betriebe der Eisenbahnverwaltung der Gewerbeordnung nicht unterliegen. Aber alle Befehle, welche die Koalierung von Arbeitern verbieten, sind längst aufgehoben, es besteht kein Gesetz, das die Vereinigung von Eisenbahnarbeitern zur Erreichung wirtschaftlicher Vorteile unterjagt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Hinweis auf § 6 der Gewerbeordnung beweist nichts. Weil kein Reichs- und Landesgesetz besteht, das die Koalierung verbietet, deshalb ist die Koalierung erlaubt. Irgendwelche formelle Verweigerung besteht also nicht für die Generaldirektion der Reichseisenbahnen, zu verhindern, daß die Eisenbahnarbeiter sich zu Vereinen zusammenschließen. Sie sind Reichsangehörige so gut wie jeder andere und haben dieselben Rechte. Es ist daher

Mißbrauch der Amtsgewalt,

wenn die Generaldirektion den Eisenbahnarbeitern ihre staatsbürgerlichen Rechte zu nehmen bestrift ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist Unternehmerwillkür, Ausbeuterwillkür, die sich hier breit macht, wenn man den Arbeitern droht, sie entlassen zu wollen, falls sie sich dem nicht fügen, was ihnen seitens der Generaldirektion zugemutet wird. Der neugewählte Landtag von Elsass-Lothringen wird alle Ursache haben, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen und zwar beim Justizetat. Die Staatsanwaltschaft wird auf die Beamten der Reichsbehörden ein wachsames Auge haben müssen, wenn sie solche Drohungen und Erpressungen gegenüber Arbeitern vornehmen. Am 12. März 1910 hat der Chef der Reichseisenbahnverwaltung hier im Reichstage erklärt, daß die Verwaltung ihren Arbeitern den Anschluß an Vereine verbiete, die den Streik propagieren. Davon ist in diesem Fall nicht die Rede. Er sagte ferner, die Eisenbahngesetzgebungen dürften sich nicht für die Sozialdemokratie betätigen, im übrigen hätten sie freie Bewegung nach jeder Richtung. Dieser Standpunkt ist unberechtigt, denn es ist das Recht jedes Staatsbürgers sich der politischen Partei anzuschließen, die ihm zusagt. Über selbst von diesem Standpunkt des Ministers aus sind die Maßnahmen der Generaldirektion nicht zu billigen, denn sie treffen auch Arbeiter, die ausgesprochenemmaßen einer anderen Richtung angehören, als der Sozialdemokratie.

Weiter sagte der Minister damals: „Jeder Arbeiter hat die Sicherheit, daß er nur entlassen wird unter denselben Voraussetzungen wie der Beamte. Wenn wir auch kein formelles Disziplinarverfahren einleiten, so behandeln wir die Arbeiter doch nach den gleichen Grundregeln.“ In den angeführten Fällen sind aber keineswegs bei der Entlassung der Arbeiter die Rechtsgarantien beobachtet worden, die den Beamten gegeben sind. Wir sollten doch wenigstens verlangen können, daß die nachgeordneten Beamten sich nach den offiziellen Erklärungen der Chefs der Reichseisenbahnverwaltung richten. Wohin solch unberechtigtes Vorgehen kann, hat der traurige Fall des Arbeiters aus der Werkstätte in Röhhausen bewiesen, der

Selbstmord verübte,

weil er als Vorstandsmitglied des betreffenden Vereins die Maßregelung für sich und seine Familie fürchtete. Seine Hinterbliebenen mußten, um den rückständigen Lohn dieses Arbeiters zu bekommen, erst noch eine Erbschaftsbescheinigung beibringen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ein weiterer Fall ist die Maßregelung des Schmiedes Dertel, der 25 Jahre im Dienst der Eisenbahnverwaltung stand. Er hielt in Reg eine Versammlung des Verbandes ab und soll sich dort nach den Befundungen des überwachenden Beamten eine Reihe Auswechslungen haben zu schulden kommen lassen, die zu seiner Entlassung führten. Er wurde aufgefordert, seine Auswechslungen vor derselben Versammlung zu widerrufen und in der Verhandlung eine Erklärung abzugeben, die die Generaldirektion ihm entworfen hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er erklärte aber: Was mir der Spigel in den Mund legt, habe ich gar nicht gesagt, deshalb habe ich auch nichts zu widerrufen. Schließlich hat er sich notgedrungen bereit gefunden, eine

Kleines feuilleton.

Die Solidarität der „Legitimen“. Die royalistische Revue „Correspondant“ veröffentlicht Dokumente zur Geschichte der Verhandlungen, die nach dem Sturz des zweiten Kaiserreiches zwischen dem bourbonnischen Prätendenten, dem Grafen von Chambord und Wilhelm I. eingeleitet wurden. Da ist zunächst ein Brief, den der Bourbonne am 1. Oktober 1870 an seinen „Herrn Bruder und Vetter“ schrieb. Nach ein paar Phrasen patriotischen Schmerzes kommt die Hauptsache, der Appell an die Solidarität der Dynastien: „Die demagogischen Leidenschaften finden in unserem unerwarteten Unglück die günstigste Gelegenheit zur Ausführung ihrer schrecklichen Komplote. Die Geister geraten in Verwirrung und Unruhe. Man beginnt heute zu begreifen, daß das Prinzip der Erbmonarchie, das ich mit Gottes Gnade fromm in meiner Hut gehalten habe, in dieser entscheidenden Stunde allein einen Rettungshafen darbieten kann.“ Ein paar nichtslagende Redensarten über das edle Herz des Adressaten, das diesen „nicht eine Parzele von der Ehre Frankreichs“ fordern lassen werde, bilden den Abschluß. Der Kern bleibt die nicht mißzuverstehende Bitte an den „Landesfeind“, dem Grafen zur Königswürde zu verhelfen.

Dieser Brief wurde Wilhelm I. in Versailles von einer fürstlichen Dame — vermutlich der Fürstin von Sahn-Wittgenstein — überreicht. Wilhelm antwortete nicht, wenigleich er offenbar für die Argumente des Bourbonnen nicht unzugänglich war. Aber Bismarck war Realist genug, um sich keine Kreise nicht durch drei Schnorrbriefe stören zu lassen. Er übernahm es also, am 11. Oktober der vermittelnden Prinzessin zu schreiben. Der Brief ist sehr lebenswürdig, aber erklärt in vorläufigen Wendungen, daß der König sich nicht binden könne. Nicht ohne Vorbehalt wird den Bourbonnen unter die Nase gerieben, daß „es notwendig wäre, daß Frankreich sich aus eigenem Antriebe seinem alten Königsgeschlechte zuwendete und daß der geringste Druck von außen seine Reueigung in dieser Richtung nur befeuern und nicht begünstigen könne.“ Wenn Bismarck, wie man sieht, zu der Intervention nicht zu haben war, so glaubte er ihm doch die Bitte verlesen zu müssen, indem er anbei bemerkte: „Sicher wäre es für S. M. den König eine sehr große Genugtuung, wenn die französische Nation den inneren Frieden fände, indem sie sich mit diesem Prinzip (der Erbmonarchie) erfüllte, das den Ueberzeugungen des deutschen Volkes entspricht.“ Woher die Herrschaften die deutsche Volkseele so gut kennen! Zitiert sei ferner aus dem Brief Bismarcks folgender Satz: „Deutschland wird die Unabhängigkeit Frankreichs in bezug auf seine inneren Einrichtungen, die die Nation sich geben wird, mit Sorgfalt respektieren.“ Dieser Respekt vor den Entscheidungen der Nation hat aber nur für Frankreich bestanden, nicht für Deutschland selbst. Man weiß ja, welche Rolle das deutsche Volk bei der Reichsgründung gespielt hat.

Die chinesische Presse. Die vor kurzem erfolgte Proklamierung der Pressefreiheit in China bedeutet einen einschneidenden Wendepunkt in der Kulturgeschichte „Tschung tso's“, des „Reiches der Mitte“. Es bleibt nicht ohne Interesse, sich mit diesen Zeitungen zu

beschäftigen, die jetzt über Nacht, unter dem Einfluß der Revolution, mit einem Rechte beglückt wurden, das sich die Kulturvölker Europas spät und nur in schweren Kämpfen erkungen haben. Eine rein statistische Uebersicht nimmt nur wenig Raum ein: im ganzen erschienen in dem etwa vier Millionen Quadratkilometer und wohl vierhundert Millionen Einwohner umfassenden Miesereiche ganze vierzehn Zeitungen in chinesischer Sprache; davon je fünf in Hongkong und Schanghai und je eine in Peking, Kanton, Amoy und Tientsin.

Die älteste chinesische Zeitung, zugleich die älteste der Welt, ist der King-Pao, der „Staatsanzeiger von Peking“, der sich aber lediglich auf die Mitteilung von Ernennungen, Eingaben an den Thron, kaiserlichen Erlässen und auf offizielle Aktenstücke beschränkt. Der King-Pao erscheint in einer geschriebenen und einer gedruckten Ausgabe, leidet aber an chronischem Abonnentenschwund, da er sehr langsam ist und die paar weitere Kreise interessierenden Notizen von einigen Tageszeitungen nachgedruckt werden. Einen erheblichen Aufschwung nahm das chinesische Zeitungswesen erst, seit eine Zeitung im europäischen Sinne von Europäern in den Küstenprovinzen derwirklicht wurde. Das erste täglich erscheinende Blatt war der Shen-pao, der „Schanghai-Verichterstatter“. Er wurde 1870 in Schanghai begründet und vertritt die fortschrittlichen Interessen der Partei der Europäer. Die Zahl der Abonnenten hat 300 000 bereits überschritten. Als Oppositions- und Konkurrenzunternehmen wurde 1875 von der Seite der Europäer feindlichen Mandchu-Partei der Sin-pao, „Der neue Verichterstatter“, gegründet, der aber nur ein paar Jahre bestand und 1881 von dem Hu-pao abgelöst wurde. Er soll es auch auf 60 000 ständige Leser gebracht haben.

Die Gewährung der Pressefreiheit kommt natürlich vor allem dem politischen Teile der Zeitungen zugute. Der Chinese verfolgt mit leidenschaftlichem Interesse das Hin- und Herwoogen der schweren Kämpfe, die jetzt das Reich erschüttern.

Theater.

Münchener Theater. Der fällige Theaterfandal im Schauspielhaus traf diesmal einen wirklichen Dichter, Max Dautenhend. Als der Premiererfnob im 8. Akt seiner romantischen Tragödie: „Der Drache Grauli“ ohne Gage mitzuspielden begann, erhob sich der alte Reder M. G. Conrad und donnerte: „Auch! Ein Dichter spricht.“ Sein Landsmann aus Franken ist ein Poet, das hat er früher schon und auch in den „Spieleereien einer Kaiserin“ bewiesen, aber trotzdem ist in dem nordischen Geesfuß mit Wespennesterglauben, Ehebuch, Vergeuolktung und Massenmord Unklarheit Trampf. Der Drache Grauli ist ein Doppelmenschen. Einmal ein moderner Baron dieses Namens, den eine ehedem herrliche Circe Frau Wiltrid von Krake in den Tod trieb. Dann ein Seegespens, das bei Sturm in den Schären des Stogwal auftaucht und Menschenfleisch fordert zur Sühne für alle Schuld. Leberdicht von Braune, schwedischer Nachbesitzer, ist zurzeit im Reche Wiltrids. Aber er hat einst seinem Freunde Bouli Rauche geschworen, und so würzt er in der „Draufentube“ des Leuchturms seine Liebst so lange am Falte, bis sie tot ist.

Stürzt hinaus in die Nacht und freit ein blondes Goldschönes. Der Drache Grauli verdirbt ihm nun die Flitterwochen. Er sieht nichts als tote Leiche. Der Schatten Wiltrids lockt und lockt ihn an die Stätte der Untat. Aber siehe: dort sitzt die lebendige Wiltrid und rebet ihm. Er entlastet froh sein Gewissen und bootet sich aus mit dem Loten und seiner jungen Frau. Aber aus Furcht, die schöne Dame Wiltrid werde die öde Leuchturmklippe mit verlassen, bohrte der verlebte alte Leuchturmwächter Herties Löcher ins Boot. Es versinkt vor den Augen der ihren Würder Leberdicht immer noch liebenden Wiltrid. Die ergreift ein Stroh-messer und ersticht zwei unbeteiligte Fischerleute, schlägt mit Steinen den lästernen Herties tot und sinkt als Leiche entseelt zu den Steinen der Klippe hin. Vielleicht macht dann der Souffleur noch die achte Leiche!

Dautenhend weiß durch spukhafte Romantik im ersten Akt zu fesseln; der zweite ist konventioneller und fand deshalb stärksten Beifall. Im Schlußakt aber jongliert er mit Ibsen, Maeterlinck und Bedekind und wirkt durch Vergerung des Stils, durch krampfhaftige Tragik erheitend, wo er doch erschüttern will. m.

Notizen.

Opernb Vorstellungen zu volkstümlichen Preisen. Veranlaßt durch den Erfolg, den die Romische Oper mit Vorhings „Waffenfriede“ hatte, will die neue Direktorin verlockendweise an Wochenlagen gute Spielopern bei bedeutend ermäßigten Preisen zur Aufführung bringen. Am Freitag, den 17. November, soll eine Wiederholung der Spieloper „Der Waffenfriede“ bei niedrigen Preisen stattfinden. Eventuell wird auch der Montag jeder Woche für diese volkstümlichen Vorstellungen reserviert.

Dehmel als Komödiendichter. Im Deutschen Schauspielhaus zu Hamburg gelangte eine phantastische Komödie von H. Dehmel zur Aufführung. „Michael Michael“, die Verförperung des deutschen Volkes, befreit sich darin von all seinen Bedrängern (zu denen auch die Sozialdemokratie gehört) und fluezt in den Hafen der Wölle ein. — Der Versuch, Probleme von heute dramatisch zu verarbeiten, ist dem Lyriker Dehmel nicht gelungen.

Eine Meist-Stiftung will ein Komitee von Künstlern, Verlegern und Bühnenleuten gründen — zum Gedächtnis des Dichters, dessen 100. Todestag sich am 21. November jährt. Es soll ein Kapital angesammelt werden, aus dessen Zinsen ringende junge Dichter vor der Not des Lebens bewahrt werden sollen.

Ein Satirist von Sophokles, dem jetzt beinahe populär gemordenen griechischen Tragiker, wurde nach einer Mitteilung aus London in neu entdeckten Papyri erkannt. Es sind große Bruchstücke dieser bisher unbekanntem antiken Woffe erhalten geblieben — dank den ägyptischen Gräbern, denen wir schon so viel verdanken.

Ein Denkmal Nolas wurde in seinem Geburtsort Witz in der Provence eingeweiht. — Der erst vor kurzem gestorbene Schauspieler Rainz erhielt bereits ein Denkmal in der Nähe seiner früheren Wohnung in Wien.

Erklärung im Verbandsorgan abzugeben, er fügte aber hinzu: Ich komme hiermit der Aufforderung der Verwaltung nach, obwohl ich mit der in der Aufschrift enthaltenen Annahme nicht einverstanden bin. Auch bemerkte er vor der Erklärung, daß er vergeblich dagegen protestiert habe, die ihm von den in der Versammlung anwesenden Berufsbeamten in den Mund gelegten Äußerungen getan zu haben. Er hat verlangt, daß man Beweise erheben solle über das, was er tatsächlich gesagt habe. Das hat die Eisenbahnverwaltung abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat dem Spiegel, der vielleicht, wie sich bei der Verwaltung anzuschamotzen, übertrieben hat, mehr geglaubt als den Arbeitern, die bereit waren unter ihrem Eide zu bezeugen, daß Dertel nichts Derartiges gesagt habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Zustimmung der Verwaltung an ihn, etwas zu widerrufen, was er gar nicht gesagt hatte, bedeutet direkt die

Aufforderung zur Unwahrhaftigkeit.

Der lägenhafte Spiegel hat es fertig gebracht, daß dieser Arbeiter, der 26 Jahre treu dem Staate gedient hatte, aufs Pfahle geworfen wurde. Nach diesen Erfahrungen werden wir in Zukunft das denkbar größte Mißtrauen gegenüber offiziellen Erklärungen des Chefs der Reichseisenbahnverwaltung im Reichstage gegen müssen. Ferner sind noch zwei Arbeiter entlassen worden. Der Redakteur des Verbandsorgans Marschall, der 27 Jahre bei der Eisenbahnverwaltung beschäftigt war, und ein Schlosser, Wendling, der 12 Jahre tätig war. Die Entlassung erfolgte auf Grund zweier Artikel. In dem ersten wurde die Entlassung der beiden ersten Gemahregelungen in rein sachlicher, objektiver Weise geschildert und am Schluß werden die Arbeiter aufgefordert, sich durch die Maßregelung nicht abschrecken zu lassen, weiter ihre Solidarität zu zeigen und zugunsten der Gemahregelungen materielle Opfer zu bringen. All dies geschah in durchaus ruhiger, einwandfreier Form. Der Redakteur wurde entlassen wegen der Aufnahme der Artikel, Wendling als Mitarbeiter. Es hieß in der Kündigung, der Artikel sei aufheißerisch und beleidigend für die Verwaltung, er fordere die Arbeiter zu ungewissem Kampf gegen die Verwaltung auf. Solche Elemente, die offensichtlich darauf ausgingen, Infraktionen in der Verwaltung zu säen und das Vertrauen in der Verwaltung zu untergraben, könnten nicht geduldet werden.

Die Erregung über diese Maßregelung trat in der gesamten Presse zu Tage. Auch ein Zentrumsblatt, die „Oberbayerische Landeszeitung“, veröffentlichte einen Artikel darüber mit dem Titel „Die Reichseisenbahnverwaltung auf Schwarzmachertwegen“ und nannte das Vorgehen eine überaus schwere, brutale Vergewaltigung. Ich weiß ja nicht, ob das Zentrum sich hier auf denselben Standpunkt stellen wird. Nach den Vorgängen im bayerischen Landtag könnte man annehmen, daß sich im Zentrum eine

Schutztruppe für die Generaldirektion

finden wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Falle Dertel ist noch interessant, daß dieser Arbeiter nach 26jähriger Dienstzeit und zum zweiten Male kurz vor seiner Wählung ein Verbot der Mitgliedschaft in der Verwaltung bekommen hat. Also nach zweimaliger Verlobung wurde er, weil ein Spiegel gelogen hat, ganz brüsk gemahregelt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Schuld an den ganzen Vorgängen ist also allein das Spitzelsystem der Verwaltung. Wir müssen verlangen, im Interesse der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, daß eine andere Behandlung der Eisenbahnarbeiter eintritt und ich frage daher den Herrn Reichsminister, wie er sich zu dem verwerflichen Treiben der Generaldirektion stellt und ob er gewillt ist, ihm Gehalt zu gebieten. (Lebhafte Weisung bei den Sozialdemokraten.)

Chef der Reichseisenbahnverwaltung Minister v. Breitenbach: Der Vorredner wirft der Reichseisenbahnverwaltung vor, daß sie gegen die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes handle und das freie Koalitionsrecht der Arbeiter unzulässig eingeschränkt habe. Das Reichsvereinsgesetz regelt aber lediglich die polizeilichen Beschränkungen der Vereine- und Versammlungsfreiheit, es schafft Rechtsnormen zwischen den Reichsangehörigen, die Vereine bilden und Versammlungen abhalten wollen, und den Behörden, die in den Bundesstaaten zur polizeilichen Regelung des Vereinswesens berufen sind. Das Reichsvereinsgesetz läßt völlig unberührt Rechtsverhältnisse, die sich aus der väterlichen Gewalt ergeben, aus den Befugnissen des Lehrers, aus der Beamtendisziplin der Behörden, und berührt insbesondere die Frage nicht, welche Stellung der Arbeitgeber gegenüber den Vereinigungsbestrebungen seiner Angestellten zu nehmen hat. Die Rechtsverhältnisse, die durch den Arbeitsvertrag geregelt werden, sind dabei ausgeschlossen. Von diesen unberührbaren Gesichtspunkten aus wird man die Behauptungen des Vorredners zu prüfen haben. Wie allen Reichsangehörigen steht auch den Beamten und Arbeitern der Reichseisenbahnverwaltung das Recht zu, sich in Vereinen zusammen zu schließen, und es ist eine selbstverständliche Pflicht der Verwaltungen, dies bedeutsame Staatsbürgerrecht nicht über das Maß hinaus einzuschränken, welches durch die besonderen Bedürfnisse des Eisenbahnbetriebes gegeben ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie hat überhaupt kein Recht, einzuschränken!) Tatsächlich ist auch das Bestehen der Beamten und Arbeiter der Reichseisenbahnen sich in Vereinen zusammenzuschließen von der Verwaltung keinesfalls beschränkt, sondern im Gegenteil gefördert worden. Es bestehen im Gebiete der Verwaltung nicht weniger als 60 Vereine, die alle bisher im wesentlichen im Frieden mit der Verwaltung gewirkt haben. Sie haben ihre Wünsche der Verwaltung vorgetragen und die Befehle sind zum großen Teil auch abgestellt worden. Ich betone: all diese Vereine haben nicht im Gegensatz zur Verwaltung gewirkt und darum haben sie auch etwas erreicht.

Ein Betrieb wie die Eisenbahnverwaltung kann nur dann seine großen wirtschaftlichen Zwecke verfolgen, wenn in ihm stramme Zucht und Ordnung herrscht. (Sehr richtig! rechts.) Das gilt insbesondere für einen Betrieb an der westdeutschen Küste. Diejenigen, die es für angezeigt halten, in diesem Betriebe als Beamte oder Arbeiter Dienst zu tun, werden sich gewisse

Einschränkungen ihrer staatsbürgerlichen Rechte

gefallen lassen müssen, insoweit es die Sache erfordert, der sie zu dienen haben. (Sehr richtig! rechts.) Insbesondere wird es niemals erlaubt werden, daß sich unsere Angestellten dazu verpflichten lassen, Befehle zu fördern, die auf den Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinführen. (Bravo! rechts.) Also, um es deutlich zu sagen, sich für die Sozialdemokratie zu betätigen. (Bravo! rechts.) Ebenso wenig kann geduldet werden, daß sie die Arbeitseinstellung als erlaubtes Mittel zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Ziele und anderer Zwecke betrachten und es ihnen ferner keinesfalls geduldet werden, daß sie ihren Vorgesetzten mit Mißachtung begegnen, daß sie ihnen den Gehorsam verweigern und ihre Mitarbeiter zum Widerstand gegen dieselben auffordern. (Bravo! rechts.) Es ist nicht richtig, daß ich mich mit diesem Vorgehen in Widerspruch gesetzt hätte zu meinen früheren Äußerungen im Reichstag. Aber es ist selbstverständlich, daß wir von dem Recht, das jedem Arbeitgeber zusteht, die Disziplin zu halten, im Eisenbahnbetriebe in hervorragendem Maße Gebrauch machen müssen, sonst können wir den Betrieb nicht führen. Damit sind die Grenzen bezeichnet, die wir der Vereins- und Versammlungsfreiheit unserer Angestellten mit zwingender Notwendigkeit ziehen müssen. Wer, wie ich, vor der Deftalität dafür einzustehen hat, daß dieser große Betrieb ordnungsmäßig funktioniert, der wird es niemals hinnehmen können und bilden wollen, daß die soeben gezogenen Grenzen überschritten werden. (Sehr richtig! rechts.) Ganz selbstverständlich ist die Generaldirektion der Reichseisenbahnen in Straßburg durchaus nicht beauftragt, einen Verein auf Grund des Reichsvereinsgesetzes aufzulösen oder Beauftragte im Sinne des § 13 dieses Gesetzes mit polizeilichem Charakter in die Versammlungen zu beordern. Wohl aber hat sie sich für befugt, von ihren Angestellten zu verlangen, daß sie Beauftragte der Verwaltung in den Versammlungen zulassen und sie hält sich für befugt, diese

Forderung in die Form einer Weisung zu stellen. Wer einer solchen Weisung nicht folgt, macht sich nach unserer Auffassung der Gehorsamsverweigerung

schuldig. Auch liegt es durchaus im Interesse der Angestellten, wie der Verwaltung, daß diese die Befehle unmitteibar kennen lernen, wenn solche Beauftragte der Verwaltung es ablehnen, irgend eine tatsächliche Auffklärung zu geben, die irrtümliche Vorstellungen beseitigt. Wenn nun ein Arbeiter diese Grenzen, die ihm, ich möchte sagen aus einem kategorischen Imperativ heraus (Lachen bei den Sozialdemokraten) gezogen werden müssen, überschreitet, dann bleibt der Verwaltung nichts übrig als die Kündigung. Von diesem Kündigungsrecht mußte in den fünf erwähnten Fällen Gebrauch gemacht werden, weil sich die betreffenden Angestellten

der Achtungsverletzung, der Hebe gegen die Verwaltung, der Gehorsamsverweigerung

schuldig gemacht hatten. Ganz dasselbe hätte geschehen müssen, ob die Angestellten einem Vereine angehört oder nicht. Damit beantwortet sich auch die Frage, ob die Verwaltung die Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten in unzulässiger Weise eingeschränkt hat. Vereinzelt der Vorredner war so vorsichtig, zu betonen, daß eine Berufung auf Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht mehr angehe. Trotzdem sieht er in unserem Vorgehen eine Verletzung der Koalitionsfreiheit, indem er sagt, es seien alle Beschränkungen der Koalitionsfreiheit, wo sie auch bestanden haben, aufgehoben.

Was nun die einzelnen Fälle anbetrifft, so hat der Vorredner vieles richtig vorgetragen. Der Verband der Eisenbahnarbeiter von Elsch-Bohningen und Lugenburg hat sich von vornherein im scharfen Gegensatz zur Verwaltung gestellt, er hat nicht mit, sondern gegen die Verwaltung gearbeitet. Charakteristisch ist zum Beispiel das Vorgehen eines Kreisvereins Straßburg. Von diesem wurde der Arbeiterausschuß, der aus freier Wahl der Arbeiterschaft hervorgegangen ist, als die Neuwahlen unmittelbar vor der Tür standen, aufgefodert, sich in einer Versammlung über seine Tätigkeit zu rechtfertigen. Der Arbeiterausschuß lehnte dieses Ansuchen ab. Darauf setzte eine ungemessene Agitation seitens des Verbandes ein, und die Folge war, daß bei dieser Neuwahl nur Mitglieder des Verbandes gewählt wurden. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Die Majorität war eben das!) Der Schmied Dertel hat in einer Versammlung die Verwaltung sehr scharf kritisiert. Wir sind in dieser Beziehung gar nicht sehr feinsinnig und schreien nur dann ein, wenn tatsächlich Unrichtiges behauptet wird und die Kritik eine gehässige und heyerische wird. So hat Dertel behauptet, wenn der Arbeiter beim Afford zu verbleibe, setze die Verwaltung den Affordtag immer weiter herunter. Das ist eine tatsächliche Unwahrheit. Bei der Vernehmung hat er die Äußerung zugegeben, aber gesagt, das habe sich nicht auf die Eisenbahnverwaltung bezogen. Er sprach aber nur von Eisenbahnern. Gegen die Bezeichnung unserer Beauftragten als „lägenhafte Spiegel“ durch den Herrn Vorredner erhebe ich Einspruch. Das ist eine Schmähung von Beamten, die nur ihre Pflicht tun. Verschiedene Behauptungen des Dertel waren so kraß, so heyerisch und unwahr, daß dieser alte Arbeiter sofort hätte entlassen werden müssen. Das ist nicht geschehen, es wurde mit ihm eine Erklärung vereinbart. Als er zu der Erklärung über den erwähnten Zusatz hinzusetzte, mußte er wegen schwerer Ächtungsverletzung entlassen werden. Die Entlassung von Beauftragten in die Versammlungen ist feststehende Übung in der ganzen Reichseisenbahnverwaltung, und es ist mir von Abgeordneten, die den Arbeitern mindestens ebenso nahe stehen wie Sie (zu den Sozialdemokraten) bestätigt worden, daß das ein durchaus angemessenes und berechtigtes Verlangen sei. Angesichts aller dieser Vorgänge hat die Verwaltung sich leider veranlaßt gesehen, den Fall ernst zu behandeln, und so schwer es ihr geworden ist, hat sie die beiden Arbeiter entlassen. Das ist ein schwerer Entschluß für die Verwaltung, die auf das lebhafteste bestrebt und bemüht ist, die Interessen ihrer Arbeiterschaft wahrzunehmen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das

soziale Empfinden der Eisenbahnverwaltung

steigert sich von Jahr zu Jahr ganz sichtbar. Wir kümmern uns eingehend und andauernd um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Sie wissen, daß die Sozialdemokratie bestrebt ist, das Verhältnis des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer dadurch zu erschüttern, daß sie die Autorität ständig angreift und das Vertrauen erschüttern. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Diese Methode, diese Taktik wendet sie mit größter Schärfe gegen eine Verwaltung und einen Vorgesetzten, an dem viele Hunderttausende von Arbeitern unterstehen. Darin liegt System. Die Agitation der Sozialdemokratie unter unseren Arbeitern nimmt von Jahr zu Jahr zu. Ich erinnere Sie an den Anspruch, den der Abg. Legien auf dem Mannheimer Parteitag getan hat: „Um das Getriebe des Staates lahmzulegen, bedürfen wir in erster Linie der Organisation der Transportarbeiter, besonders der Eisenbahnarbeiter.“ Seit jener Zeit macht die Sozialdemokratie die gewaltigsten Anstrengungen, um unsere Arbeiter zu organisieren und ihren Zwecken dienstbar zu machen. Wer die Folgen dieser Organisierung in allen unseren Nachbarstaaten beobachtet hat, wer die furchtbaren Wirkungen auf das Volkswohl feststellt hat, wird mit mir der Meinung sein, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der Verwaltung ist, diesen Bestrebungen der Sozialdemokratie einen Riegel vorzuschieben. (Bravo! rechts.) Daraus wird sie sich das Anrecht auf den Dank von Staat und Reich erwerben. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Auf Antrag des Abg. Debel (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Becker-Arnberg (Z.): Wir sind der Meinung, daß die Eisenbahnverwaltung alles tun müsse, um nicht die Sitten der französischen Syndikalisten bei uns einzureißen zu lassen.

Was die vorgetragenen Fälle betrifft, so weichen ja die Darstellungen der beiden Seiten etwas von einander ab. Immerhin möchte ich den Minister fragen, ob es denn richtig ist, bei solchen Vorgehen gegen die Disziplin sofort das schwerste Maß, die Entlassung aufzuführen, ob es nicht genügt hätte, die Leute, die so lange im Dienste der Verwaltung standen, zu verwarnen oder zu verfehen, anstatt sofort brotlos zu machen. — Der christlich-nationale Eisenbahnerverband hält es für sehr wünschenswert, daß Beamte an den Versammlungen der Arbeiter sich beteiligen sollen, um ihre Wünsche kennen zu lernen, und sind sehr unwillig, daß die Behörden zu der Delegiertenversammlung trotz ergangener Einladung nicht einen Beamten entsandt hat. Übrigens hat auch die Sozialdemokratie früher auf diesem Standpunkt gestanden und Einladungen an die Behörden z. B. zu Gewerkschaftskongressen ergehen lassen. Freilich wird es auch in jeder Organisation Fragen zu verhandeln geben, bei denen die Gegenwart eines Beamten nicht erwünscht ist, zum Beispiel wenn schmutzige Wäsche zu waschen ist. Bei gegenseitigem Vertrauen und einigem Takt wird sich da stets ein Einvernehmen erzielen lassen. Vom Streikrecht der Eisenbahnarbeiter war wieder die Rede. Die christlich-nationale Eisenbahner haben durch ihr Statut ausdrücklich auf das Streikrecht verzichtet. Dafür verlangen sie aber eine weitgehende Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Verwaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, den Ausbau der Arbeiterausschüsse zu Direktionsausschüssen als Ersatz der Arbeitssammern, eine Sicherung der Tätigkeit der Arbeiter nach einer bestimmten Dauer der Tätigkeit, etwa nach 10 Jahren, und eine Aufbesserung der Löhne.

Daß die Eisenbahnarbeiter ein Streikrecht nicht haben dürfen, darin sind alle bürgerlichen Parteien einig und auch alle nicht sozialdemokratisch organisierten Eisenbahnarbeiter. Das sind etwa 90 Proz. aller Eisenbahnarbeiter, und solchen Leuten, die selbst auf das Streikrecht verzichtet haben, sollte die Regierung mit weitgehendem Vertrauen entgegenkommen.

Die Frage des Koalitionsrechts der Staatsarbeiter und Staatshandwerker wird immer dringender. Wer Arbeiter wegen der Zugehörigkeit zu der Organisation schädigt, handelt wider die guten Sitten. Aber die Sozialdemokraten haben zu solchen Klagen kein Recht, so lange sie selbst dem immer zunehmenden Terrorismus gegen alle nichtsozialdemokratischen Arbeiter nicht steuern. Buchdrucker, die dem christlichen Buchdruckerverband angehören, können sich in der Reichsdruckerei nicht halten. (Hört! hört! im Zentrum.) Tränenden Auges sind die Leute zur christlichen Zentrale gekommen und haben gesagt, sie müssen in den

sozialdemokratischen Buchdruckerverband

übertreten. Darum interpellieren die Herren Sozialdemokraten da nicht den Reichsminister, was er gegen diese Terrorisierung zu tun gedenkt. (Sehr gut! im Zentrum. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Die reine Schamacherrede.) Wir haben stets das Fugheingefühl abgelehnt und werden es auch weiter tun. Mit dem Fugheingefühl schlägt man Ideen nicht tot. Aber wir müssen verlangen, daß die Sozialdemokraten ganz entschieden erklären: „Wir sind Gegner der Terrorisierung christlicher Arbeiter und werden mit Disziplinarmassregeln dagegen vorgehen.“ Dann wird es anders werden. (Bravo! im Zentrum und rechts.)

Abg. Graf v. Westarp (L.): Auf die vorgetragenen fünf Einzelfälle will ich nicht eingehen. Grundsätzlich hindert das Vereinsgesetz die Eisenbahnverwaltung gar nicht, Arbeiter und Beamte disziplinarisch zu bestrafen und zu entlassen. Daß Beamte zu entlassen sind, wenn sie sich sozialdemokratisch betätigen, ist gar keine Frage. Auch Arbeiter müssen im Interesse der Disziplin entlassen werden, wenn sie sich in sozialdemokratisch-mährlichen Sinne betätigen. Wo es sich um ihre eigenen Organisationen handelt, haben die Sozialdemokraten ein feines Empfinden für die Notwendigkeit der Disziplin; also sollten sie es auch uns nicht verdenken.

Abg. Beck-Heidelberg (natl.): Die Frage ist nicht nach dem Vereinsgesetz, sondern nach dem öffentlichen Wohle zu beurteilen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist unbedingt daran festzuhalten, daß auch Beamte und Staatsarbeiter sich zu Vereinen zusammenschließen. Wenn die Regierung mit diesen Vereinen zuzunehmen, ist das sicher zu billigen, nur soll diese Fühlungnahme nicht zu einer Art Polizeiaufsicht ausarten. Deshalb war es wohl nicht ratsam, daß der Beamte in der Versammlung hies, als persönliche Dinge verhandelt wurden. Als er aber erklärte, er habe den Auftrag zu bleiben, war es ein Fehler, ihn durch Versammlungsbeschlüsse auszuweisen.

Ein Streikrecht kann den Eisenbahnarbeitern nicht zugestanden werden; dies verbietet zwar nicht ein ausdrücklich niedergelegtes Gesetz, wohl aber die salus publica (öffentliches Wohl).

Daß Arbeiter entlassen werden lediglich wegen einwandfreier Tätigkeit für einen Verein zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen, wäre nicht zu billigen; wir glauben auch nicht, daß es geschieht. Wenn der Minister den Arbeitern mit Vertrauen entgegenkommt, wird es auch nicht zu schwer sein, die notwendige Disziplin aufrecht zu erhalten. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Müller-Meinigen (Sp.): Der Minister hat erklärt: Die Eisenbahnverwaltung darf das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter nicht weiter einschränken, als es unbedingt notwendig ist. Ich halte es für sehr zweifelhaft, ob in dem Müllhaufener Fall danach gehandelt ist. Es handelt sich schliesslich um einen Taktfehler, und da hätte man nicht gleich mit der schärfsten Strafe, der Entlassung, vorgehen sollen. (Sehr wahr! links.)

Der Fall hat aber auch eine große prinzipielle Bedeutung für die Anwendung des Reichsvereinsgesetzes. Nach den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes war die betreffende Versammlung sicher nicht anmeldspflichtig. Trotzdem hat die Eisenbahnbehörde das Recht der Ueberwachung in Anspruch genommen.

Nur kurz will ich hier auf den unerquicklichen Zustand in Bayern hinweisen (Zuruf im Zentrum), wo die gegenseitige Berührung zwischen den verschiedenen Koalitionen sogar auf die allgemeine Politik zurückgewirkt hat und zum

Boykott eines Ministers durch das Parlament

geführt hat. (Erregte Zurufe vom Zentrum: Vom wem?) Nun, vom Zentrum. (Unruhe im Zentrum. Sehr wahr! links.) Ich muß insofern gewisse Ausführungen des Kollegen Becker-Arnberg bestätigen, als auch von Seiten der Christlich-Deutschen Gewerksvereine Klagen über Behelligung seitens Andersorganisierten eingelaufen sind. (Hört! hört! im Zentrum und rechts.) In Bezug auf das Streikrecht verweise ich auf Ausführungen, die hier bei früheren Gelegenheiten von Angehörigen meiner Partei, z. B. vom Abg. Carstens gemacht worden sind. Einmütig ist unsere Fraktion der Ansicht, daß ein Streikrecht der Eisenbahner nicht anerkannt werden kann.

Es ist dringend notwendig, daß recht bald die Frage des Koalitionsrechts einer gründlichen Neuregelung unterzogen wird. Ramentlich ist dies nötig angesichts der Jubiläum des Reichsgerichts in den letzten Jahren. Es liegt heute so, daß man sich zwar koalieren darf, daß aber die Ausübung dieses Rechtes mit Fall und Geldschüssen umgeben ist.

Abg. Dr. Hoeffel (Sp.): Wir sind außerordentlich zufrieden mit der Erklärung des Ministers. Die Lage der Eisenbahnarbeiter muß in jeder Weise gutgestellt werden, aber die Disziplin muß aufrechterhalten werden. Die Arbeiter brauchen ja nicht bei der Eisenbahnverwaltung Arbeit zu nehmen, also muß auch die Eisenbahnverwaltung sich ihre Arbeiter ausbilden dürfen. (Sehr wahr! rechts.) Die Sozialdemokraten protestieren gegen Zwang und lösen selbst Strang aus. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Nirgends fährt man so gut wie auf den deutschen Eisenbahnen. Auf dieser Höhe müssen unsere Eisenbahnen erhalten bleiben. Wir dürfen nicht Vorgänge erleben, wie in Frankreich. (Bravo! rechts.)

Abg. Nowicki (Pole, fast ganz unverständlich) (heißt heftige Klagen darüber zu führen, daß den polnischen Eisenbahnarbeitern Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, wenn sie sich koalieren wollen.

Abg. Behrend (Wirtsh. G.): Alle bürgerlichen Parteien sind sich darüber einig, daß dem Eisenbahnarbeiter kein Streikrecht zugebilligt werden kann. Wir sind für das volle Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter, aber ohne Streikrecht. Die Frage der Fortweisung des Beamten ist im Grunde weniger eine Rechtsfrage als eine Taktfrage. Es gibt Staatsarbeiterverbände, die es geradezu als eine Pflicht ansehen, wenn keine Beamten zu ihren Versammlungen kommen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Andererseits ist es ganz unfraglich, daß der Versammlungsleiter vollständig das Recht besitzt, den Beamten zum Weggehen aufzufordern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das formale Recht! Ja! Aber es kommt hier mehr auf den Takt als auf das formale Recht an. Es ist äußerst wichtig, wer Versammlungsleiter, wer Verbandsfunktionär ist — zumal bei den Staatsbetrieben. Unzweifelhaft haben sich verschiedene der Entlassenen im sozialdemokratischen Parteinteresse betätigt. (Hört! hört! rechts.) Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Freilich kann man gegen sozialdemokratische Betätigung von Staatsarbeitern nicht so scharf vorgehen, wenn man Beamten gestattet, im Sinne der Großblockpolitik direkt oder indirekt zugunsten der Sozialdemokratie tätig zu sein. (Lebhafte Zurufe vom Zentrum und rechts, Zuruf links.) Meiner und meiner Fraktion Nebergung nach darf sich kein Beamter und kein Staatsbeamter zugunsten der Sozialdemokratie betätigen. (Lebhafte wiederholte Zustimmung rechts.)

Darauf wird die Fortsetzung der Besprechung auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Öffentliche politische Versammlungen.

Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 14. November 1911, abends 8 1/2 Uhr,

Öffentliche politische Versammlungen

in folgenden Lokalen:

**Puhlmanns Theater, Schönhauser Allee 147,
Frankes Festsäle, Badstr. 19,
Berliner Bock-Brauerei, Abt. II, Chausseestr. 64.**

Tagesordnung:

Der Zusammenbruch des junkerlich-bureaucratischen Regierungssystems.

Referenten: Reichstagsabgeordneter Alex Kuntze-Stettin, Gustav Lehmann-Wiesbaden, Georg Ledebour-Berlin.

2. Freie Diskussion.

Für die Einberufer: Richard Henschel, Weckmünder Straße 17.

V. Kreis.

Dienstag, den 14. November 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche politische Versammlung

in den Bogensälen, Einienstraße 121.

Tagesordnung:

Die Abrechnung mit dem schwarz-blauen Block.

Referent: Reichstags-Abg. Robert Schmidt.

Nach dem Vortrage: Freie Aussprache.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Einberufer:

A. Hacker, Auguststraße 91.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. Verwaltungsstelle Berlin: Charlottenstr. 3. Hauptbüro: Hof III. Amt 3, 1987.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Mittwoch, den 15. November 1911, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung der Schlosser Berlins und Umgegend

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.

Tagesordnung:

1. Bericht der Branchenkommission.
2. Aufstellung der Kandidaten zum Gesellenauschuss.
3. Aufstellung der Delegierten zur Ortskrankenkasse der Schlosser.
4. Verschiedenes.

Es ist Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mittwoch, den 15. November 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Graveure und Bisleure

in den Korona-Prachtzälen, Kommandantenstraße 72.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Wiesner über: „Soziale Ursachen der Nervenerkrankungen“.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Mittwoch, den 15. November 1911, abends 5 1/2 Uhr:

Versammlung aller in Gas-, Wasser- u. Dampfarmaturen- sowie Kronenbetrieben beschäftigten Eisen-, Metall- und Revolverdreher

in den Musiker-Hallen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Wiede über: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Metallarbeiter - Notiz - Kalender

für das Jahr 1912 sind erschienen und im Bureau sowie bei den Bezirksführern zum Preise von 60 Pf. pro Stück zu haben.

Bestell. ist erdienen!

„Die Arbeitszeiten in der Eisen- und Metallindustrie Deutschlands“

zum Preise von 50 Pf. pro Exemplar.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Morgen, Mittwoch, den 15. November 1911, abends 6 Uhr, im Königshaus-Kasino, Holzmarktstr. 72, langer Saal:

Bau-Vertrauensmänner-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag.
2. Die Situation auf dem Bauteile.
3. Verschiedenes.

Die Kollegen, welche zurzeit bei der Firma Kohlhoff u. Zigarardi arbeiten, sind hierzu besonders eingeladen.

H. & P. Uder, Engel-Arter 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnapstabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.
Berlin 80. 16, Amt 4, 8014.

Sechster Wahlkreis.

Zu den am

Sonntag, den 19. November, und Sonntag, den 26. November, vormittags 10 Uhr,

stattfindenden

Urania-Vorstellungen

sind noch Billetts zu haben bei den Bezirksführern, den Abteilungskassierern und im Bureau des Wahlvereins, Neue Hochstraße 23.

Zur Aufführung gelangt:

130/17

Von Meran zum Ortler.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Reichstr. 28, part.

Filiale Berlin.

Sprechst. Amt IV Nr. 4757.

Donnerstag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung in Karl Kellers Konzertsälen, Köpenicker Straße 96/97.

Tages-Ordnung:

130/5

Lichtbilder-Vortrag. Referent: Th. Menzen aus Moritzburg bei Dresden: „Auf der Balkanhalbinsel.“ (Skizzen über Land und Leute, Handel und Wandel, Sitten und Bräuche.)

Die Kollegen werden ersucht, zu dieser Versammlung ihre Frauen mitzubringen. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Freitag, den 17. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Arter 14/15:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl eines unbefehlerten Mitgliedes zum Hauptvorstand.
2. Wahl des zweiten Bevollmächtigten.
3. Erziehung zur Ortsverwaltung.
4. Bericht der Ortsverwaltung.
5. Kassenbericht.
6. Anträge.

92/10

Mittwoch, den 15. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Docter, Weckmünder Str. 17.

Sticker- u. Koffermacher-Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Güth. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl der Ortskrankenkasse. 3. Verbandsangelegenheiten.

Donnerstag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenhaller Hof, Rosenhaller Straße 11-12.

Stellmacher-Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: Beratung der Anträge zur Konferenz. Verbandsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Verband der Bureauangestellten.

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Bureau u. Stellennachweis: Einienstr. 8, Amt VII 605. Geöffnet von 9-5 Uhr.

Branchen der Versicherungsangestellten!

Am Mittwoch, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Prachtzälen Alt-Berlin, Blumenstraße 10:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Die Forderung und die Maßnahmen der Versicherungsgesellschaft. Referent: Kollege Pattloch. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Betonbaubranche: Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter.

Mittwoch, den 15. November 1911, abends 8 Uhr, bei Jaanach, Inselfstraße 10:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der politischen Bewegung für die Gewerkschaftsorganisationen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Besuch erwartet Der Sektionsvorstand.

Orts-Krankenkasse des Zimmerergewerbes zu Berlin.

Mittwoch, den 22. November ca. vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Arter 15, Saal II:

Versammlung der Arbeitgeber, welche Beiträge zur Kasse aus eigenen Mitteln leisten. L.-D.: Wahl von 19 Vertretern zur Generalversammlung pro 1912.

In demselben Lokal und zur selben Zeit, doch getrennt findet eine Versammlung der wahlberechtigten Kassenmitglieder **Arbeitnehmer** statt. L.-D.: Wahl von 38 Vertretern zur Generalversammlung pro 1912. Das Quittungsbuch legitimiert und ist beim Eintritt in das Lokal den Kontrolleuren vorzulegen.

Freitag, den 24. November 1911, abends 8 Uhr, im selben Lokal, Saal II:

Ordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl von 8 Vorstandsmitgliedern (Arbeitgeber).
2. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern (Arbeitnehmer).
3. Wahl des Prüfungsausschusses.
4. Beschlussfassung über die Erhöhung der ersatzfähigen Tagelöhne (§ 9 des Statuts) und die dadurch notwendig werdende Festsetzung der Leistungen und Beiträge.
5. Annahme Kassenangelegenheiten.
6. Verschiedenes.

Die am 16. November 1910 gewählten Vertreter werden hiermit eingeladen.

Der Vorstand: Ewald Petermann, August Brunzel, Schriftführer, Vorsitzender.

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

15433

Neu eröffnet

Restaurant Zollernhof

Unter den Linden 56 BERLIN NW. Mittelstraße 45-46

Inhaber: Fritz Urban.

Großer Frühstückstisch von 9 Uhr ab • Mittagstisch von 12-6 Uhr • Reichhaltige Abendkarte • Große prachtvolle Parterrelokalitäten • Schenkwürdigkeit I. Ranges • Gesellschaftszimmer • Kegelbahnen • Sommerterrassen • Vortreffliche Ventilation

Ausschank von Spatenbräu und Original-Pilsener

5 Proz. Rabatt beim Vorzeigen dieses Inserats.

Engros-Lager. Für Damen!

Einzelverkauf nur v. 12-8 Uhr.

Paletots aus engl. Stoff 7⁵⁰, 10, 15 M.

Frauen - Paletots aus schwarzem Stoff 15⁰⁰

ca. 200 Kinder-Paletots 3⁰⁰ 4⁵⁰

ca. 300 Kostümröcke Wert bis 12⁰⁰, zum Aussuchen 4⁵⁰ jeder Rock

Elegante Peluche-Mäntel u. Kostüme, sehr preiswert.

Kein Laden. Sonntag geöffnet. Fahrgeid ersetzt.

M. Meymann

Grüner Weg 48, part., an der Kopenstraße.

Fahrgelegenheit: Elektr. Bahnen Nr. 1, 3, 6, 10, 22, 31, 46, 76, 78, 79.

Umtausch gestattet.

Seal

von 9.50 an. Perslerer, limit. von 6.50 an für eleg. Damen-Paletots.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21, Berl. Str. 10.

Zigarren-W. Herbst

Fabriken gegr. 1892. - Tel.: IV, 3878.

BERLIN SW., Ritterstr. 83

Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern bestens empfohlen.

Tarifarbeit.

Ihre Kinder sind größer geworden aber wie schlafen sie?

Fördern Sie die weitere Entwicklung durch Jaekels ver wandelbare Patentbetten als Dauer- wie als Fremdenbett unentbehrlich u. 1000-fach erprobt. Sie erhalten auf Wunsch sofort gratis u. franko reich illust. 100seitigen Katalog Nr. 198.

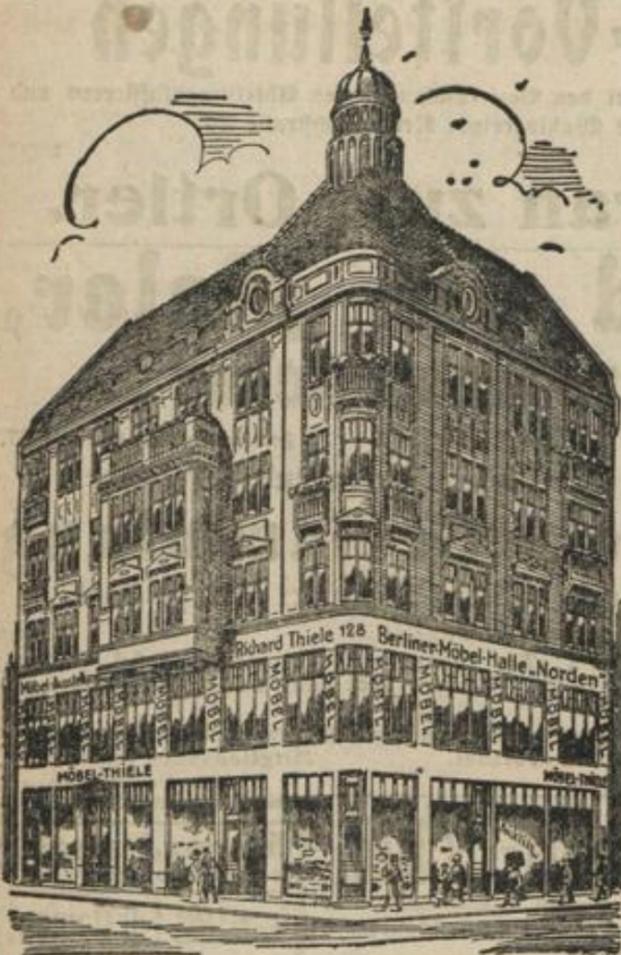
R. Jaekel's

Patent-Möbel-Fabrik München Berlin

Dionersstr. 6 Markgrafstr. 20.

Eröffnung

meines neuingericht. 2. Geschäfts



Permanente Möbel- Ausstellung

**Bürgerlicher
Wohnungs-Einrichtungen**

von 200 bis 10,000 Mark.

Moderne Wohnzimmer.

Moderne Schlafzimmer.

Moderne Speisezimmer.

Moderne Herrenzimmer.

Moderne Salons.

Moderne buntfarb. Kücheneinrichtg.

Vollständige Ausstattung von
Pensionaten, Villen, Hotels etc.

Günstige Zahlungsbedingungen.

Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Direkter Verkauf an das Privatpublikum.
Freie Zusage durch eigene Gespanne für Groß-Berlin frei.
Gekaufte Möbel können beliebig lange frei lagern.
Versand durch ganz Deutschland frachtfrei.
Gelegenheitskäufe in gebrauchten u. zurückgesetzten Möbeln.

**Berliner
Möbel-Halle „Norden“**

Inh. Rich. Thiele

128 Invalidenstraße 128

Ecke Borsigstraße, vis-à-vis Stettiner Bahnhof.

(1. Geschäft: Ackerstrasse 120.)

Urbin
Vom Himmel der Reklame
Strahlt glänzend in die Welt
Dein Name.

LINDENSTADT
In Dosen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lomm, Charlottenburg

*Tafelbrot
Flopfabrikanten*

Im Qualität ist herausragend!

HERBAVINO Alpenkräuter-Wein-Trunk

Das Non-plus-ultra-Genuss-
mittel zur Gesundheitspflege

Gesetzlich geschützt Gesetzlich geschützt

Hat eine die Nerven stärkende
Wirkung

Hält den Geist frisch, läßt Stra-
pazen spielend überwinden

Hegelt die Darmtätigkeit und
fördert die Verdauung

Herbeitet ein allgemeines Wohl-
behagen

His Frühstück- u. Dessert-Wein
gesund und bekömmlich

Hon hygienischem Genußwert
zu jeder Tageszeit

Hn keinem Haushalt darf „Her-
bavino“ fehlen

Hur ein Versuch genügt und Sie
sind

Hohne Zweifel ein ständiger
Konsument

Herbavino ist erhältlich in den Delikatessen- u. Kolonial-
waren-Geschäften, WEINHANDLUNGEN u. DROGERIEN

Preis pro Original-Flasche Mk. 1,75 inkl.
Ausschank in den Destillationen, Restaurants, Cafés etc.
Engros-Vertrieb durch die

Herbavino-Gesellschaft m. b. H., Oppenheim a. Rh.
Filiale Berlin N. 24, Friedrichstraße 122-23.
Fernspr. Amt III 10 206.

No. 61 *La Maloja*
eine
vorzügliche
63
Cigarre

No. 57 Maloja operas 5 Stk.
No. 61 Maloja camofles 6 Stk.
No. 91 Maloja bouquets 7 Stk.
No. 24 Maloja eminentes 8 Stk.
No. 163 Mal. aromatics 10 Stk.

**J. Neumann
Cigarren-Fabriken**

Über 200 Niederlagen in Deutschland!

Neu eingeführt!
Fehlfarben-Sortimente

Jeder Beutel enthält eine Mischung besonders preiswerter Fehlfarben.
Fehlfarben-Sortiment Fortuna 10 Stück 60 Pf.
Fehlfarben-Sortiment Hanna 10 Stück 75 Pf.
Fehlfarben-Sortiment Excelsior 10 Stück 1.00 M.

Feine Schneiderei
für elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass

Garantie für tadellosen Sitz
und beste Verarbeitung. Auf

Teilzahlung

Wochenrate von 1 M. an

J. Kurzberg

Rosenthaler Strasse 40

direkt am Hackeschen Markt

Frankfurter Allee 104

Ecke Friedenstrasse.

Kein Waren-Kredithaus



**Knorr-
Hahn-
Maccaroni**

werden in hygienisch vor-
bildlicher Weise aus bestem
Rohmaterial rein maschinell
hergestellt und sind von feinem
Geschmack, nahrhaft u. sehr
ergiebig.

**Pollmanns
Bandagen**

Geschäft, nebst Artikel zur
Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummiwaren etc.
Berlin N., Lothringers Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Resle! Moquette.
Pflüsch-Sattelraschen.
Muster bei näherer Angabe
franko.
Emil Lefèvre, Berlin 804, 150.
Oranienstr.

Die Internationale des Friedens.

Dem Ruf des Internationalen Bureaus sind am Sonntag die Arbeiter Berlins in Massen gefolgt. In zwölf überfüllten Versammlungen protestierten unsere Redner gegen die neueste Giftblüte des Imperialismus, gegen den tripolitischen Raubzug. Und die augenblickliche politische Situation gab diesen Versammlungen erhöhte Bedeutung. Wärdeten sie doch den würdigen Abschluß des Zusammenbruchs der niederträchtigen Kriegsbege, die die bürgerlichen Parteien, die Konservativen und die National-Liberalen vor allem, im Reichstage veranstaltet hatten. Es zeigte sich, daß das Ideal des proletarischen Kampfes, die Verwirklichung der Verbrüderung aller Völker auf der Grundlage des Sozialismus denn doch eine ganz andere Werbekraft besitzt, weit stärkere Begeisterung und viel größeren Kampfesmut auslösen kann als die nationalistische Gehe der Panzerplattenpatrioten und Kolonialinteressenten.

Die Bedeutung dieser gewaltigen proletarischen Kundgebung wurde noch gehoben durch die Anwesenheit ausländischer Vertreter der sozialistischen Internationale. Banderbelde und Guyssmans, der Präsident und der Sekretär des Internationalen Bureaus, waren aus Brüssel, die Genossen Renner und Binarzki aus Wien, der französische Deputierte Genosse Thomas aus Paris gekommen. Ihr Erscheinen war ein sichtbarer Ausdruck der erhöhten Wirksamkeit und Tatbereitschaft, die die Internationale gewonnen hat. Denn die Solidarität der Proletarier aller Länder hat aufgehört, eine bloße theoretische Ueberzeugung, die bloße Erkenntnis der Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen in allen Ländern zu sein. Sie ist die wichtigste Grundlage der auswärtigen Politik der Arbeiterklasse geworden. Und je mehr im Zeitalter des Imperialismus die auswärtigen Fragen die proletarischen Interessen berühren, desto wichtiger ist es auch geworden, daß gleichzeitig in allen Ländern das Proletariat gemeinsam und zu gleichem Ziele in die auswärtige Politik eingreift. Aus diesem Gefühl heraus haben die Berliner Arbeiter ihren auswärtigen Gästen einen jubelnden Empfang bereitet und aus ihren prächtigen Reden neue Begeisterung, neue Siegesgewissheit geschöpft. Und als unsere Freunde davon sprachen, daß die wichtigste Aufgabe, die die deutschen Arbeiter für den Frieden zu leisten haben, die Demokratisierung Deutschlands und die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preußen bildet, da zeigten die stürmischen Jure, daß die deutschen Arbeiter ihre Aufgabe kennen und alles daransetzen werden, am 12. Januar einen kräftigen Stoß zu führen gegen die Gegner der Demokratie im Innern, die zugleich die schlimmsten Gefährder des Friedens nach außen sind.

Im Zentrum.

Bei Drüfel, Neus Friedr. Str. 35, veranstaltete der erste Kreis seine Friedensdemonstration. Vereinzelt und in kleinen Trupps kamen die Versammlungsbesucher; um 12 Uhr, bei Eröffnung der Versammlung, war der Saal überfüllt, so daß Tische und Stühle zusammengedrückt werden mußten, um den noch immer Zustromenden Platz zu machen.

Zunächst erhielt das Wort:

Der Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus **Gamille Guyssmans**:

Werte Genossen! Ich werde mein Möglichstes tun, um mich deutsch verständlich zu machen und hoffe dabei auf Ihre Nachsicht. Ich komme aus einem sehr kleinen Lande, aus einem Lande, das den Frieden wünscht, aus einem Lande, wo keine Kriegspartei besteht und wo der Kronprinz noch mit Pfeifsoldaten spielt. (Stürmische Heiterkeit.) Aber auch wir in Belgien sind von der Kriegsgefahr berührt worden. Mühte unsere Regierung doch während der Marokkokrise das Meer mobilisieren. Auch Belgien ist eine Kolonialmacht, und was den Italienern in Tripolis geschieht, kann auch uns begegnen. Auch die kleinen Völker Europas fühlen sich bedroht, wenn zwischen den großen Nationen Kriegsgefahr besteht. Daher befriedigt es mich als Vertreter des Internationalen Bureaus, daß die Friedensdemonstrationen des internationalen Proletariats so erfolgreich gewesen sind. Wir in der Internationale haben in den letzten Jahren fast ausschließlich Kriegsarbeit loszugesagt. Unsere internationale Kongresse in Stuttgart und Kopenhagen und zahlreiche Konferenzen des Internationalen Bureaus haben sich mit dieser Frage beschäftigt. Die heutigen Kundgebungen werden auf die Initiative des ausführenden Ausschusses unseres Bureaus hin veranstaltet. Sie sind herrlich gelungen. So wie heute das Proletariat in Berlin und anderen Städten Deutschlands demonstriert, bekundet gleichzeitig auch das ungarische Proletariat seine Friedensliebe. (Lebhafte Beifall.) Ein besserer Augenblick konnte gar nicht gewählt werden als der, wo selbst der Reichskanzler sich gezwungen sieht, gegen den Chauvinismus Front zu machen. Wenn aber vom Regierungstisch aus gesagt wird, das Vorgehen Italiens in Tripolis bedeute keinen Raubzug, sei keine Brutalität, keine Grausamkeit, dann müssen wir diese Auffassung mit Entschiedenheit zurückweisen. Ein europäischer Traktat, den auch Italien unterzeichnet hat, sicherte der Türkei ihre Integrität. Dieses Versprechen ist gebrochen worden. Die italienische Regierung hat ihr Vorgehen mit einem ideologischen Mantelchen verkleidet, sie hat gehandelt wie kalabrische Räuber: „Die Börse oder das Leben!“ (Lebhafte Zustimmung.) Sie hatte kein Mandat, sie hatte weder die Kammer noch das Volk befragt. San Giuliano, Giolitti und der König haben den Krieg auf eigene Faust beschlossen. Wie die auswärtige Politik gemacht wird, wissen Sie als Deutsche am besten. Drei Monate lang haben Cambon und Aiderlen verhandelt. Weder Parlament noch Volk haben erfahren, was vorging. Nun haben wir den Wortlaut des Marokkoabkommens und

niemand versteht ihn. (Heiterkeit.) Sogar Geheimabmachungen sollen noch daneben vorhanden sein. Das Volk ist das Spielzeug in der Hand von ein paar Duzend Kapitalmag-naten und einiger Diplomaten kleinsten Wuchses. (Lebhafte Zustimmung.) So kann das nicht weitergehen! Die Entscheidung in so wichtigen Fragen ist Sache des Volkes. (Bravo!)

Vor einigen Tagen sah in einer Kommission des französischen Abgeordnetenhauses ein Exminister des Kabinetts, das den Geheimvertrag mit Spanien geschlossen hat, und er erklärte, daß der Minister Delcassé ihm kein Wort davon gesagt habe. Ein anderer Exminister erzählte, daß er über das Bündnis mit Rußland nur durch Offiziere, die sich in der Begleitung des Zaren befanden, etwas erfahren habe. Die Minister, das Volk wußten nichts. So macht man auswärtige Politik in einer parlamentarischen Republik! Was wird da erst in Deutschland vorkommen. (Sehr richtig!)

Das einzige Argument, das Italien für sein Vorgehen in Tripolis anführen kann, ist, daß es die anderen Staaten nicht besser gemacht haben. Japan hat Korea, die Amerikaner haben die Philippinen gestohlen, England hat die Buren-Freistaaten geraubt, Frankreich nimmt jetzt Marokko, mein eigenes Land hat sich den Kongo geholt. Darin unterscheidet sich kein kapitalistisches Land von dem anderen, und wo es nicht gesehen ist, fehlt nur die Gelegenheit. Italien hätte besser getan, sich mit seinen Südprowingen zu beschäftigen, wo das Proletariat Hunger leidet, aus denen zahllose Menschen auswandern müssen, weil sie nicht genügend Brot finden. Das alles ist eine Schande für die Regierung. (Lebhafte Beifall.) Wie hat sich die italienische Sozialdemokratie verhalten? Giolitti versprach den Arbeitern die Reform des Wahlrechts und die Einführung einer Arbeiterversicherung. Die italienischen Sozialdemokraten gehörten zur Mehrheit und unterstützten die Regierung. Andererseits wurden in Saloniki eingewanderte italienische Arbeiter, die gewerkschaftlich organisiert waren, eingekerkert. Trotzdem haben unsere italienischen Parteigenossen gesagt: „Wir unterstützen die Türken nur, weil sie recht haben.“ Zu solcher Höhe der Anschauung kann sich keine Bourgeoisie erheben, die immer von unserem Materialismus spricht. Wir sind die wahren Idealfesten. (Lebhafte Beifall.) Das zeigt die Haltung unserer Parteigenossen in diesem Konflikt.

Ich hoffe, daß diese Kundgebung nicht die letzte sein wird. Immer und immer wieder müssen wir demonstrieren! (Lebhafte Beifall.) Der Tag wird kommen, wo die kapitalistische Entwidlung größere Konflikte heraufbeschwört. Für diesen Augenblick muß die Sozialdemokratie bereit sein! (Lebhafte Beifall.)

Für Euch Kameraden in Deutschland gilt es, das Land zu demokratisieren, in Preußen das allgemeine Wahlrecht zu erkämpfen! (Stürmischer Beifall.) Die Zukunft gehört den Aufrechten, die mit zornig geballten Fäusten sich Gerechtigkeit und Freiheit erringen wollen! (Brausender Beifall.) Brausender, sich mehrfach wiederholender Beifall belohnte den Redner.

Genosse Braun hielt alsdann das ergänzende Referat. Er erkannte an, daß der Reichskanzler recht habe, wenn er im Reichstag sagte, das deutsche Volk habe sich eine erregte Stimmung bemächtigt. Diese Stimmung richte sich aber nicht, wie der Reichskanzler zu meinen scheine, gegen das Ausland, sondern gegen die frivolen Kriegsbegehr in eigenen Lande.

Redner beschäftigte sich dann mit der „bewährten“ Wirtschaftspolitik Deutschlands, die das Hungergespenst an die Wand male, mit der China- und Marokkopolitik. Wenn es zwischen Deutschland und Frankreich nicht zum Kriege gekommen sei, so sei dieses der Sozialdemokratie beider Länder, insbesondere auch der gut organisierten deutschen Sozialdemokratie zu danken. Weiter beschäftigte er sich mit dem italienischen Raubzug nach Tripolis, veranstaltet unter dem Segen des Papstes und der Bischöfe, mit den an Wech-selosen verübten Brutalitäten. Die christlichen Staaten, an die sich die Türkei gewandt habe, setzten diesen Laten kein Ziel, weil sie ein schlechtes Gewissen haben. Der türkische Kammerpräsident habe sich deshalb an das sozialistische Proletariat gewandt, wo sein Ruf nicht ungehört verhallen, sondern das im Namen der Menschlichkeit gegen die Greuel protestieren. Der Krieg kann täglich auf euro-päisches Gebiet der Türkei übergreifen, was die Gefahr des Welt-krieges bedeute. Für Deutschland sei die Kriegsgefahr nicht be-seitigt, wenn man die Treibeereien der Junker und Kapitalisten und den in Preußen-Deutschland üblichen Hitzaktur berücksichtige. Bei der Reichstagswahl sei abzurechnen mit Lebensmittelmachern und Kriegsbegehren. Die Rede des Reichskanzlers über den Wahl-patriotismus sei von unerschütterlichem Wert.

Der Kapitalismus bedeute Unkultur, der Sozialismus bedeute Kultur, schloß Redner unter starkem Beifall der Versammlung. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und die Versammlung mit einem begeisterten ausgenommen Hoch auf die deutsche und internationale Sozialdemokratie geschlossen.

In der Volkbrunnen

Auf dem Tempelhofer Berg

war der Besuch der Versammlung nicht minder stark. Um 12 Uhr war der isolierte Saal schon dicht besetzt. Um den weiterhin an-rückenden Massen Platz zu schaffen, mußten Tische entfernt oder zu-sammengerückt werden. Und noch war der Saal zu klein.

Genosse Albert Thomas, Mitglied der französischen Kammer, leitete seine Rede mit einigen deutschen Sätzen ein: Werte Genossen! Sie werden mich entschuldigen, wenn ich eine politische Rede in meiner Muttersprache halte. Es ist fast un-möglich für mich, politische Ideen in Deutsch auszudrücken. Vor zehn Jahren war ich längere Zeit in Berlin. Damals habe ich in den Verlesungen unten in der Masse der Ge-nossen gelesen und Deutsch gelernt. Heute, wo ich auf dieser Seite der Tribüne stehe (Weiterkeit), habe ich Deutsch ver-lernt, aber in der Politik wohl manches hinzugelern. (Beifall.)

Bevor Genosse Thomas nun mit seiner französischen An-sprache begann, wies Richard Fischer darauf hin, daß der Rixdorfer Polizeipräsident verlangt habe, daß die Verhand-lungen in der Versammlung in der „Neuen Welt“ in deut-scher Sprache geführt würden. (Entrüstungsruufe.) Da die Rede aber sofort ins Deutsche überetzt werde, könne kein Hindernis gegen eine französische Ansprache vorliegen. „Was kann der Rixdorfer Polizeipräsident schließlich dafür, daß wir

mit Hilfe der Liberalen ein so dummes Vereinsgesetz haben.“ (Stürmische Heiterkeit.)

Uns Sozialisten geht es doch überall gleich schlecht, sagte Thomas in deutscher Sprache launig hinzu, in Paris ver-bietet unser Zagow, der Polizeipräsident Lepine, uns Straßen-demonstrationen, und hier in Berlin soll ich nicht französisch reden dürfen. (Heiterkeit.) Aber ob ich nun französisch oder deutsch rede, ich werde immer sozialistisch reden und sozia-listisch verstanden werden. (Stürmischer Beifall.)

Dann fuhr Genosse Thomas französisch fort. Die Ueber-setzung gab Genossin B u r m:

Meine Partei hat mich nach Berlin geschickt, um die brüderlichen Gefühle meiner Genossen für das deutsche Prole-tariat auszudrücken. Dann aber auch, um gemeinsam mit dem Proletariat aller Länder Protest zu erheben gegen den Raubfeldzug Italiens nach Tripolis und die gesamte kapita-listische Politik der kolonialen Abenteuer, die die bürgerlichen Regierungen onzetteln. Was dem italienischen Feldzug ein besonders schreckliches Gesicht gibt, ist die Art der Kriegs-führung. (Lebhafte Zustimmung.) Alte schauerlicher Brut-alität sind vorgekommen. Mitleidslos sind Frauen und Kinder von einer zügellosen Soldateska hingeschlachtet worden. (Stürmische wiederholte Psuirufe.) Als die Greuel-taten durch die Presse bekannt wurden, wußte die italienische Regierung vor dem Getöse Europas keine bessere Entschul-digung, als das lächerliche Bemerkens, es habe sich bei dem Massaker von Frauen und Kindern nur um abgeirrte Kugeln gehandelt. (Stürmische Protest- und Entrüstungsruufe.) Wir wissen aber, daß selbst Offiziere, die dazu berufen waren, die Greuel-taten zu verhindern, sich vielmehr aktiv an ihnen beteiligt, ja am Schlimmsten gehaust und die Hinrichtungen anbefohlen haben. (Stürmische Bewegung und erneute, wiederholte Psuirufe.) Aber wir protestieren nicht nur gegen die Art des tripolitischen Feldzuges, wir protestieren auch gegen die Ursache des Krieges. Wir protestieren gegen den kolonialen Wahnsinn überhaupt, der die Völker aufeinander-dest und den Weltfrieden bedroht. (Lebhafte Zustimmung.) Was Italien in Tripolis tut, haben die Franzosen in Mada-gascar und Marokko getan. Auch da hat es nicht an Greuel-taten gefehlt. Immer und immer wieder hat die französische Sozialdemokratie ihren Protestruf ertönen lassen. Am schärfsten hat sie protestiert in der Marokkoaffäre (Stürmischer Beifall), die nahe daran war, zu einem Krieg zwischen Deutschland und Frankreich zu führen. Wir haben in den letzten Monaten genöthigt schmerzliche Stunden der Angst ver-lebt. Stand uns doch die Gefahr vor Augen, daß ein ab-scheulicher Krieg zwischen deutschen und französischen Brüdern wegen kolonialer Räubereien entstehen könnte. (Lebhafte Psuirufe.) Wenn in Deutschland Unzufriedenheit über die Ergebnisse des Vertrages herrscht, so sind auch die französischen Kolonialfreunde nicht zufrieden. In Deutschland sprechen sie, daß man Schritte mit der Schlafkrankheit eingehandelt habe. (Weiterkeit.) In der französischen Kammer konnte man unsere Kolonialinteressenten sagen hören: Das Abkommen ist recht ungünstig für Frankreich, wir haben ein gutes Stück Kongo abgetreten und dafür die sehr fragwürdige Souverän-ität über Marokko erhalten. Doch wie auch das Urteil aus-fallen mag, wir begrüßen den Vertrag, weil er den Frieden gebracht hat. (Lebhafte Zustimmung.) Den Frieden wollen die Völker Frankreichs und Deutschlands. Die Zeit der bar-barischen Austragung der Völkerverflikte muß verschwinden. (Erneute stürmische Zustimmung.) Allen Völkern muß der Internationalismus eingegraben werden, der den Frieden der Welt bedeutet. Die Organisierung des Weltfriedens, das ist das große Werk, das die Sozialdemokratie zu erfüllen hat. (Brausender Beifall.)

Unter stürmischem Beifall und Gähndwinken verließ Thomas die Tribüne.

Dann nahm der Reichstagsabgeordnete Genosse Wollen-buhr das Wort. Anknüpfend an die Worte des französischen Redners konstatierte er das einmütige Streben der Proletarier aller Länder, den Massenmord unter den Völkern zu verhindern. Ein in gewisser Hinsicht einheitliches Streben beherrsche auch die kapitalistische Gesellschaft aller Länder: das Ausfaugen und das Ausplündern der Bevölkerung in immer steigendem Maße vor-nehmen zu können. Die Pfrause von der Eroberung neuer Waha-gebiete und neuer Quellen zur Versorgung der heimischen Industrie mit Rohstoffen und dergleichen wird kompletter Wahnsinn, wenn gleichzeitig die Länder wieder abgesperrt werden durch Zoll-schranken. Wahnsinn wird die Pfrause von der Schaffung kolonialer Werkstätten zur Unterbringung des Bevölkerungüberschusses, wenn gleichzeitig die Agenten der Großgrundbesitzer und die Beauf-tragten gewisser Industrien das Ausland bereisen, um Tausende fremder Arbeitskräfte herbeizuschaffen und sie der heimischen Ar-beiterschaft als Lohnbrüder auf den Hals zu legen.

In seiner ganzen Unmenschlichkeit tritt und der Krieg als solcher jetzt in Tripolis vor Augen, und wenn ein Herr v. Liebert als Mitglied der brutalsten kapitalistischen Gesellschaft dieser Tage im Reichstag von dem Einbruch Italiens in Tripolis als von einem Raubzug der Italiener gesprochen hat, so nur deshalb, weil den Raubzug diesmal nicht Deutschland, sondern ein anderer inszeniert hat. Die von der italienischen Soldateska verübten Greuel-taten an Greifen, Frauen und Kindern sind nichts Un-gewöhnliches, sie sind das Merkmal aller Kolonialkriege, bei welchen sich die Ausführenden des Auftrages ganz vorzüglich als Räuber und Vandalen fühlen müssen!

Namende Entrüstung bemächtigte sich der Versammlung bei der Schilderung der Greuel des Krieges, und als der alte Veteran des Proletariats dann in jugendlicher Begeisterung auf die kultur-historische Mission hinwies, die das internationale Proletariat in der Verhinderung und Abschaffung jeden Krieges zu erfüllen hat, da brauchte ein nicht embovesenerdter Weisheitssturm durch den Saal. In Uebereinstimmung mit der verlesenen Resolution erhoben sich die Hände der Zweieinhaltaufend zum heiligen Schwure, und ein donnerndes Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie beschloß die imposante Kundgebung des Berliner Sädens.

In ruhigem Ernst verteilten sich die Versammlungsbesucher in die Straßen, wälzte sich der Strom der Demonstrierenden hinunter den Tempelhofer Berg. . .

In der Gasenheide.

Der große Saal der „Neuen Welt“ war schon um 11 Uhr ziemlich gut besetzt. Doch der Hauptstrom der Versamm-lungsbesucher kam erst. Anfangs in kleineren, dann in

immer dichteren Gruppen und schließlich in ununterbrochenem Strom ergoß sich die nach Tausenden zählende Menge in den riesigen Raum des Saales und füllte ihn samt den Galerien bis in den äußersten Winkel. Nicht alle, die an der Demonstration teilnehmen wollten, fanden Platz im Saale. Sie blieben im Garten und warteten dort das Ende der Versammlung ab.

Pünktlich eröffnete Genosse Schwemle die Versammlung und erteilte dem Abgeordneten Richard Fischer das Wort. An die Marokkodebatten im Reichstage knüpfte Fischer seine Ausführungen an. Die Abfertigung des Herrn v. Seydewitz durch den Reichskanzler schilberte er in treffender Weise. Was wir seit Jahren gesagt haben über die Politik der Junker, deren „wahrer Patriotismus“ nur darauf bedacht ist, sich auf Kosten des Volkes die Taschen zu füllen, das hat nun auch der Reichskanzler ausgesprochen. Doch wir bauen nicht auf dieses Auftreten des Reichskanzlers, denn wir wissen: Wer mit dem preussischen System nicht brechen will, der kann nicht gegen die preussischen Junker regieren. Uns gelten die bedeutungsvollen Worte des Reichskanzlers nicht als eine Weltende. — Der Weisfall, mit dem der Kronprinz die Rede des Herrn v. Seydewitz begleitete, ist die Kundgebung eines jungen Mannes, der nichts zu sagen hat, sich aber den Anschein geben möchte, als ob er etwas zu sagen hätte. Mag der Kronprinz seine Meinung zum Ausdruck bringen; aber wir verbitten es uns, daß er eine Demonstration veranstaltet, die Folgen haben könnte, welche mit dem Gut und Blut des Volkes bezahlt werden müssen. (Lebhafter Beifall.) Sorgen wir für demokratische Staatseinrichtungen, die dem Volke das Recht geben, sein Geschick selbst zu bestimmen, ohne daß ein König dazwischenredet kann. (Stürmischer Beifall.)

Hier unterbrach Fischer seine Rede. Der inzwischen erschienenen Genosse Thomas aus Paris erhielt das Wort. — Ein Weisfall begrüßte den Vertreter der französischen Parteigenossen. — Fischer teilte mit, daß der Polizeipräsident von Riohof auf die vereinigte Bestimmung hingewiesen habe, daß die Verhandlungen nur in deutscher Sprache (1) stattfinden dürfen. Das werde natürlich geschehen, sagte Fischer, denn die französische Ansprache des Genossen Thomas werde sofort ins Deutsche übersetzt.

Mit Bezug hierauf bemerkte Genosse Thomas in deutscher Sprache: Ob wir in Berlin oder Paris, ob wir deutsch oder französisch sprechen, immer reden wir sozialistisch, immer reden wir die Sprache des Proletariats, und werden deshalb von den Proletariern sowohl in Berlin wie in Paris verstanden. (Lebhafter Beifall.) Hierauf bediente sich Thomas, wie auf dem Tempelhofer Berg, seiner Muttersprache. Die mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen klangen in den Ruf aus: Nieder mit dem Kriege! Wir wollen keinen Krieg!

Genosse Fischer setzte hierauf seine Rede fort. Er sagte, daß es lediglich kapitalistische Interessen sind, welche zu kriegerischen Konflikten der Nationen führen, und daß es die Aufgabe der Sozialdemokratie ist, nationale Interessen auf internationaler Grundlage zu vertreten, eine Aufgabe, die uns auch bei dem Wahlkampf am 12. Januar leisten wird. Fischer schloß seine mit großem Beifall aufgenommene Rede mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, in das die Versammlung begeistert einstimmte. — Die Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende Schwemle gab eine Depesche aus der Heilbrunn Gradowice bekannt: „Wir protestieren mit Euch!“

Im Südosten.

Im **Arbeiterklub** vermochte der große Saal die zahlreichen Versammlungsbesucher nur zum Teil aufzunehmen. Schon eine Stunde vor der angesetzten Zeit begann sich der Saal zu füllen. Die unmittelbar vor Versammlungsbeginn Erschienenen mußten, selbst wenn sie sich mit Stehplätzen begnügt hätten, wieder abgehen und verließen, in einer der anderen Protestversammlungen teilnehmen zu können.

Von der Versammlung lebhaft begrüßt, erhielt zunächst das Wort:

Reichsrats- und niederösterreichischer Landtagsabgeordneter. Dr. Karl Renner-Wien:

Verehrte Genossinnen und Genossen! Ich bin von der Parteivertretung der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich beauftragt, Sie anlässlich Ihrer Friedensdemonstration auf das herzlichste zu begrüßen und zu beglückwünschen. Die Proletariat Deutschlands haben in brüderlicher Solidarität mit der Arbeiterchaft Frankreichs während der schweren Krisis, die durch die Marokko-Angelegenheit hervorgerufen wurde, durch den festen Entschluß, für den Frieden einzutreten und sich von den Kriegshetzer nicht mitreißen zu lassen, dem Frieden Europas einen großen Dienst geleistet. Der Abschluß des Marokkoabkommens, die friedliche Beilegung dieses Streifalles wäre unmöglich gewesen, wenn nicht die Arbeiterchaft beider Länder sich den wahnwichtigen Kriegshetzern diesseits und jenseits der Vogesen entgegengestellt hätte. Sie sind zu diesem Erfolg zu beglückwünschen. Mögen sich auch heute die Staatsmänner und Staatsoberhäupter mit dem Mantel des Friedens bekleiden, mögen sie auch der Welt einreden wollen, daß sie den Frieden verbürgt haben: sicher ist doch, daß ohne die brüderliche Solidarität der Arbeiter der Weltfriede nicht erhalten geblieben wäre. (Beifall.)

Es geht ein konvulsisches, krankhaftes, nervöses Jucken durch die ganze Welt. Wir haben von 1870 bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts im großen und ganzen auf dem Welttheater Frieden gehabt. Seitdem aber ist die ganze Welt in ständiger Aufregung, an allen Orten droht Kriegsgefahr, eine mächtige Erregung durchzittert die Bevölkerung sowohl der halbzivilisierten Länder, als auch jene Nationen, die man als „geschichtslos“ bezeichnet, die den historischen Schlag des Orientalismus durch Jahrtausende geschlagen haben. Der Kapitalismus und der Imperialismus sind es, die die Welt neuerdings in Aufregung setzen und die größten Gefahren für den Frieden, für die Zivilisation und Kultur Europas heraufbeschwören. Die Kapitalistenklasse aller Länder weiß sich nicht zu fassen vor ungeheuren Profiten. (Sehr wahr!) Aus der Arbeiterchaft Europas werden jährlich Milliarden von Mehrwert herausgeschwunden. Die Kapitalisten suchen nach neuer Anlagemöglichkeit. Die Profite sind an dem Tage keine Profite mehr, wo es nicht mehr gelänge, neue Proletariatsmassen in Bewegung zu setzen und auszubeuten. Dem Kapitalismus werden die alten Länder zu enge, er strebt hinaus über das Weltmeer, um überall da, wo friedlich halbzivilisierte Völker wohnen, Bahnen, Hafenanlagen zu erbauen, Plantagen zu errichten, die ganze Welt unter die Krute des Kapitalismus zu beugen. Die Konkurrenz der anlaufenden Kapitalisten durchwühlt heute ganz Afrika, hat das chinesische Reich in Bewegung gesetzt, hat Südamerika, ja den ganzen Erdball aufgeregt. Da stoßen nun die in den Kartellen vereinigten Kapitalisten jedes Landes aufeinander und dem wütenden Wettstreit um das Abjaggebiet, das Gebiet für die Anlage des Kapitals, suchen sie die Macht des Vaterlandes dienstbar zu machen und die hungernden, verelendeten Arbeitermassen Europas sollen auch noch den Schießprügel aufnehmen und das Schlachtschiff befeigen, um, nachdem sie das Leben in den Diensten des Kapitals gestellt, sich auch noch dem Tode zu weihen im Interesse der Kapitalistenklasse. (Stürmische Zustimmung.) Der

Kapitalismus greift über in die ältesten Staaten, von denen wir bis vor kurzem nicht viel anderes gehört haben, als was uns in dem Märchen aus „1000 und eine Nacht“ erzählt wird. Die Folgen dieser imperialistischen Politik aber sind offensichtlich. Zunächst hat sich Japan trotz der kapitalistischen Produktionsweise bemächtigt, der russisch-japanische Krieg war die erste Folge. England und Rußland suchen die Türkei zu teilen, die türkische Revolution ist die Folge. Deutschland und Frankreich weitern um Marokko, der Sultan wird gestürzt, ein neuer tritt an seine Stelle; das ganze muslimanische Gebiet wird allmählich von revolutionärem Geiste erfüllt. Selbst das alte Indien wird in Aufruhr versetzt, kurz — die ganze Welt des Ostens gerät in Bewegung. Aber wie immer der Krieg notwendigerweise die Volksmassen erregt, so haben wir auch als unmittelbare Folge des russisch-japanischen Krieges die Revolution in Rußland und nachher die türkische und persische Revolution. Wir stehen vor einer Revolution in Indien — kurz, die revolutionäre Bewegung in der ganzen Welt und mitten drein der Wettstreit der europäischen Nationen, Stüde des Erdballs an sich zu reißen!

In diesem Kampf um die Abjaggebiete nun, in dem die Arbeiterklasse Europas das Kanonenfutter hergeben soll, droht unsere ganze kulturelle Arbeit der Jahrhunderte und Jahrtausende unterzugehen. Man braucht nur wieder einmal anzusehen, wie der Krieg in der Praxis aussieht, braucht nur die Berichte über Tripolis zu lesen, über die Greuel, die sich dort abspielen (stürmische Zustimmung), auf einem kleinen und engen Kriegstheater, um sich einen Begriff zu machen, wie Kriege erst dann wirken würden, wenn nicht einige Zehntausende kämpfen, sondern die Millionenheere Europas sich gegenüberstehen würden! (Sehr richtig!) Vor dieser Barbarei sich zu behüten, die Expansionsbestrebungen des Kapitalismus einzudämmen, ihm die Flucht in die Kolonien zu verlegen, ihm in seinem Mutterlande, in Europa die Schlächt anzubieten und ihn niederzuwerfen, ist die gemeinsame Aufgabe des Proletariats aller Völker! (Stürmische Beifallstundgebungen.)

Diese Aufgabe hat das Proletariat begriffen und beginnt sie durchzuführen. In neuester Zeit sind auch wir Oesterreicher, ist auch unser armes und armseliges Land in den Imperialismus hineingezogen worden. Bei den vielen Schwierigkeiten, die wir zuhause haben, sollte es uns wahrlich nicht gelüsten, auf Eroberungen auszugehen; aber trotzdem ist die jüngste Phase des Imperialismus von Oesterreich ausgegangen. Wir haben uns im österreichischen Parlament mit aller Macht gegen die Annexion Bosniens gewehrt, wir haben auch da unsere internationale Pflicht erfüllt, nicht nur gegenüber dem Westen, sondern auch gegenüber Serbien. (Bravo!)

Wir haben eigentlich keine Monarchie, sondern eine Diktatur, denn es regiert nicht der alte Kaiser allein von Schönbrunn aus, sondern auch der Kronprinz vom Wiener Belvedere-Schloß aus. (Heiterkeit und Hilarität.) Das hat bei uns eine Art Anarchie hervorgerufen; man spricht von einer Kriegspartei des Kronprinzen. Auch wir hatten unsere Kriegshetzer und Panzerplattenpatrioten. Den stärksten Beweggrund zum Kriege mit Serbien bot es bei uns, daß sich die Serben weigerten, die Kanonen, mit denen sie Oesterreich bekämpfen wollten, von den österreichischen Stoda-Werken zu kaufen. (Große Heiterkeit.) Darüber gerieten natürlich die Stoda-Aktienbesitzer im Herrenhause in die höchste patriotische Entrüstung. (Erneute Heiterkeit.) Es gelang damals unserem Genossen Adler (Bravorufe), das österreichische Parlament dafür zu gewinnen, daß es sich einstimmig für die Erhaltung des Friedens aussprach, und im serbischen Parlament trat Genosse Kozlerowitsch der Kriegshebe als Einziger entgegen. (Beifall.) Wir haben unseren Minister des Aeußeren, den Grafen Lehrentsch, unter schärfstem Protest gegen den Bruch internationaler Verträge aufmerksam gemacht, daß niemand wissen kann, wohin die Aufrollung der Balkanfrage durch die Annexion führen wird. Was wir vorausgesagt, ist heute bestätigt. Frankreich nimmt Marokko, Italien fällt ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung Europas und auf die Verträge mitten im Frieden über den schwächeren Gegner her, um ihm ein Land zu rauben. Wir verurteilen diese Annexion von Tripolis in genau derselben Weise, wie seinerzeit die von Bosnien. (Beifall.)

Die Proletariat Italiens stehen an unserer Seite und auch die jungen Organisationen des türkischen Proletariats, die jüngst in Saloniki demonstrierten gegen den kriegerischen Imperialismus.

Wir protestieren aber auch gegen die Kriegshebe zwischen Oesterreich und Italien. Sie wissen, wir haben den Dreikönig. Die Freundschaft Oesterreichs und Italiens befestigt man bei uns, indem der Kriegsminister die Grenzfestungen gegen Italien inspiziert. (Große Heiterkeit.) Wir senden brüderliche Grüße über das Adriatische Meer, indem wir vier Dreadnaughts zunächst und weitere 12 Dreadnaughts in drei Perioden erbauen (hört, hört!) und indem unsere Chauvinisten, namentlich die katholisch-merikaner, genau so übrigens wie die italienischen Chauvinisten, bei jeder Gelegenheit die „verbündete“ Macht beschimpfen. Die österreichisch-italienische Kriegshebe ist eine der größten Gefahren für den Frieden Europas. (Sehr wahr!) Wir haben das seit langen Jahren erkannt und den Herrschenden bei jeder Gelegenheit gesagt, daß wir den Krieg mit Italien nicht wollen und den Proletariern, daß sie den Frieden Mitteleuropas sichern müssen. (Bravo!) Wiederholt haben wir uns in gemeinsamen Tagungen mit dem italienischen Proletariat vereint und nur die österreichischen Neuwahlen haben den Ausschub der für den letzten Sommer geplanten Zusammenkunft in Cremona erforderlich gemacht; aber wir werden die nächste Gelegenheit benutzen, um wieder gemeinsam mit unseren italienischen Brüdern gegen die Kriegshebe zu manifestieren. (Beifall.)

So lastet auf dem Proletariat jedes Landes eine außerordentlich schwere Pflicht, die weit über den Tageskampf, über die tägliche Abwehr der kapitalistischen Angriffe durch Gewerkschaft, Genossenschaft und politische Partei hinausgeht. Bisher war jede Sozialdemokratie in ihrem Lande ganz und gar mit den Problemen ihres Landes beschäftigt. Wir hatten und haben zu kämpfen gegen Nationale und Merikale, Sie gegen das Junkertum, die Rückwärtserei und einen mehr oder weniger unüberlässigen Freisinn. (Sehr richtig!) Sie haben den wirtschaftlichen Kampf zu führen gegen eine der mächtigsten Kapitalistenklassen der Welt. Aber alle diese Kämpfe werden in der nächsten Zeit zurücktreten gegen die große, entscheidende Aufgabe, Weltpolitik zu machen. (Sehr gut!) Das Proletariat, das in fast allen zivilisierten Ländern zur stärksten Partei geworden ist (sehr richtig!), muß

den Blick über die Grenzen richten und sich darum kümmern, was auf dem Welttheater vorgeht. Denn heute ist nicht nur das italienische Proletariat gefährdet durch den Krieg, sondern bedroht ist durch die ständige Kriegsgefahr jedes einzelne Proletariat in seiner Lebenshaltung, seinem Ringen um besseres Dasein; denn wenn es möglich sein sollte, daß wieder statt der friedlichen Kulturarbeit in der Welt das Nordwerkzeug des Kriegers die Oberhand gewinnt, dann kann in kurzer Zeit alles das, was wir mühsam aufgebaut haben, begraben werden unter einem ungeheuren Turm von Leichen. (Bewegung.) Gerade wir, die den Boden jenes alten Deutschen Reiches bewohnen, das im Mittelalter der Schauplatz aller Kriege war, haben die Aufgabe, gemeinsam darüber zu wachen, daß nicht mehr, so wie einst im siebzehnten Jahrhundert, die ganze Kultur niedergetrampelt werde von den Rosschufen einer ziellosen Soldateska. Bedenken Sie wohl: wenn Krieg wird, dann wird Mitteleuropa das Kriegstheater werden, und dann könnte es wieder so kommen, wie im dreißigjährigen Krieg, wo die Bevölkerung des Landes zusammenschmolz auf ein Minimum, wo die Betriebsstätten verödeten, wo ganze Dörfer vollos wurden und die verzweifelte Massen sich dem Räuberhandwerk ergaben, weil sie sonst nicht das zum Leben Nötige erwerben konnten. „Ein furchtbares Schrecknis ist der Krieg“, sagt unser Schiller, das müssen wir abwehren aus Kulturinteresse, im Interesse des Sozialismus. Aber nicht nur in dem selbstlichen Interesse unseres Landes allein, sondern wir sehen vor uns das Bild dieser ganzen Menschheit, welche sich seit der französischen Revolution immer höher und höher emporgearbeitet und Mauer um Mauer abgetragen hat von der Zwingburg der Feudalität. Diese Menschheit, welche die geistige Finsternis des Merkantilismus immer mehr abgewälzt hat, welche in unbeschreiblicher und unermüdblicher Arbeit die ganze moderne Kultur aufgebaut hat, diese großen Städte mit ihren Verkehrsmitteln, die Bahnen, die großen Handelsflotten — diese Menschheit sieht ihr Kulturwerk gefährdet und sieht wieder vor sich das Gereimbrennen der Barbarei des Krieges, welche die ganze Zivilisation begraben kann. (Bewegung.)

So sind wir vereint, wir, das Proletariat der ganzen Welt, in dem Bestreben, die Menschheit von der Kriegsgeißel zu befreien und den friedlichen Bund aller Völker auf dieser Erde wieder herzustellen. (Stürmischer Beifall.) In brüderlicher Eintracht mit den Proletariern aller Nationen müssen wir unser Sinnen und Trachten darauf richten, jene Fortu zu finden, in der die Völker die Erde so bewohnen, wie die Bewohner einer Stadt ihre Gemeinde — jede Nation ihre Haus, aber die ganze Welt eine einzige große Stadt. Dahin müssen wir unser altes Programm: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ erweitern. (Zubehnder Beifall.) Gelingt uns dieses große Werk, dann ist die Zivilisation und Kultur des Abendlandes gerettet, dann wird der Sozialismus zur lebendigen Wahrheit, dann wird der schöne Schlußvers eines unserer schönsten Kampflieder zur Wirklichkeit werden:

Die Internationale
Wird die Menschheit sein.“

(Brausender, sich mehrfach wiederholender Beifall.)

Als zweiter Redner knüpfte Landtagsabgeordneter H. Ströbel an die Ausführungen seines Vordredners mit der Konstatierung der Tatsache an, daß alles, was dieser über Kriegshetze und Eroberungspolitik gesagt habe, auch auf Deutschland in verstärktem Maße zutrafte. Unsere Ausgaben für Heer und Marine steigen ins Ungemessene, dieses Beträgen müsse zum Abn des Volkes führen. Aber auch andere Parallelen bieten sich zwischen den politischen Zuständen Deutschlands und Oesterreichs. Die dort der Thronfolger mache auch bei uns der Kronprinz seine besondere Politik, habe aber durch seine jüngsten Taten alles was etwa in Oesterreich vorkam, in den Schatten gestellt, indem er öffentlich gegen die Politik seines gekrönten Vaters Front machte. Bei seiner Anwesenheit im Reichstage habe der deutsche Kronprinz die Ausführungen Seydewitzs und der anderen Kriegshetzer durch lauten Beifall unterstützt und so seine Segnerschaft dem Reichskanzler gegenüber zum Ausdruck gebracht. Die Sozialdemokratie sei, wenn auch nur für einen Augenblick, „Regierungspartei“ geworden, nachdem alle staatsbehaltenden Parteien den Kanzler im Stiche gelassen hätten, denn es ist ja unsere Politik, wenn Herr v. Bethmann Hollweg dem Junker Seydewitz gegenüber erklären mußte, es sei unverantwortlicher Unfug, fortgesetzt mit dem Schwert im Munde zu drohen. Das hätte jedoch der Reichskanzler schon früher erkennen sollen, an diesen Zuständen trage man in den oberen Regionen selbst ein gerütteltes Maß Schuld. Heute sei Wilhelm II. über das 50. Lebensjahr hinaus und ruhiger im Temperament und Denken geworden, während er es doch war, der die Saat ausstreute, die jetzt in den Säpeln der um Seydewitz aufgewachsen ist; Herr v. Bethmann Hollweg ernte nur, was Wilhelm II. in der Vergangenheit gesät hat.

Die Regierung wird sich daran erinnern müssen, daß die Sozialdemokratie eine Großmacht darstellt und dem Volke ihren Dank abstoßen müssen, indem sie die Arbeiter nicht länger wie Heloten behandelt, sondern diesen die politische Gleichberechtigung gewährt und das von Bismarck schon als das elendeste aller Wahlfetze bezeichnete Landtagswahlrecht gemäß den berechtigten Wünschen derselben umgestaltet. (Beifall.)

In längeren Ausführungen verteilte Redner bei der Entwidlung des Imperialismus, zeigend, welche Interessen gewisse einflussreiche Kreise von dem Beträgen, von den Lieferungen für Heer und Marine, an den Panzerplatten, Kanonen, an dem Bau von Kriegsschiffen und schließlich an dem Krieg selbst haben. Dann erläuterte er die Forderung der Sozialdemokratie auf Schaffung eines Volksheeres. Das arbeitende Volk wolle sich nicht im Interesse der bestehenden Klassen in einen Krieg drängen und dort sein Blut vergießen lassen, es wolle auch sein Vaterland nicht wehrlos machen, sondern Vorkehrungen treffen, um seine kulturellen Güter auch nach außen hin, beispielsweise gegen einen von „Väterchen“ kommenden Angriff zu verteidigen. Einer solchen Volksbewaffnung allerdings widersprechen die Junker, denn sie werde ihre Hinten nicht gegen den sogenannten inneren Feind richten.

In großen Jügen befaßt sich Redner mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Konzentration des Reichtums sei ungeheuer angewachsen, die Kluft zwischen Arbeit und Besitz so, daß auf der einen Seite der größte Luxus herrsche, während die Arbeiter, trotz aller in heißen Kämpfen erzielten wirtschaftlichen Erungen, aus wegen der ihnen auferlegten Lasten keinen Schritt vorwärts brachten.

Außerordentlich wirkungsvoll schilberte Redner die Greuel eines modernen Krieges, von denen man sich schon an unseren Kolonialkriegen einige Vorstellungen machen könne. Lebhafteste Entrüstungskrufe begleiteten die Ausführungen des Redners, als dieser die von den Italienern in Tripolis an wehrlosen Einwohnern begangenen Greuelthaten schildert. Wir hätten jedoch keinen Anlaß, auf dies alles mit Verachtung herabzusehen, denn im Kriege mit dem Hereros habe der deutsche General von Trotha die Eingeborenen in die unwirtlichste Gegend zurückgejagt, auf welche Weise dann Männer, Greise, Kinder und Frauen mit Säuglingen an der Brust verhungerten, verdursteten und in großer Zahl so elend zugrunde gehen mußten.

Wer solche Bestialitäten will, die ja jeder Krieg entziffeln werde, der müsse die Politik des Herrn v. Seydewitz unterstützen, wer aber den Frieden sichern, einen Krieg bei den, der wegen Marokko mit Frankreich bevorstand, oder wie er gegen England erhebt werden soll und jetzt von Italien gegen die Türkei geführt

Nasse aller Länder, und Aufgabe der Sozialdemokratie sei, es dahin zu bringen, daß bei allen Nationen dieser Wunsch von der gesamten Bevölkerung geteilt werde. Des deutschen Kanzlers Aussage an die Kriegsheber komme gerade zu rechter Zeit, um jetzt vor den Reichstagswählern die Augen zu öffnen. Unter dem Beifall der Zuhörer feingedachte Genosse Pfannkuch die eigenartige Haltung, die in der Reichstagsdebatte der Kronprinz zur Schau getragen habe. Durch ihn, der mit dem Märchen vom Liberalismus der Kronprinzen" ausgeräumt habe, sei dafür gesorgt worden, daß das Volk endlich aufwachen werde. Das starke Heer, das man mit einer immer ärgeren Ausdehnung des deutschen Volkes geschaffen habe und zu erhalten suche, sei nicht eine Gewähr für den Frieden, sondern eine handige Kriegsgeschlechte.

Dies unterbrach der Referent seine Ausführungen, weil inzwischen der Genosse H. v. M. Brüssel, der Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus, erschienen war, um eine Ansprache zu halten. Ein langanhaltender Beifallsturm dankte dem Redner.

Genosse Pfannkuch schloß dann sein Referat fort. Anknüpfend an H. v. M. Brüssels Ausführungen hob er hervor, daß in dem Kampf, den in allen Ländern das Proletariat ausfechten müsse, die Sozialdemokratie Deutschlands bisher an erster Stelle gestanden habe und auch weiter es nicht an sich fehlen lassen werde. Gegen den Kapitalismus, der die Eroberungspolitik brauche, habe der Kampf sich zu richten. Gegen den Militarismus, der am Lebensmark des Volkes gehe, müsse Sturm gelaufen werden. Wenn bei den bevorstehenden Reichstagswahlen der schwarze Blod so bejährt werde, daß die Sozialdemokratie entscheidenden Einfluß erlange, so sei das die beste Friedensbürgschaft. Wieder mit den Lebensmittelverkäufern, nieder mit den Kriegshebern, nieder mit unseren Gegnern — hoch die Partei! schloß Pfannkuch unter stürmischen Zustimmungsbewegungen der Zuhörer.

Die der Versammlung vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende Genosse Henschel rief die Versammelten auf zu rastloser Agitationsarbeit, die am Tage der Reichstagswahlen die Wählermann für Mann an die Wahlurne bringen müsse, um für die Sozialdemokratie zu stimmen. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Zu derselben Zeit war eine zweite Versammlung in dem Garten der Brauerei abgehalten worden, der nach Abperrung des vollbesetzten Saales sich gleichfalls rasch gefüllt hatte und eine noch größere Zahl von Genossen aufnahm als der Saal. Nachdem hier Genosse Dohrblam den Vorsitz übernommen hatte, bestrich Genosse Hans Weber die Rednertribüne und geißelte das Treiben der Kriegsheber. Auch hier wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Nach Schluß der beiden Versammlungen ergoß sich Saal und Garten ein Menschenstrom sich in die Schönhauser Allee hinaus. Polizei konnte man hier auf der Straße auch jetzt fast nirgends bemerken, aber sie sah bereit in ihren Wachen und wartete auf Arbeit.

Gesundbrunnen.

11 Uhr. Der Riesenaal von Balkalmiebers Rastantenwäldchen, in dem die Bevölkerung des Gesundbrunnens und der angrenzenden Bezirke gegen den räuberischen Überfall der Italiener protestieren will, ist halb gefüllt von solchen, die ganz besonders zeitig da sein wollten, um sich auf alle Fälle einen guten Platz zu ergattern. Bald zeigte sich, wie recht sie daran taten. Denn in ununterbrochenen Augen sahen jetzt die Protestanten, und bald war der Saal — obwohl Stühle und Tische fast vollständig herausgeräumt wurden — überfüllt.

In drangvoller, furchterlicher Enge standen Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen und hatten des Moments, da sie ihrem Innem über den durch die kapitalistische Expansionspolitik hervorgerufenen Krieg Ausdruck geben konnten. Nach 11 1/2 Uhr schritt die Polizei zur Abperrung. Da dieselbe jedoch die Massen überhaupt nicht mehr in das Haus lassen wollte — obwohl in dem geräumigen Garten viel Platz war — kauften sich bald Tausende vor dem Eingang und wurde dadurch von der Polizei auf diesem Wege das so bestohene Verkehrsbehindernis geschaffen. Nachdem einer unserer Genossen die Polizei nachdrücklich auf das Verkehren ihres Vorgehens hingewiesen hatte, wurde endlich der Garten freigegeben und das Verkehrsbehindernis war beseitigt.

Punkt 12 Uhr wurde die Versammlung durch ein sehr stimmungsvoll vorgetragenes Lied des Arbeitergesangsvereins vom Gesundbrunnen eröffnet. Sodann ergriß Reichstagsabgeordneter Genosse Lehmann das Wort zu seinem Referat. In ausführlicher Weise schilderte der Redner, daß alle die Kriege der letzten Zeit mehr oder weniger Raubzüge waren, hervorgerufen durch das Expansionsbedürfnis der Staaten. Redner wies auf die Kriege zwischen China und Japan, Spanien und Amerika, England und Transvaal sowie auf den russisch-japanischen Krieg hin, deren Ursachen alle denselben Motiven entspringen. Auch Deutschland ist an der Expansionspolitik erheblich beteiligt, so z. B. als es Kaufschou auf 19 Jahre von den Chinesen „pachtete“. Allerdings ist die erste Pachtate noch heute nicht bezahlt. Besonders bemerkenswert ist der Ausgang des russisch-japanischen Krieges. Der allgemein so gefürchtete Koloss Rußland wurde von Japan nach allen Regeln der Kunst geschlagen.

Wichtig ist auch, daß fast alle Kriege der neueren Zeit eine Revolution zur Folge hatten und daß die Herrschenden gezwungen werden, Konzessionen zu machen. Nach dem, was bekannt geworden ist, bekommen jetzt die Chinesen ein wesentlich besseres Wahlrecht, als es die Preußen bisher besaßen. Redner wendet sich dann ausführlich der Marokkoprobleme zu und zeigt, wie nahe wir einem vollstehenden Kriege waren. Bei dem räuberischen Überfall der Italiener hat sich wieder einmal gezeigt, wie wenig Verlaß auf die europäischen Regierungen ist. Keine europäische Macht hat gegen das Vorgehen Italiens protestiert, obwohl dasselbe gegen Kriegsbraut und Kriegsbrot verstoßt. Auch Deutschland habe das widerspruchslos geduldet, trotzdem die Tücken immer glänzten, sich auf die deutsche Regierung besonders verlassen zu können. In schamloser Weise morden die Italiener entgegen dem Kriegsbrot Gefangene. So betrachtet man die Kraber, die als Einwohner der Türkei beisehen wollen, als Russische und morden sie in Massen hin, nur weil sie keine Soldaten sind. Auch unschuldige Frauen und Kinder werden niedergeschossen. Die europäischen Nationen sind alle an diesem Vorgehen schuld, da sie es ja in anderen Fällen ebenso getrieben haben. So ist das Vorgehen des deutschen Generals Trotta im südafrikanischen Kriege, der ungezählte Frauen und Kinder dem Hungertode preisgab, noch in aller Gedächtnis. Auch in Italien hat sich wieder gezeigt, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die den Ruf hat, gegen solche Raubzüge zu demonstrieren. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß sich der sogenannte Sozialdemokrat De Reiche dazu hergegeben hat, begeisterte Kriegsberichte zu schreiben. Unsere italienische Bruderpartei dürfte dafür sorgen, daß er sobald wie möglich gezwungen wird, der Partei, mit der er nichts zu schaffen hat, den Rücken zu kehren.

Aber auch derjenige Teil des Volkes, der jetzt Kriegsbegeistert ist, wird bald merken, welches Verbrechen die italienische Regierung durch die Provokation dieses Krieges begangen hat. Schon jetzt ist die italienische Regierung nicht in der Lage, in Süditalien auch nur annähernd das Elend zu beseitigen, das dort herrscht, so daß alljährlich viele Tausende gezwungen sind, auszuwandern. Wie viel größer wird das Elend nach dem Kriege werden.

Es muß unsere Aufgabe sein, die Aufklärung über die Gemeingefährlichkeit der Kriege in immer weitere Kreise bringen zu lassen, um so auf die Dauer Kriege unmöglich zu machen, wollen sich nicht die Regierungen gleichzeitig der Gefahr von Revolutionen aussetzen, die vielleicht Königskronen wie Papierstücken fliegen lassen. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem Genosse Lehmann geendet, ergriß Genosse H. v. M. Brüssel das Wort zu einer begeisterten Ansprache in deutscher Sprache. Die Ausführungen H. v. M. Brüssels werden mit jubelndem Beifall aufgenommen.

Die sodann zur Abstimmung gebrachte Resolution wurde mit größter Einmütigkeit angenommen. Zum Schluß sangen noch die

Arbeiterfänger ein Lied und sangen die Massen, getragen von dem hehren Gefühl, daß der Sozialismus nur allein Kultur, Freiheit und Frieden bringen kann, wieder nach Hause. Eine Viertelstunde später zeigte der Gesundbrunnen wieder das gewohnte Bild.

Auf dem Wedding.

In den „Pharusälen“, Müllerstraße, versammelten sich zwischen fünf- und sechstausend Personen, die zwei große Säle und den weiten Garten füllten. Bald nach 11 Uhr gab es in dem oberen Saal, wo man ohne Tische eng beisammen saß, nur noch Stühle; die Galerien, die Bühne wurden dicht besetzt und nach halb zwölf Uhr sperrte die Polizei den oberen Saal ab. Schnell füllte sich der untere Saal, der bald darauf ebenfalls abgesperrt wurde. Für die vielen kleinen Trupps von Besuchern, die gegen 12 Uhr anrückten, blieb nur noch der Garten, den eine laubendöpfige Menge trotz Käse und Rülpe besetzt hielt. Rüstlich zur anberaumten Zeit wurde die Versammlung im oberen Saal eröffnet, feierlich eingeleitet von dem Sängerkor „Wedding“ mit dem begeisterten Gesang der „Internationalen“.

Als Redner trat der Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt auf, der in seiner ruhigen sachlichen Weise den Versammelten erklärte, warum die Sozialdemokratie die Arbeiterschaft zum Protest gegen den italienisch-türkischen Krieg auffordert. Uns, der großen internationalen Friedenspartei falle die Aufgabe zu, die Stimme der Menschheit, die Stimme der Humanität laut erschallen zu lassen, wenn ein wilder Krieg ausbricht. Das Leid des Proletariats der einen Nation sei Grund genug für das Proletariat der anderen Nationen, ihre Sympathien zu bezeugen. Man solle nicht glauben, daß wir uns über unsere Stärke täuschen, aber wir wüßten auch ganz genau, daß wir eine stetig wachsende Macht darstellen, mit der die Regierungen aller Länder immer mehr rechnen müssen. Der Redner besprach neben der den Weltfrieden bedrohenden Kriegslage die Verhältnisse im deutschen Vaterlande, die jüngsten Vorgänge im Reichstag und forderte zum Schluß zur Unterstützung der großen Kulturbewegung, wie sie die Sozialdemokratie darstellt, auf. (Allgemeiner großer Beifall.) — Die Versammlung mußte auf kurze Zeit vertagt werden, weil der aus Moabit erwartete Genosse Vanderelde noch nicht erschienen war.

Im unteren Saal hatte unterdessen Frau Vertha Lungwitsch einen Vortrag gehalten und Robert Schmidt begab sich nach Beendigung seiner ersten Rede in den Garten, wo er von der hergerichteten Tribüne herab in ausführlicher Rede den Wunsch und Willen der internationalen Sozialdemokratie zum Frieden unter den Völkern verkündete. Einen erhebenden Eindruck machte es, als nach dem stürmischen Beifall, den die Rede auch hier auslöste, der Gesang der „Internationalen“, wieder vom Sängerkor „Wedding“ vorgetragen, den Garten durchbrauste und dann die Versammlung begeistert aufgenommenen Hochrufe auf den Sozialismus ausbrachte.

Im oberen Saal hatte man trotz der erdrückenden Hitze ruhig ausgehalten und 1 Uhr war längst vorbei, als Vanderelde endlich erschien. Donnernder Applaus begrüßte den Gast, auf den aller Augen gerichtet waren. Er dankte für den herrlichen Empfang und hielt eine temperamentvolle Ansprache, französisch von Ledebour übersetzt, die ihm wieder reichen Applaus brachte. Eine zweite Ansprache mußte er im unteren Saale halten, wo er zum Teil deutsch sprach. Hier hatte Robert Schmidt zum dritten Mal eine Rede halten müssen, bis Vanderelde folgte und nach diesem Ledebours. Die vorgelegte Resolution fand überall ungeteilte Zustimmung. In größter Ruhe lösten sich die drei Versammlungen, die letzte um halb drei Uhr, auf. Die Polizei verhielt sich sehr reserviert, war aber zahlreich vertreten und hatte unter anderem in der Maschinenfabrik von Senfter eine fliegende Wache eingerichtet. Als Vanderelde mit seinen Begleitern im Auto abfuhr, wurden ihm von den auf der Straße versammelten Genossen noch lebhaft Hochrufe ausgedrückt.

Moabit.

Im Herzen des vorjährigen „Kriegshauptplatzes“, in der Bielestraße im „Moabiter Schützenhaus“, tagte die Versammlung. Nichts erinnert mehr an jene aufregenden Tage. Schon anderthalb Stunden vor Beginn der Versammlung kommen die ersten. Nach und nach füllt sich der Riesenaal. Bald nach 11 1/2 Uhr wird die Leitung absperrt, nachdem vorher durch Entfernen der Tische auf einige Augenblicke Luft geschaffen war. An 3000 Männer und Frauen sind im großen Saal versammelt; der kleinere wird zu Hilfe genommen. Auch er kann nicht alle aufnehmen, die gekommen sind, um zu protestieren gegen den wahnwitzigen italienischen Tripolis-Raubzug und zu manifestieren für ihren unerschütterlichen Willen zum Weltfrieden. Und überall auf dem Hofe, der Straße, dem schon recht herrlichen „Sommergarten“ noch Massen, genug, um noch eine dritte, gleich imposante Versammlung zu füllen. Eingeleitet wurden beide Versammlungen stimmungsvoll durch den „Moabiter Männerchor“. Hierauf ergreift das Wort

Genosse Vanderelde-Brüssel, Vorsitzender des internationalen sozialistischen Bureaus:

Indem wir gegen den Raubzug der italienischen Regierung nach Tripolis protestieren, protestieren wir gegen die gesamte kapitalistische Kolonialpolitik. Selbstredend bedeutet unser Protest nicht Parteinehme für oder wider eines der beiden leidend beteiligten Völker. Gegen beide Völker sind wir von den gleichen brüderlichen Empfindungen besetzt. Wir schämen die vielen vortrefflichen Eigenschaften des türkischen Volkes, und wir gedenken dankbar der hohen und unsterblichen Verdienste Italiens um Kunst und Wissenschaft. Wenn wir unseren Protest erheben, so liegt dem auch nicht irgendwelche Bevorzugung einer oder der anderen der beiden Regierungen zugrunde. Das jungtürkische Regiment hat große Hoffnungen erweckt, diese aber enttäuscht und brutale Verstandlosigkeit gegenüber der Arbeiterbevölkerung bewiesen. Dagegen hatte das italienische Ministerium Giolitti politische und soziale Reformen versprochen und zählte die Sozialisten zu seiner Mehrheit. Statt der versprochenen Reformen ist der Brigantennug nach Tripolis gekommen. Wir sehen die schlimmsten Gräueltaten vor unseren entsetzten Augen. Männer, Frauen und Kinder werden hingschlagen. (Stürmische, minutenlange Pfuirufe.) So bringt die italienische Regierung Elend über die Bewohner eines fremden Landes. Aber sie gefährdet auch Tausende und Abertausende eigener Landsleute, die bisher als Arbeiter, Sandwerker, Kaufleute ruhig und friedlich im Orient ihren Geschäften nachgingen, sie gefährdet die Sicherheit Europas, indem sie den Fanatismus der muslimännischen Welt provoziert. Auch das trägt bei, den Horn der Mohammedaner zu erwecken, daß der Angriff ausgeht von einem Bundesgenossen des Kaisers, der sich mehrfach als Schwärmer der Muselmänner vorstellte. (Rebhaftes Hört, hört!) Aber die bürgerliche Welt, die bürgerliche Presse außerhalb Italiens hat kein Recht, sich pharisäisch über Italien zu entrüsten. Die kapitalistische Kolonialpolitik ist überall dieselbe. Man denke nur an die Gräueltaten der Engländer in Indien, an die Scheußlichkeiten im Burenkriege, wo Männer, Frauen, Kinder in den berüchtigten Konzentrationslagern dem trockenen Lode entgegengeführt wurden, an die Ausrottung der Hereros durch Trotta (stürmische Pfuirufe), an die Gräueltaten die unter der Regide Leopolds (sehr gut!) — vielleicht des ruchlosesten Kapitalisten, der je auf dem Throne gesessen hat (stürmische Zustimmung) — im Kongoland verübt wurden, von dem jetzt ein Teil dem deutschen Kolonialland angegliedert wird.

Die ungeliebte Marokkopolitik und der tripolitansische Brigantennug gehören eng zusammen. Es ist eine Politik, die

ebenso gefährlich für den Fortschritt, wie für die Freiheit und den Frieden ist. Hat doch der Präsident der türkischen Deputiertenkammer, Ahmed Riza, an das sozialistische Bureau sowie an bürgerliche Politiker Europas mit Recht geschrieben, daß diese Kriegspolitik alle fremdenfeindlichen und alle reaktionären Instanzen in der mohammedanischen Welt aufrust und daß so hoffnungsvoll begonnene Werk der Modernisierung, Kultivierung und freiheitlichen Gestaltung der Türkei auf das schwerste gefährdet. Wohl am schlimmsten aber ist die Gefahr, die für den Weltfrieden aus dieser Politik erwächst. Eben haben wir erst wieder gesehen, wie einflußreiche Kreise dabei sind, die Völker untereinander zu verhegen und wie die auswärtige und die innere Politik sich verflüchtigt. Der deutsche Kronprinz hat durch seine Geste der Kriegskrede Beifall zugerufen, die Herr v. Heudebrand, der ungekrönte König von Preußen, im deutschen Reichstage gegen England hielt. (Rebhaftes Hört, hört! und Bewegung.) Aber gerade dieser Vorgang zeigt uns auch mit dankenswerter Deutlichkeit, wo der aller schlimmste Feind des Völkerfriedens zu suchen ist. Genossen und Genossinnen! Das preußische Junkertum ist die schlimmste Gefährdung des Weltfriedens, wie es der schlimmste Feind der Freiheit und des Proletariats ist. (Stürmischer, minutenlanges Beifall.) Und die Macht des preußischen Junkertums wurzelt in dem preußischen Wahlrecht, dem rückständigsten und reaktionärsten Wahlrecht in Europa. (Rebhaftes Hört, hört! und anhaltende Zustimmung.) Parteigenossen, indem Ihr gegen das Wahlrecht in Preußen kämpft, kämpft Ihr für den Frieden Europas. Nur der Sozialismus vermag den Schandtat der Kolonialpolitik ein Ende zu bereiten und die Beseitigung des preußischen Wahlrechts ist eine Hauptetappe auf dem Wege, der zum Sozialismus und damit zum Völkerfrieden führt. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Mit Jubel begrüßt, überlechte darauf Genosse Ledebour, der durch ein Halsleiden verhindert worden ist, selbst ein Referat zu übernehmen, den französischen Teil der Rede des Genossen Vanderelde ins Deutsche.

Anknüpfend an die letzten Worte Vandereldes betont auch Genosse Reichstagsabgeordneter Franz die große Bedeutung des Sozialismus für den Frieden. Die Arbeiterschaft hat, wie wir eben gesehen, bessere Gesandten und Botschafter für den Frieden als die bürgerliche Gesellschaft. Sie beschützen den Frieden besser als Kaiser und Könige, die sich besuchen, umarmen und küssen, und nach Hause gekommen, neue Kanonen und Kriegsschiffe beschaffen. Heberall finden dagegen die Gesandten der Arbeiter den Willen, einträglich und fest für den Frieden einzutreten. Nicht den italienischen Arbeitern, sondern den Pfaffen und den weltlichen Rüstherren gilt unser Protest. Dem italienischen Volk, das zu gleicher Zeit wie das deutsche die nationale Einheit, wenn auch durch ein besseres Mittel, durch die Revolution, erzieht, dem alten Kulturbol gehören unsere Sympathien ebenso, wie dem türkischen, das eben dabei war, durch eine Reihe kultureller Maßnahmen sich in die Reihe moderner Völker einzureihen. Er schilbert dann, wie schlecht Italien betaten war, seinen vielen Jubiläen auch noch diesen Jubiläumskrieg anzuhängen. Nicht würdig des Italiens eines Garibaldi, sondern des Italiens eines Rinaldo Rinaldini seien die Mörderinnen und Krabermasakres. Unschuldige Frauen und Kinder niederzumeheln, ist eines großen Volkes ebenso unwürdig wie der Einfall, den Soldaten Strahndirnen nachzuschneiden. Solche Taten sind ein Schandstiel europäischer Kultur, die schon die vergangenen Jahrhunderte verurteilt haben. Italien kann daher keinen Anspruch erheben, als ein geistigeres Land angesehen zu werden, als die Türkei, die jetzt eben erst durch die Jungtürken kulturell kultiviert werde. Doch haben die Arbeiter Italiens keine Mißgunst an diesen Verbrechen. Sie protestieren ebenfalls dagegen. Wissen sie doch, daß sie die Leidtragenden des Tripolitanskrieges sein werden. Dasselbe kann vor sich nicht die bürgerliche Gesellschaft Europas behaupten. Liegt man ihre Presse, so muß man glauben, daß Vernunft auch ein Exportartikel sei. Handelt es sich um Kolonialerwerbungen des eigenen Landes, führe sie das Schwert fortgesetzt im Munde. Italien aber bezichtigt sie der Verletzung der Moral. Die hohen unübersehbaren Zollmauern, mit denen sich die modernen Staaten umgeben, sind der Grund, weshalb jedes Land auf Kolonialabenteurer ausgeht. Es sucht eigene geeignete Absatzgebiete für seine Industrieprodukte und Gebiete, die die benötigten Rohstoffe liefern. Asien, das früher das Dorado der kolonialtreibenden Mächte war, ist ihnen zu heiß geworden, seitdem die Völker durch kraftvolle Revolutionen sich beginnen, selbst zu befreien. Darum sehen wir im selben Moment, wie die Auffstellung Ägyptens vollendet wird. Die Franzosen annektieren Marokko, Italien Tripolis und Deutschland einen Teil vom Kongo. Alle begehen Raub, ändern wird sich das erst durch den Sozialismus. Der Sieg des Sozialismus ist der Sieg des Friedens. Nur die Durchdringung der Staaten mit Demokratie, der sich in Deutschland als stärkstes Bollwerk das preußische Dreiklassenparlament entgegenstellt, bietet die Gewähr des endlichen Sieges der Friedenslieber. Die Arbeiter Deutschlands waren auf dem Vortritt und werden auf dem Vortritt bleiben. Sie reichen den Italienschen und den türkischen Arbeitern die Bruderhand. Die Arbeiter aller Länder dürfen überzeugt sein, daß die deutschen Arbeiter alle Gelüste der herrschenden Klassen auf koloniale Abenteuer bei der Reichstagswahl hinweglegen werden. So schloß Genosse Franz unter lebhaftem Beifall der Versammlung. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Vorbereitungen der Polizei.

Herr v. Jagow demonstrierte mit seiner bewaffneten Macht ebenfalls. Ramentlich die Strahndirnen in der Nähe des Dräselchen Lokals waren mit Schützenposten besetzt, die zum Schloß führenden Brücken mit Doppelposten.

In der ersten Stunde sah man im Schloß, im Marstall, ja, sogar im Dom größere Schutzmannaufgebote verschwinden, Kadastrepatrouillen lebten vor und nach den Versammlungen die Straßen. Auch in einem leerstehenden Laden im Hause Neue Friedrichstr. 50 und im Geschäft von Gebr. Grob, Neue Friedrichstr. Ecke Kaiser-Wilhelmstraße, hielten sich Schutzmannaufgebote auf.

Starke Polizeiaufgebote sah man am Reichstagsgebäude, wo einige hundert Schutzeleute versammelt waren, und in der Nähe des Brandenburger Tores. Von den Außenbezirken begaben sich am frühen Vormittag massenhaft Schutzeleute nach dem Innern der Stadt zu. Vielleicht erwartete man einen Demonstrationzug durch die Straße „Unter den Linden“.

Auch besonders vor der „Neuen Welt“ fand sich die Polizei zeitig und zahlreich ein. Jeder der vier Zugänge zum Garten des Lokals war mit zwei bis drei Schutzeuten besetzt. Auf der gegenüberliegenden Seite der Straße patrouillierten Beamte in Uniform und Zivil. Ordnonnangen waren zur Stelle. Mehrere Polizeioffiziere wachten darüber, daß der Beamtenapparat nach allen Regeln preußischer Ordnung funktionierte. So hatten die Vertreter der Staatsgewalt an der Stätte unserer Friedensdemonstration ein etwas kriegerisch anmutendes Strahlenbild errichtet. Allerdings ganz überflüssiger Weise, wie der Verlauf unserer Veranstaltung zeigte.

Vor den meisten übrigen Lokalen war das Polizeiaufgebot weniger massenhaft. Und da die Polizei sich den abziehenden Versammlungsbesuchern gegenüber außerordentlich reserviert verhielt, so kam es nirgends zu Zusammenstößen und den lässlichen Szenen, wie sie sich leider vielfach bei den verflochtenen Wahlrechtsdemonstrationen abgespielt haben.

Die Sozialdemokratie 3028, auf die Liberalen 2098, auf die Unpolitischen Hausbesitzer 302 und auf das Zentrum 29 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug in den meisten Bezirken 50 Proz., nur in einem Bezirk traten mehr denn 60 Proz. der Wähler an den Wahltag heran.

Die Liberalen hatten am Beginn des Wahltages schnell noch ein mit den abgefeindeten und albernen Phrasen versehenes Flugblatt auf den Markt geworfen, ohne damit den geringsten Erfolg zu erzielen. Mehr als ein Duzend Autos rasselten fortgesetzt durch den ersten Bezirk, um die Wähler zum Wahltag zu holen. Auch im fünften Bezirk sahen schon früh die Autos ein, um für den Betriebsinspektor des zehnten Straßenbahnhofs, Herrn Pirus, die Wähler heranzuschleppen. Zweimal wurden die Straßenbahner während der Fahrt abgelöst. Einige Straßenbahner gingen in ihrer Unterwürfigkeit sogar soweit, daß sie sich in die Wohnungen ihrer Kollegen begaben, um die Betreffenden wider ihre Ueberzeugung zu zwingen, dem Betriebsinspektor Pirus die Stimme zu geben. Trotz alledem siegte der Genosse Mohs. Im 6. und 7. Bezirk ging es etwas ruhiger zu, da die Bürgerlichen ernste Kandidaturen nicht aufgestellt hatten, denn diese Bezirke waren von vornherein aussichtslos. Im dritten Bezirk rafften sich die Anhänger der Liberalen Vereinigung gegen Mittag noch einmal auf, um die Nichtwähler mobil zu machen. Auch hier war jede Liebesmühe vergeblich. Die Mandate der Sozialdemokratie sind nunmehr wieder von elf auf dreizehn gestiegen. Die Wahl selbst ergab folgendes Resultat:

8. Bezirk: Eingeschriebene Wähler 1867. Es erhielten Genosse Eduard Peterson 631 Stimmen, Ingenieur Schammer (Liberaler Vereinigung) 201 Stimmen und Zentrum 21 Stimmen. Gewählt: Eduard Peterson (Soz.). Bisher Postsekretär Schneider.

9. Bezirk: Eingeschriebene Wähler 1945. Es erhielten Stimmen Genosse Albin Mohs 675, Betriebsinspektor Pirus (Liberaler Fraktion) 533 Stimmen. Gewählt Albin Mohs (Soz.). Bisher Genosse Däumig.

10. Bezirk: Eingeschriebene Wähler 1752. Es erhielten Stimmen Genosse P. Magnan 603 und Architekt Kraaz (Liberal) 264 Stimmen, 8 Stimmen waren zerstreut. Gewählt Paul Magnan (Soz.), der auch bisher den Bezirk vertrat.

11. Bezirk: Eingeschriebene Wähler 1931. Es erhielten Stimmen Genosse J. Kottländer (Soz.) 618 und Kaufmann Bismarck (Liberal) 106 Stimmen. Gewählt J. Kottländer (Soz.). Bisher Kottländer.

12. Bezirk: Eingeschriebene Wähler 2037. Es erhielten Stimmen Genosse Küter 501, Genosse Fischer 501, Turnlehrer Sobel (Liberal) 933, Kaufmann Hoffmann (Liberal) 933, Rechnungsrat Müller 306 und Maurermeister Pfundt 306 Stimmen. Gewählt sind Sobel und Hoffmann (Liberal). Bisher Sobel und Schellak.

Der Wahlkampf der dritten Abteilung ist vorüber, nunmehr können die Vertreter in der zweiten und ersten Abteilung ernannt werden. Die Sozialdemokratie hat sich diesmal an der Wahl in der 2. Klasse nicht beteiligt.

Rixdorf.

Mit der Vorbereitung eines Kartoffelverkaufs für den Fall einer im Laufe des Winters eintretenden erheblichen Preissteigerung erklärte sich der Magistrat in seiner letzten Sitzung einverstanden und beschloß, bei der Stadtverordnetenversammlung zu beantragen, zur Beschaffung der Kartoffeln, welche zum Selbstkostenpreise an ärmere Bewohner weiter verkauft werden sollen, einen außerordentlichen Kredit von 10 000 M. zu bewilligen. Mit der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen durch die bestehende Kommission erklärt sich der Magistrat einverstanden. (Wir halten den geforderten Kredit von 10 000 M. für eine Arbeiterstadt wie Rixdorf für völlig unzureichend, wenn man bedenkt, daß andere weit kleinere Gemeinden größere Summen hierfür bereitgestellt haben. D. N.) — Der Schullastenanspruch gegen Berlin soll auch für das Jahr 1911 zur Anmeldung gelangen. — Der Erlaß eines Ortsstatuts zur Erhaltung der Vorgärten innerhalb der Ringbahn auf Grund des Verunstaltungsgesetzes wurde genehmigt. — Der Abschluß der städtischen Sparkasse soll in Zukunft schon in der Zeit zwischen dem 15. und 31. Dezember erfolgen. Der genaue Termin des Beginns wird in jedem Jahre vom Dezernenten bestimmt. — Von der Resolution der städtischen Arbeiter vom 12. Oktober 1911 nahm der Magistrat Kenntnis und beschloß, daß nur auf die dauernd beschäftigten Arbeiter die Bestimmungen der Arbeitsordnung Anwendung finden sollen. Als dauernd beschäftigt seien diejenigen Arbeiter anzusehen, welche zur Verrichtung der normalerweise dauernd vorhandenen Arbeiten erforderlich sind. — Der Antrag von drei Angestellten des Omnibusbetriebes vom 4. November 1911 betreffend Wahl von Vertretern zu den Sitzungen der vereinigten Arbeiterausschüsse wurde abgelehnt. Die Angestellten des Omnibusbetriebes seien nicht als Arbeiter im Sinne der Arbeitsordnung anzusehen.

Wilmerdorfer-Salensee.

Konservative Fortschrittler. Es ist zwar nichts Neues, daß das Fortschrittlerium sich zum Rindersport herabwürdigt; aber ein Wort, dessen Held der Fortschrittliche Verein in Wilmerdorf ist, dürfte sich doch nicht alle Tage ereignen. Am Orte gibt der Druckereibesitzer Hans Heenemann als „amtliche Zeitung für Bekanntmachungen der städtischen Behörden und des Polizeipräsidiums“ die „Wilmerdorfer Zeitung“ heraus. Das Blatt ist in seinem politischen Teil alldeutsch-konservativ redigiert und macht sich in Kommunalangelegenheiten zum Sprachrohr der von konservativen und rechtsnational-liberalen Politikern geleiteten Mehrheitsfraktion. Es ist nun einmal üblich, daß bürgerliche Geschäftsleute in allen möglichen Vereinen Mitglieder sind, und als Herr Heenemann eines Tages bei der Aufzählung seiner Mitgliedschaften entdeckte, daß ihm eine solche vom Fortschrittlichen Verein fehlte, dachte er sich vielleicht nichts Arges bei dem Entschluß, das Verzeichnis nachzuliefern und sich auch hier zur Aufnahme zu melden. Anders sah aber ein Mitglied des Fortschrittlichen Vereins die Sache an. Der Mann erinnerte daran, daß der Bewerber erst vor wenigen Wochen bei der Stadtverordnetenwahl als Kandidat der konservativen Bezirksvereine den Fortschrittlichen Kandidaten bekämpfte und auch sonst seiner ganzen politischen Haltung nach unmöglich irgend etwas vom Wesen der Fortschrittlichen Volkspartei an sich haben könne. Man müsse, so meinte er, sich bei einem solchen Manne vorsetzen und seine Aufnahme zum mindesten von der Erklärung abhängig machen, daß er einem gegnerischen Verein nicht angehöre.

Leute, die so etwas wie eine politische Ueberzeugung in sich tragen, werden ein solches Verlangen nicht gerade unbillig finden. Anders aber die Herren in der politischen Organisation der Fortschrittlichen Volkspartei. Sie stammten bei der „stillehen Forderung“, daß ein Mitglied ihrer Organisation nicht auch konservativ sein dürfe, und der Schluß der Auseinandersetzung war, wie jetzt in der „Wilmerdorfer Zeitung“ berichtet wird, daß der Vertreter der fortschrittlichen Parteigrundlage sich zum Austritt aus der Organisation veranlaßt sah, der politische Gegner Heenemann aber vom zuständigen Vorstand aufgenommen wurde.

Sichtenberg.

Stadtverordnetenwahlen!

Die Wichtigkeit der kommunalen Wahlen beleuchten einige Vorgänge aus der letzten Stadtverordnetenversammlung. Die Mehrheit hat zwei Verträgen zugestimmt, die ein Geschenk von ca. 1/2 Millionen Mark an die Straßenbahn und dazu auch noch ein Geschenk von

ca. 1/2 Millionen Mark an den Mittergutsbesitzer Röder bedeuten. Die Beschlußfassung erfolgte in geheimer Sitzung unter flagrantem Bruch der Geschäftsordnung, in so schwerwiegender Form, daß jeder Einwohner das Recht hat, die Gültigkeit der Beschlüsse anzuzweifeln. Sodann hat die Mehrheit die Petitionen der mittleren und unteren Beamten um bestehende Gehaltsaufbesserung einfach rundweg abgelehnt. Die Beamtenfreunde brachten es ja auch gelegentlich der Staatsberatung fertig, den von unseren Genossen geforderten Anspruch der Beamten auf Ferienurlaub abzulehnen. Am meisten mußte man sich darüber wundern, daß die Beamtenvertreter Rott und Frenschke damals in solcher Weise die Interessen ihrer Mandatgeber „wahrnahmen“. Jedenfalls zeigen die Vorgänge, wie notwendig es ist, daß die Einwohner sich um die kommunalen Vorgänge bekümmern und die Wähler sich keine Vertrauensmänner des Grundbesitzerkreises aufdrängen lassen. Es sollte daher niemand verkümmern, die in dieser Woche stattfindenden Versammlungen zu besuchen. Es sind folgende: Dienstag, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, in der Warburg, Frankfurter Chaussee 60/61 für die Wähler des III. Bezirks II. Abteilung.

Donnerstag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Schwarz, Möllendorfer 28, für die Wähler des IV. Bezirks der II. Abteilung, ferner bei Keller, Eitelstr. 28, für die Wähler des XV. und XII. Bezirks der III. Abteilung und bei Arnold, Frankfurter Chaussee 6, für den II. Bezirk der II. Abteilung.

Freitag, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Widenhagen, Scharnweberstraße, für den IV. und V. Bezirk der III. Abteilung und bei Stetel, Pfarrstr. 74, für die Wähler des X. Bezirks der III. Abteilung.

In den Versammlungen werden Referate erstattet, denen sich ein Meinungsaustausch der Wähler anschließen soll. Wer seine Pflicht tun will, muß erscheinen!

Tempelhof.

Feuer brach am Sonntagabend zwischen 11 und 12 Uhr auf dem Grundstück der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft, Gottlieb-Dunckelstraße in einer der Firma Müller gehörenden Neubauten aus. Sowohl die Wube wie das darin befindliche Handwerkszeug und die Sachen der Arbeiter wurden ein Raub der Flammen. Auch drei in der Halle liegende Hunde kamen in den Flammen um. Von dem Brand wurde, da Hilfe nicht so schnell zur Stelle war, des Weiteren die nebenstehende der Petroleumgesellschaft gehörende Wube erfasst, die zum Teil niederbrannte.

Stralau.

Heute Dienstag, nachmittags von 5—8 Uhr, findet eine Erftwahl in der dritten Klasse statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist Genosse Albert Gebel, Marktgrasendam 11. Das Wahllokal befindet sich bei Steinte, III-Stralau 5. Die Genossen wollen dafür sorgen, daß das Wahlgeschäft pünktlich von statten geht und daß unser Kandidat mit großer Majorität gewählt wird. Nach der Wahl findet in demselben Lokal eine Mitgliederversammlung statt.

Treptow-Daumshulenvogel.

Die neuerbaute Kirche, deren beide im Barockstil gehaltene Türme schon seit längerer Zeit das Auge des Ausflüglers auf sich lenkten, wurde am Sonntag vormittag unter Weisen eines Prinzen sowie sonstiger staatlicher und geistlicher Würdenträger mit dem üblichen Pomp eingeweiht.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Da die Einrichtung von Versicherungskassen auf Grund der Reichsversicherungsordnung auf Kosten der Gemeinden erfolgen kann, erklärte sich der Gemeindevorstand gegen ein solches Amt. Von unseren Genossen wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß ein gut Teil der Funktionen eines gemeindlichen Versicherungsamtes bereits jetzt von der Behörde ausgeübt würde, folglich auch die Kosten nur ganz unbedeutende sein könnten. Vor allem müsse aber in Betracht kommen, welche Lohnausfälle und sonstigen Kosten den Versicherten erspart würden, wenn die erste Inflation nicht beim Landratsamt, sondern in der Gemeinde sei. Die Mehrheit lehnte — da es sich doch nur um Arbeiterinteressen handelte — ab. — Den Erlaß eines Ortsstatuts über die Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen hatte ein anderer Punkt der Tagesordnung zum Gegenstand. Es dürfen danach in offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes Geschäfte, Lehrlinge und Arbeiter — abgesehen vom ersten Weihnacht-, Oster- und Pfingsttage, an denen die Beschäftigung überhaupt untersagt ist — an Sonn- und Festtagen in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September nur von 8—10 Uhr vormittags und vom 1. Oktober bis 30. April nur von 12—2 Uhr beschäftigt werden, soweit nicht Ausnahmen durch die zuständigen Behörden festgesetzt werden. Ausgenommen sind der Handel mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln sowie mit Blumen. Ein Versuch von unserer Seite, auch diese mit einzubeziehen, scheiterte.

Die Ueberbrückung des Rieselgrabens an der Miquel- und Delbrückstraße soll nun endlich vorgenommen und damit ein unhaltbarer Zustand beseitigt werden. Freilich können, infolge Weigerung der Stadt Berlin, auch nur provisorische, hölzerne Brücken geschaffen werden und für die Delbrückstraße lediglich ein Fußgängersteig, weil die interessierten Anlieger nicht zu höheren Leistungen zu bewegen waren. Immerhin ist der kleine Fortschritt zu begrüßen.

Eine größere Anzahl von Tagesordnungspunkten waren zu erledigen, um ein großzügiges und für die fernere Entwicklung unseres Ortsteils sicher bedeutungsvolles Projekt durchführen zu können, nämlich die Verbreiterung und Regulierung der Schloßstraße von der Wilhelm- bis zur Berliner Straße. Hierfür waren bereits 102 500 M. bereitgestellt, man war jedoch noch nicht zur Ausführung geschritten, weil ein erweitertes Projekt aufstand. Danach soll die Schloßstraße zwischen Wilhelm- und Friedrichstraße 22 Meter und von da bis Berliner Straße 20 Meter Breite erhalten und asphaltiert werden. Nur der Schienenkörper der Straßenbahn soll der bedeutend geringeren Unterhaltungskosten wegen Reibschienenpflaster erhalten. Um diesen neuen Plan ausführen zu können, war es notwendig, von den Anliegern teils ganze Grundstücke, teils einzelne Parzellen zu erwerben und einzelne Gebäude niederzureißen. Auf Grund des vor kurzem erlassenen Ortsstatuts ist es nun möglich, einen erheblichen Teil der durch den Landwerb erwachsenden Kosten auf die Anlieger zu verteilen, die ja zweifellos durch den Wertzuwachs ihrer Grundstücke, gesteigerte Mieten usw. den bei weitem größten Vorteil haben. Allerdings sind diese Kosten dadurch noch besonders hoch getrieben, daß z. B. von der Reichlichen Erben 680 M. pro Quadratmeter, also ein ganz außergewöhnlich hoher Preis gefordert wurden.

Zuletzt berichtete der Gemeindevorstand noch über die Maßnahmen, die er zur Linderung der Leuerung getroffen habe. Es sollen — wie bereits durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht ist — vom 15. er. ab Mittwoch und Donnerstags Seefische an den näher bezeichneten Verkaufsstellen feilgeboten werden und zwar zum Selbstkostenpreis mit einem Aufschlag von 8 M. pro Zentner zur Unkostendeckung usw. Zu einem weiteren Vorgehen — namentlich zu billigen Kartoffel- und Fleischvertrieb — hat man sich noch nicht entschließen können.

Trebbin (Kreis Teltow).

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zu der am 20. November stattfindenden Stadtverordneten-Ergänzungswahl wurden als Bewerber die Herren Raab und Konrad Schulze, zu deren Stellvertreter Herr Ruchner und Genosse Richter gewählt. Bei der Wahl von zwei Mitgliedern zum Schulvorstand der Fortbildungsschule wurden die Herren Haase und Karl Schulze gewählt. Der von 3. Abteilung

vorgeschlagene Genosse Schönsee erhielt nur die 6 Stimmen unserer Genossen. Zu dem Veranlagungsgegenstand: Beschlußfassung über die Höhe der Forstarbeiter stellte Genosse Richter einen Veranlagungsantrag, weil der Dezerent es wieder nicht für nötig befunden habe, zur Sitzung zu erscheinen. Da die Forstarbeiter jedoch schon seit Montag im Gange sind, zog Genosse Richter seinen Antrag zurück. Die Löhne wurden alsdann wie folgt festgesetzt: Stammholz, Quadratmeter 70 Pf., Stangen I 8 Pf., II 6 Pf., Abofen 75 und 60 Pf., Reisig 50 und 40 Pf., Stubben 1,20 M., Tagelohn 2,50 M. Das Feierzehndholz sowie die Entschädigung von 30 Pf. dafür kommt in Wegfall. Dafür erhält jeder 2 Haufen Trodenholz, die von der Kommission abzunehmen sind, außerdem ist für jeden Haufen 1 M. zu zahlen. Reisig III. Klasse erhält jeder nach Bedarf zur Lage, desgleichen ein Stück Bauholz bis zu einer gewissen Größe.

Friedrichshagen.

Bei der Erftwahl zur Gemeindevertretung in der dritten Abteilung wurde am Sonntag der Genosse Hans Nieme mit 544 Stimmen gewählt. Von den Gegnern waren keine Kandidaten aufgestellt. Die Zahl der eingeschriebenen Wähler betrug 1748.

Vernau.

In einer von über 500 Personen besuchten Versammlung sprach Landtagsabgeordneter Genosse Strödel über „Reichs-, Landes- und Kommunalpolitik“. Am Schluß seiner des öfteren von Beifall unterbrochenen Rede forderte der Referent die Anwesenden auf, sich ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisation anzuschließen, denn nur dadurch sei es möglich, den Kampf mit unseren Feinden erfolgreich zu bestehen. Hierauf geißelten die Kandidaten für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl die zahlreichen Sünden der bürgerlichen Mehrheit im Stadtparlament. Am Anfang und Ende der Versammlung brachte der Arbeitergesangsverein Freiheit einige stimmungsvolle Lieder zum Vortrag.

In der letzten Nummer des hier erscheinenden Kreisblattes fordern „einige Wähler“ der dritten Abteilung den Bürgerverein an, den Sozialdemokraten die Wahl in dieser Abteilung nicht so leicht zu machen und mit geeigneten Gegenkandidaten aufzutreten. Dem Bürgerverein würde die Sozialdemokratie nur dankbar sein, wenn er seine Rannen zum Kampf aufriefe. Gegner machen den Wahlkampf stets interessanter, zudem werden unsere säumigen Wähler aufgerufen.

Es ist nun Pflicht eines jeden Arbeiters, sich am Donnerstag, den 16. d. M., rechtzeitig zur Wahl einzufinden und seine Stimme unseren Kandidaten zu geben. Besonders die im Oktober nach Berlin verzogenen und auswärts arbeitenden Genossen machen wir aufmerksam, sich vor 7 Uhr im Wahllokal (Elysiun) einzufinden, damit sie ihre Stimme noch abgeben können. Der letzte Zug, der benutzt werden kann, geht 6.11 Uhr von Berlin ab. Wahlbenachrichtigung oder Steuerzettel ist mitzubringen. Ferner fordern wir die Genossen auf, denen es möglich ist, sich um 4 Uhr frei zu machen und sich im Wahlbureau einzufinden. Das Wahlbureau ist gleichfalls im Elysiun (Schimmer). Die Wahl findet von mittags 12 Uhr bis abends 7 Uhr statt. Wer um 7 Uhr im Wahllokal ist, muß noch zur Stimmabgabe zugelassen werden. Es ist besonders darauf zu achten, daß die Kandidaten, die zur Ergänzungswahl (Selbig, Werner, Swabina) stehen, zuerst, und dann der zur Erftwahl stehende Genosse Knöschke genannt wird. Das Wahlergebnis wird am selben Abend beim Genossen Salzmann bekanntgegeben.

Die Expedition des „Vorwärts“ befindet sich von Mittwoch, den 15. November, ab Rühlensstraße 5 (Laden).

Oranienburg.

Mit den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen am Sonntag, den 19. November, beschäftigte sich im Lokale Waldhaus Sandhausen eine öffentliche, außerordentlich stark besuchte Versammlung. Der geräumige Saal konnte nicht annähernd allen Erschienenen Sitzplätze gewähren, so daß viele sich mit einem Stehplatz begnügen mußten. Genosse Udo, der das Referat übernommen hatte, ging zuerst mit scharfen Worten auf das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Stadtparlament sowie im jetzigen Wahlkampf ein. Schon die Auswahl der Kandidaten zur dritten Abteilung, die die Bürgerlichen vorgenommen haben, zeige, wie wenig die Arbeiter von den Bürgerlichen die Vertretung ihrer Interessen zu erwarten haben. Der Redner stellte sodann den Behauptungen und Taten der Bürgerlichen die sozialdemokratischen Forderungen gegenüber und forderte zum Schluß die Erschienenen auf, nicht nur am nächsten Sonntag selbst zur Wahl zu gehen, sondern unablässig zu agitieren, um so den sozialdemokratischen Kandidaten mit großer Mehrheit zum Siege zu verhelfen. Der starke Beifall, der dem Redner gesollt wurde, läßt erwarten, daß unsere Genossen alle Kraft anstrengen werden, um den Sieg zu erringen.

In der Diskussion meldete sich kein Gegner zum Wort. Die Versammlung wurde nach einigen anfeuernden Worten verschiedener Genossen mit einem einstimmigen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Potsdam.

Die Untersuchung des im Bornimer Armenhauses gefundenen Beiles, das unter dem Lager des Ortsarmen Ahle gelegen hat, ist jetzt abgeschlossen. Professor Uhlenhuth-Strasbourg hat das Beil eingehend untersucht, kam aber zu einem negativen Ergebnis. Die Flecken am Stiel und am Eisen selbst sind nicht als Menschenblut festgestellt worden.

Gerichts-Zeitung.

Dämon Alkohol.

Unter der Anklage des versuchten Mordes stand gestern der 50jährige Schuhmacher Hermann Walter vor dem Schwurgericht des Landgerichts I, welches unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Geibel eine neue Tagung begann. Die Verhandlung enthielt ein Bild unfähig elenden Familienlebens, an dessen Zerrützung wieder Dämon Alkohol die Schuld trägt. Der Angeklagte wohnte mit seiner Frau, mit der er 18 Jahre lang verheiratet ist, im Hause Rosener Straße 28, wo er die Hausreinigung zu versehen hatte. In der gemeinsamen Wohnung hielten sich auch die Kinder des Ehepaars auf, die sich zum Teil ihr Brot schon selbst verdienen, in die Nachbarnwohnung war auch die verheiratete Tochter mit ihrem Ehemann, dem 30 Jahre alten Automobilschlosser Kaspar Drees, eingezogen. Dem Angeklagten wird von den Hausbewohnern das Zeugnis gegeben, daß er ein netter und nützlich Mann sei, der aber zu einem wahren Unhold wurde, wenn er angetrunken oder gar betrunken war. Und dies war leider recht häufig der Fall. In solchem Zustande drangalierte er Frau und Kinder in unerhörter Weise, belegte sie mit den gemeinsten Schimpfwörtern, tobte und standallerte, so daß die Nachbarn oft zusammenliefen. Seitdem der Schwiegerjohn ins Haus gezogen war, wurde das Verhältnis zwischen dem Eheleuten Walter ein ganz unerbittliches. Walter verhielt sich immer mehr in den ganz widrigen und in keiner Weise gerechtfertigten Gedanken, daß seine Frau zu ihrem Schwiegerjohn in unaufrichtiger Beziehung stehe, und nun kam es zu Lärmereien und Bedrohungen der Frau, die von dem Ehemann fort und fort mit den gemeinsten und ihre weibliche Ehre kränkelnden Schimpfreden verfolgt wurde. Es kam auch zu Mißhandlungen, wie die Ehefrau Walter gestern bei der Erzählung ihrer Leidensgeschichte mitteilte. Am 8. Juni hatte der Angeklagte seine Frau als auch die verheiratete Tochter, Frau Drees, wieder arg mißhandelt. Als der Schwiegerjohn davon hörte, geriet er in heftige Empörung und warf den Angeklagten zur Tür hinaus, wobei er ihn mit einem Gummischlauch verprügelte. Dadurch verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Schwiegervater und Schwiegerjohn immer mehr und der Angeklagte sann auf Rache, wie sich aus vielen drohenden Aeußerungen ergab. Eines Tages mietete sich

Walter eine Schläffe, erschien aber häufig vor dem Hause Rosener Straße 28, umschlich daselbst und stieß Drohungen sowohl gegen seine Frau als auch gegen den Schwiegersohn aus. Dies wiederholte sich auch am 14. Juli. Als der Angeklagte an diesem Tage seinen Schwiegersohn am Fenster sitzen sah, rief er ihm mit lauter Stimme zu: „Du Lubelwig, Du Zuhälter, komm herunter! Hier sollst Du fallen!“ Als der Karm zu arg wurde, ging Drees auf den Hof und fragte dort seinen Schwiegerbater, was er eigentlich von ihm wolle. Statt einer Antwort zog der Angeklagte einen geladenen Revolver aus der Tasche und schoss auf seinen Schwiegersohn. Die Kugel brang diesem in die Brust und streifte die Lunge. Obgleich das Blut sofort aus der Brust strömte, hatte Drees noch die Kraft, sich auf seinen Schwiegerbater zu stürzen und mit dem mitgebrachten Gummischlauch auf ihn einzuschlagen. Dann brach er zusammen und mußte nach dem Krankenhanse geschafft werden. Die Verletzung war nicht ohne Lebensgefahr; die Kugel sitzt noch jetzt im Körper. Die Behauptung des Angeklagten, daß er in der Notwehr geschossen, wurde von Augenzeugen widerlegt. Der Angeklagte behauptete ferner, daß die Verletzung, die ihm sein Schwiegersohn vier Wochen vorher durch einen Hieb mit dem Gummischlauch auf den Kopf zugefügt habe, ihn in seiner freien Willensbestimmung beschränkt habe. Auf Antrag seines Verteidigers Justizrats Senff wurden zu der Hauptfrage nach versuchtem Mord noch Unterfragen betr. versuchten Totschlag oder schwerer Körperverletzung gestellt.

Die Geschworenen verneinten auf Grund des zuletzt noch gehörten Gutachtens des Dr. Schnorr, der den Angeklagten bis kurz vor der Tat an der vom Schwiegersohn erhaltenen Kopferverletzung behandelt hatte, nach dem Antrage des Justizrats Senff, sämtliche Schuldfragen. Demgemäß erfolgte die Freisprechung des Angeklagten.

Schwarzhundert-Landsmannschaft.

Im Prozeß der russischen Landsmannschaft gegen den Redakteur Trost wurde, wie unseren Lesern erinnerlich, in der Verhandlung vor dem Charlottenburger Schöffengericht am vergangenen Freitag nicht ein einziger der sachlichen Vorwürfe gegen die genannte russische Studentenorganisation entkräftet. Der Vertreter des Klägers wandte sich mit Erfolg gegen eine Beweisaufnahme. Die Verurteilung Trosts ist ausschließlich um deswillen erfolgt, weil von den Abgeordneten, über deren Reden er berichtete, zwar das Wort „Vorkämpferverein“ und „echt russische Studentenorganisation“, nicht aber das Wort „Schwarzhundert-Landsmannschaft“ gebraucht worden war und weil das Gericht in diesem Worte ein einfaches Schimpfwort erblickte, das unter allen Umständen beleidigend sei, selbst wenn die sachlichen Vorwürfe gegen die fragliche Studentenorganisation durchaus begründet sein sollten. Das Gericht hat daher nicht wegen Verbreitung unwahrer Behauptungen, sondern ausschließlich aus § 185 St.-G.-B. wegen formeller Beleidigung verurteilt. In der Berufungsinstanz dürfte dies Urteil kaum aufrecht zu erhalten sein.

Vandalismus.

Gegen die Verfertigung einer gewissen Sorte von Leuten, die es besonders auf die mit großen Kosten angelegten Schmuckplätze der Gemeinden abgesehen haben, wird in letzter Zeit von dem Gericht mit unmaßstäblicher Strenge vorgegangen. Ein derartiger Akt des rohesten Vandalismus führte den Kaiser Alfred Neumann vor den Strafrichter. — In der Nacht vom 27. Mai d. J. beobachtete der Wächter Richter in Steglitz drei Männer, die sich an den vor dem dortigen Rathaus befindlichen Blumenanlagen zu schaffen machten. Er lief hinzu und sah, daß die drei in den Blumenbeeten herumtrampelten und einfach alles abriffen, was ihnen in die Hände fiel. Es gelang selber nur den einen der drei rüden Patrone, den sehnigen Angeklagten festzunehmen, während die beiden anderen entkamen. — Das Gericht hielt es für angebracht, in dem vorliegenden Falle ein Exemplar zu statuieren; da gerade die Vorortsgemeinden, die eine Verschönerung des Straßenbildes durch Anlage von Schmuckplätzen in besonderer Maße anstreben, gegen derartige in letzter Zeit häufiger auftretende Schandthaten energisch geschützt werden müßten. Das Urteil lautete deshalb wegen Vergehens gegen den § 304 (qualifizierte Sachbeschädigung) auf 1 Jahr Gefängnis.

Aus aller Welt.

Schweres Unwetter in Nordamerika.

Im Hügelland von Wisconsin und in Central-Illinois wütete am Sonnabend nachmittag ein heftiger Orkan, der außerordentlichen Schaden anrichtete. In Jonesville sind während des Sturmes neun Personen getötet worden, viele sind anderweitig zu Schaden gekommen. Die in der Stadt Virginia (Illinois) angerichteten Verheerungen sind besonders groß. Drei Personen, die dort in einer Kirche Zuflucht gesucht hatten, wurden durch einfallende Trümmer getötet.

Auch an der schottischen Küste hat am gleichen Tage der Sturm große Verheerungen angerichtet. So wird gemeldet, daß in Parkhead mehrere Eisenbahnwagen umgeworfen worden sind und daß ein Teil des Stationsgebäudes durch Eisenbahnwagen, die einen Abhang herunterrollten, schwer beschädigt wurde. Mehrere Personen wurden dabei getötet.

Ein Schläuberger.

Dem österreichischen Kavallerie-Leutnant Eduard Starz ist eine reiche amerikanische Erbin, Miss Ellen Mac Murray, durch die Lappen gegangen. Sie, die früher sterblich in den schneidigen Meiter verließ war, will plötzlich nicht mehr von ihm wissen. In seinem begreiflichen Schmerz — wohl weniger um die Dame als um die schönen Millionen — sucht der Leutnant Starz zu retten, was noch zu retten ist. Er hat daher gegen seine treulose Geliebte einen Prozeß angestrengt in dem er 100000 Mark Schadenersatz verlangt. Denn, so klagt der trauernde Liebhaber, der verlassene Schwiegerpapa sei reich genug, um die von dem Herrn Leutnant während der Brautzeit aufgewandten Geschäftskosten zurückzuerhalten. 100000 Mark seien aber schon um deswegen das wenigste, weil er, der Leutnant, sich von seinen Verwandten die gleiche Summe gepumpt habe, um seiner Dame gegenüber als vollendeter Kavallerier auftreten zu können. Vielleicht haben die New Yorker Richter mehr Einsicht als der hartnäckige ehemalige Schwiegerpapa und sprechen dem Herrn Kavallerie-Leutnant die Erstattung der Geschäftskosten zu.

Absturz eines Aviatikers.

Wie aus London berichtet wird, stieg dort am Sonntagnachmittag der Flieger Brin de Jong auf, um eine Reklamezettel für eine dortige Firma in die Menge zu werfen. Ein Paket dieser Papiere geriet in ein Rohr des Motors, so daß das Fahrzeug abstürzte. Der Verunglückte stürzte mit seinem Flugzeug auf das Dach einer Schule, wo er besinnungslos unter seinem zerkümmerten Apparat herabgefallen wurde. Die Verletzungen des Fliegers sind so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Der Dohse und der Reichstagskandidat.

Aus Eiderstedt in Schleswig-Holstein wird der „Nieler Zig.“ folgendes späßige Geschichtchen erzählt, das in der dortigen Gegend viel belacht wird: Auf der Chaussee zwischen Friedrischt und Dufum zieht eine Trift Dohsen entlang. Es kommt ein Automobil, welches anhält, um die Dohsen vorbeizulassen. In dem Auto sitzt Dr. Schifferer, der nationalliberale Reichstagskandidat. Da tritt ein Dohse an das Auto heran und streckt recht lang die Zunge heraus. Der Kandidat mag wohl gedacht haben, der Dohse sei von seinem Herrn wegen der letzten Angriffe Dr. Schifferers auf den Hund der Landwirte zu der Tat dreifert worden; das war aber nicht der Fall. Vielmehr war der Dohse an dem Tage schon fünfmal untersucht worden, und zwar vor der Versendung, bei der Verladung, auf der Viehtramp, im Stall auf der Weidung und auf dem Viehmarkt. Der an das Jungengeseln nun bereits gewöhnte Dohse meinte jedenfalls, der Herr im Auto sei gewiß wieder

ein Tierarzt und streckte deshalb dem Herrn Doktor die Zunge heraus... Nein, so ein Dohse!

Kleine Notizen.

Aushebung eines Spielernestes. In einem Leipziger Hotel wurde von der Kriminalpolizei ein Spielernest ausgehoben. Es sind etwa 30 Personen, meist auswärtige Gutsbesitzer, Kaufleute und Viehhändler festgesetzt worden, die am Spiel teilnahmen. Die Umsätze waren ziemlich groß. Es wurde ein großer Geldbetrag beschlagnahmt.

Schwerer Unfall bei der österreichischen Marine. Auf dem im österreichischen Kriegshafen Pola ankernden Torpedoboote „Anaconda“ riß am Montagmorgen das Dampfabsperrenteil eines Kessels. Durch den austretenden Dampf wurden zwei Feizer getötet, ein Maschinenmaat erlitt schwere Brandwunden.

Hungernot in Russland. Nach Meldungen, die in Paris eingetroffen sind, macht sich in achtzehn Gouvernements im Norden Russlands eine schwere Hungernot geltend. Mehrere Personen sollen bereits den Hungertod erlitten haben. Im Samara-Gebiet verlaufen die Landbewohner ihre Pferde für fünf Rubel, da es ihnen an Futter mangelt.

Erdbeden. Am Sonntagmorgen wurde im Hochlande von Turkestan ein fast senkrechter Erdbstoß wahrgenommen, der von starkem Getöse begleitet war. Auch im russischen Gouvernement Kuttai wurden leichtere Erdbstöße verspürt.

Kaufmännische Kranken- und Sterbefälle von 1885. (F. J. 71.)

Heute abend 9 Uhr im Restaurant Södenstr. 18/19: Sitzung. Sozialdemokratischer Centralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Rülchau-Schwiebus-Krossen-Zommerfeld. (Ortsverein Berlin.) Mittwoch, 15. November, abends 8 1/2 Uhr. Versammlung bei Gehner, Kopenstr. 47. Das Erscheinen sämtlicher Landesleute aus dem Kreis ist notwendig.

Spandan. Arbeiter-Samariter-Kolonie. Mittwoch, 15. d. M., im Restaurant Begeßels, Fischdorfer Str. 5: Übungsabend. Ein Arzt wird einen Vortrag über „Verbrünnungen und Erfrieren“ halten. Gäste willkommen.

Witterungsübersicht vom 13. November 1911.

Stationen	Baromet. Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Baromet. Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Schwetmb.	761.0	SE	3	bedeckt	6	Spandau	770.0	W	2	wolkig	12
Danzburg	760.5	SE	2	wolkig	7	Leipzig	764.0	NO	2	Schnee	0
Berlin	761.5	S	2	bedeckt	7	Stettin	760.0	SE	6	wolkig	8
Frankfurt	762.5	SE	1	Regen	8	Berlin	743.0	SE	3	bedeckt	6
München	763.0	SE	3	bedeckt	4	Wien	762.0	SE	2	wolkig	6
Wien	762.0	SE	1	bedeckt	7						

Wetterprognose für Dienstag, den 14. November 1911.
Mild, zunächst vorwiegend neblig bei mäßigen südwestlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge; später aufläuternd und etwas kühler.
Berliner Wetterbureau.

Wasserlaufs-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau.

Wasserlauf	am 12. 11.		am 11. 11.	
	am	seit	am	seit
Wemel, Mühl	96	-8	96	-8
Bregel, Jankenburg	-7	-2	-7	-2
Beichel, Thora	-18	0	-18	0
Oder, Raitz	88	+4	88	+4
• Krossen	30	0	30	0
• Frankfurt	40	-6	40	-6
Barthe, Sachum	-26	+2	-26	+2
• Landsberg	-45	+2	-45	+2
Rega, Borchum	-25	0	-25	0
Eide, Peltmery	-95	-7	-95	-7
• Dresden	-208	+2	-208	+2
• Darg	4	0	4	0
• Magdeburg	12	0	12	0

+) + bedeutet Sturz, - Fall, - ?) Unterpegel.

Unserem lieben Genossen
Martin Preuss
nebst seiner Frau
die herzlichsten Glückwünsche zur
Verheiratung. 15385
Die Genossen des 170. Reg.
1. Abt. 6. Str.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Königlicher Viertel.
(Wahl 187.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Former
Adolf Amelung
Rustauer Straße 22
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Mittwoch, den 15. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 12. d. Mts. verstarb unser
Genosse, der Gastwirt
Ernst Frère
Quiltenstr. 34.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 15. November, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Französischen Kirchhofes,
Vielstr. aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 12. d. Mts. verstarb unser
Genosse, der Gastwirt
Ernst Frère
Quiltenstr. 34.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 15. November, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Französischen Kirchhofes,
Vielstr. aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 12. d. Mts. verstarb unser
Genosse, der Gastwirt
Ernst Frère
Quiltenstr. 34.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 15. November, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Französischen Kirchhofes,
Vielstr. aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 12. d. Mts. verstarb unser
Genosse, der Gastwirt
Ernst Frère
Quiltenstr. 34.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 15. November, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Französischen Kirchhofes,
Vielstr. aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 12. d. Mts. verstarb unser
Genosse, der Gastwirt
Ernst Frère
Quiltenstr. 34.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 15. November, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Französischen Kirchhofes,
Vielstr. aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 12. d. Mts. verstarb unser
Genosse, der Gastwirt
Ernst Frère
Quiltenstr. 34.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 15. November, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Französischen Kirchhofes,
Vielstr. aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 11. November verstarb unser
Genosse, der Gastwirt
Gustav Matiske
(Mit-Roadit 73).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 14. November,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Helland-Kirch-
hofes, Wittenberg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 11. November verstarb unser
Genosse, der Gastwirt
Gustav Matiske
(Mit-Roadit 73).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 14. November,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Helland-Kirch-
hofes, Wittenberg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 11. November verstarb unser
Genosse, der Gastwirt
Gustav Matiske
(Mit-Roadit 73).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 14. November,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Helland-Kirch-
hofes, Wittenberg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 11. November verstarb unser
Genosse, der Gastwirt
Gustav Matiske
(Mit-Roadit 73).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 14. November,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Helland-Kirch-
hofes, Wittenberg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 11. November verstarb unser
Genosse, der Gastwirt
Gustav Matiske
(Mit-Roadit 73).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 14. November,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Helland-Kirch-
hofes, Wittenberg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 11. November verstarb unser
Genosse, der Gastwirt
Gustav Matiske
(Mit-Roadit 73).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 14. November,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Helland-Kirch-
hofes, Wittenberg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 11. November verstarb unser
Genosse, der Gastwirt
Gustav Matiske
(Mit-Roadit 73).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 14. November,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Helland-Kirch-
hofes, Wittenberg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 11. November verstarb unser
Genosse, der Gastwirt
Gustav Matiske
(Mit-Roadit 73).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 14. November,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Helland-Kirch-
hofes, Wittenberg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Hiermit die traurige Nachricht,
daß mein unglücklicher Mann,
unser guter Vater, der Arbeiter
Gustav Witte
nach kurzem schweren Leiden
sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag nachmittags 3 Uhr von
der Halle des Nazareth-Kirchhofes,
Reinickendorf, Kögelstraße, aus
statt.
Witwe Anna Witte
nebst Tochter.

Hiermit die traurige Nachricht,
daß mein unglücklicher Mann,
unser guter Vater, der Arbeiter
Gustav Witte
nach kurzem schweren Leiden
sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag nachmittags 3 Uhr von
der Halle des Nazareth-Kirchhofes,
Reinickendorf, Kögelstraße, aus
statt.
Witwe Anna Witte
nebst Tochter.

Hiermit die traurige Nachricht,
daß mein unglücklicher Mann,
unser guter Vater, der Arbeiter
Gustav Witte
nach kurzem schweren Leiden
sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag nachmittags 3 Uhr von
der Halle des Nazareth-Kirchhofes,
Reinickendorf, Kögelstraße, aus
statt.
Witwe Anna Witte
nebst Tochter.

Hiermit die traurige Nachricht,
daß mein unglücklicher Mann,
unser guter Vater, der Arbeiter
Gustav Witte
nach kurzem schweren Leiden
sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag nachmittags 3 Uhr von
der Halle des Nazareth-Kirchhofes,
Reinickendorf, Kögelstraße, aus
statt.
Witwe Anna Witte
nebst Tochter.

Hiermit die traurige Nachricht,
daß mein unglücklicher Mann,
unser guter Vater, der Arbeiter
Gustav Witte
nach kurzem schweren Leiden
sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag nachmittags 3 Uhr von
der Halle des Nazareth-Kirchhofes,
Reinickendorf, Kögelstraße, aus
statt.
Witwe Anna Witte
nebst Tochter.

Hiermit die traurige Nachricht,
daß mein unglücklicher Mann,
unser guter Vater, der Arbeiter
Gustav Witte
nach kurzem schweren Leiden
sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag nachmittags 3 Uhr von
der Halle des Nazareth-Kirchhofes,
Reinickendorf, Kögelstraße, aus
statt.
Witwe Anna Witte
nebst Tochter.

Hiermit die traurige Nachricht,
daß mein unglücklicher Mann,
unser guter Vater, der Arbeiter
Gustav Witte
nach kurzem schweren Leiden
sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag nachmittags 3 Uhr von
der Halle des Nazareth-Kirchhofes,
Reinickendorf, Kögelstraße, aus
statt.
Witwe Anna Witte
nebst Tochter.

Hiermit die traurige Nachricht,
daß mein unglücklicher Mann,
unser guter Vater, der Arbeiter
Gustav Witte
nach kurzem schweren Leiden
sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag nachmittags 3 Uhr von
der Halle des Nazareth-Kirchhofes,
Reinickendorf, Kögelstraße, aus
statt.
Witwe Anna Witte
nebst Tochter.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Franz Marsch
Rixdorf, Rixdorfstraße 24, im Alter
von 37 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 14. November,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Halle des Rixdorfer Gemeinde-
friedhofes in Tempelhof, Gottlieb-
Dunzel-Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/9 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Franz Marsch
Rixdorf, Rixdorfstraße 24, im Alter
von 37 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 14. November,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Halle des Rixdorfer Gemeinde-
friedhofes in Tempelhof, Gottlieb-
Dunzel-Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/9 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Franz Marsch
Rixdorf, Rixdorfstraße 24, im Alter
von 37 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 14. November,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Halle des Rixdorfer Gemeinde-
friedhofes in Tempelhof, Gottlieb-
Dunzel-Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/9 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Franz Marsch
Rixdorf, Rixdorfstraße 24, im Alter
von 37 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 14. November,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Halle des Rixdorfer Gemeinde-
friedhofes in Tempelhof, Gottlieb-
Dunzel-Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/9 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Franz Marsch
Rixdorf, Rixdorfstraße 24, im Alter
von 37 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 14. November,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Halle des Rixdorfer Gemeinde-
friedhofes in Tempelhof, Gottlieb-
Dunzel-Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/9 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Franz Marsch
Rixdorf, Rixdorfstraße 24, im Alter
von 37 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 14. November,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Halle des Rixdorfer Gemeinde-
friedhofes in Tempelhof, Gottlieb-
Dunzel-Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/9 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Franz Marsch
Rixdorf, Rixdorfstraße 24, im Alter
von 37 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 14. November,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Halle des Rixdorfer Gemeinde-
friedhofes in Tempelhof, Gottlieb-
Dunzel-Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/9 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Franz Marsch
Rixdorf, Rixdorfstraße 24, im Alter
von 37 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 14. November,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Halle des Rixdorfer Gemeinde-
friedhofes in Tempelhof, Gottlieb-
Dunzel-Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/9 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 12., entwich
uns der Tod plötzlich unsere gute
Mutter
Minna Stein
geb. Pfirschow.
Der Gatte, die Kinder,
Witwenkinder 11.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 15., nachmittags
1/2 Uhr, auf dem Friedhof in
Wohldorf bei Grünau statt.

Am Sonntag, den 12., entwich
uns der Tod plötzlich unsere gute
Mutter
Minna Stein
geb. Pfirschow.
Der Gatte, die Kinder,
Witwenkinder 11.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 15., nachmittags
1/2 Uhr, auf dem Friedhof in
Wohldorf bei Grünau statt.

Am Sonntag, den 12., entwich
uns der Tod plötzlich unsere gute
Mutter
Minna Stein
geb. Pfirschow.
Der Gatte, die Kinder,
Witwenkinder 11.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 15., nachmittags
1/2 Uhr, auf dem Friedhof in
Wohldorf bei Grünau statt.

Am Sonntag, den 12., entwich
uns der Tod plötzlich unsere gute
Mutter
Minna Stein
geb. Pfirschow.
Der Gatte, die Kinder,
Witwenkinder 11.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 15., nachmittags
1/2 Uhr, auf dem Friedhof in
Wohldorf bei Grünau statt.

Am Sonntag, den 12., entwich
uns der Tod plötzlich unsere gute
Mutter
Minna Stein
geb. Pfirschow.
Der Gatte, die Kinder,
Witwenkinder 11.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 15., nachmittags
1/2 Uhr, auf dem Friedhof in
Wohldorf bei Grünau statt.

Am Sonntag, den 12., entwich
uns der Tod plötzlich unsere gute
Mutter
Minna Stein
geb. Pfirschow.
Der Gatte, die Kinder,
Witwenkinder 11.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 15., nachmittags
1/2 Uhr, auf dem Friedhof in
Wohldorf bei Grünau statt.

Am Sonntag, den 12., entwich
uns der Tod plötzlich unsere gute
Mutter
Minna Stein
geb. Pfirschow.
Der Gatte, die Kinder,
Witwenkinder 11.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 15., nachmittags
1/2 Uhr, auf dem Friedhof in
Wohldorf bei Grünau statt.

Am Sonntag, den 12., entwich
uns der Tod plötzlich unsere gute
Mutter
Minna Stein
geb. Pfirschow.
Der Gatte, die Kinder,
Witwenkinder 11.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 15., nachmittags
1/2 Uhr, auf dem Friedhof in
Wohldorf bei Grünau statt.

Anton Boekers Festsäle
Weberstraße 17.
Kleiner Saal
mit anschließenden Neben

Briefkasten der Redaktion.

W. G. 22. Seit 1. Mai 1905. — Seite 73. 1. Teil. 2. Teil. —

Berufungskommission gestellt werden. — Jahrgang 1911. 1. u. 2. Ja. —

1. Teil. — S. 2. 1876. 1. Teil. 2. Teil. — S. 300. 1. Teil. 2. Teil. —

Aussergewöhnlich preiswert und unentbehrlich

für jeden Leser des Vorwärts.

Der praktische Ratgeber für jeden Gesunden.

Dr. C. E. Bock: Der zuverlässigste Hausarzt für alle Kranken.

Das Buch vom gesunden und kranken Menschen

vollständig neu bearbeitet von Dr. Paul von Mase, Oberstabsarzt a. D. und Dr. Leopold Katz-Berlin.



Mit Beiträgen von Prof. Dr. Albert Albu-Berlin, Dr. Kurt Bieling-Friedrichroda, Oberbürgermeister am Ende-Dresden, Fri. Dr. Rahel Hirsch-Berlin, Prof. Dr. Felix Hirschfeld-Berlin, Dr. O. Honigsmann-Wiesbaden, Prof. Dr. Arthur Keller-Berlin, Dr. Friedrich Keller-Schlegel i. Schl., k. u. k. Universitäts-Professor Dr. E. H. Kisch-Marienbad und Prag, Dirigierender Hospitals- und Kurarzt Dr. Franz Klisch Jun.-Marienbad, Dr. Walter von Oettingen-Berlin, Sanitätsrat Dr. J. Ruhemann-Berlin, Prof. Dr. C. L. Schleich-Berlin, Frau Dr. Grete Schäler-Helbing-Berlin, Prof. Dr. A. Volkmann + Halle a. S., k. u. k. Hofrat Dr. Wilhelm Winteraltz-Wien.

Mit 295 hochinteressanten Original-Abbildungen. 625 Seiten, eleganter Geschenkband, Lexikonformat. Jedem Leser des Vorwärts empfohlen wir das ausserordentlich wertvolle reichillustrierte populär medizinische Hausbuch und Universalwerk zum

aussergewöhnlich billigen Preis von nur 3 Mark.

Bock's berühmtes Buch ist das einzig dastehende populäre Werk, welches seit Jahrzehnten Millionen freu beraten hat; es macht sich zunächst ausführlich zur Aufgabe, dem gesunden Menschen in der Bewachung und Kräftigung seiner Gesundheit ein zuverlässiger Wegweiser zu sein. In gleicher Ausführlichkeit behandelt es dann Ursachen, Entstehung und Heilung aller erdenklichen Krankheiten und Gebrochen des menschlichen Körpers zur Erlangung der Genesung. Unter Mitwirkung einer Reihe hervorragender Professoren und Spezialärzte auf die Höhe neuzeitlicher Forschungen gebracht und mit instruktiven und belehrenden Illustrationen versehen, behauptet es heute seinen Platz als das beste populär medizinische Werk, welches sich auch als Geschenkwerk allerersten Ranges eignet. In jedes Haus, ob arm oder reich, gehört somit als erprobter und bekannter Familienfreund Bock's Buch vom gesunden und kranken Menschen.

Willibald Wendes Verlag, Berlin W., Lützowstr. 31.

Der Bestellschein ist deutlich auszufüllen und im offenen Briefumschlag mit 3 Pfennig-Marke frankiert einzusenden.

Bestellschein für die Leser des Vorwärts

Von Willibald Wendes Verlag, Berlin W., Lützowstr. 31, erhalte gegen Nachnahme: 1 Exemplar des Buches vom gesunden und kranken Menschen à 3 M. 1-2 Exemplare als Postpaket. Genosse Adm.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 14. Novbr. 1911:

Anfang 7 1/2 Uhr. S. Opernhaus. Der Rosenkavalier. S. Schauspielhaus. Die glückliche Hand. Neues S. Opernhaus. Geflohen. Deutsches. Penkellen. S. Opernhaus. Spezialitäten. Virtuöses. Gala-Vorstellung. Virtuöses. Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr. Urania. Lindenstraße 48/49. Von Meran zum Orler. Im Hörsaal: Dr. Berndt, Darwins Lehre II. Lesung. Das weiße Land. Kleines. Lohens Geburtstag. Gest und Hannu Elber. Hohenjos.

Kammerspiele. Nathan der Weise. Berliner. Bummelstudenten. Neues. Das Rädel von Montmartre. Neues Schauspielhaus. Hans Sonnenhörsers Höhenfahrt. Residenz. Ein Walzer von Chopin. Neues Operetten. Die moderne Eva. Komische Oper. Der Troubadour. Königgräzter Straße. Die Schauspielerei.

Schiller O. Madame Sans-Gêne. Schiller. Charlottenburg. Don Carlos. Friedr. Willh. Schauspielhaus. Don Juan. Neues Volkstheater. Geographie und Liebe.

Metro. Die Nacht von Berlin. Trianon. Die Dame in Rot. Trianon. Mein Baby. Thalia. Polnische Wirtschaft. Luise. Baronesse Claire. Rose. Michael Kohlhaas. Casino. Der selbige Hollschinsky. Wintergarten. Spezialitäten. Apollo. Spezialitäten. Herrfeld. Schmerzlose Behandlung. Das Kind der Firma. Königstadt-Kasino. Spezialitäten. Reichshallen. Siedler Sänger.

Anfang 8 1/2 Uhr. Folies Caprice. Kobi Krach. Nr. 14. Walfaha. Teufel, das hat eingeschlagen!

Anfang 8 1/2 Uhr. Belle-Alliance. Der Sittenapostel. Intimes. Der Brandstifter. Sternwarte. Invalidenstr. 57-62. Kaiser-Panorama. Neu! Hochgebirgstour in Tirol. Indianerleben Südamerikas.

Schiller-Theater O. Theater. Dienstag, abends 8 Uhr: Madame Sans-Gêne. Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Band der Jugend. Donnerstag, abends 8 Uhr: Madame Sans-Gêne.

Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: Don Carlos. Mittwoch, nachm. 3 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Es lebe das Leben. Donnerstag, abends 8 Uhr: Wilhelm Tell.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die Dame in Rot. Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Berliner Theater. Anfang 8 Uhr. Bummelstudenten.

Theater in der Königgräzter Straße 8 Uhr: Schauspielerei.

Neues Theater. Abends 8 Uhr: Das Rädel von Montmartre. Credit: Fritz Massary. Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der ideale Bauer.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Abends 8 Uhr: Don Juan.

Residenz-Theater. Direktor Richard Alexander. Anfang 8 Uhr: Ein Walzer von Chopin. Schwank in 3 Akten v. Réoulet u. Barré. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Hellen-Baerfeld.

Morgen und folgende Tage: Ein Walzer von Chopin.

Belle-Alliance-Theater. Dienstag und Mittwoch 8 1/2 Uhr: Der Sittenapostel. Donnerst. 8 1/2 Uhr: Der Troubadour.

Luise-Theater. Heute und folgende Tage: Baronesse Claire.

ROSE=THEATER. Große Frankfurter Str. 192. Abends 8 Uhr: Michael Kohlhaas. Mittwoch: Der Sittenapostel.

Metropol-Theater. Die Nacht von Berlin!

Große Jahresrevue in 7 Bildern von Paul Freund. Musik von B. Holländer. Die Szene geleitet vom Dir. R. Schalk. Anfang 8 Uhr. Hausgen gesteuert.

Apollo Theater. Ab 8 Uhr: Das neue Programm! Der Gipfel der Komik. Christenni u. Louise. holländische Duettisten.

Paul Jülich mit seinen Szenen. Nachgezügeln. Eine Wähler-Bersammlung. Nur noch kurze Zeit: Ein Abend in einem amerikanischen Tingel Tangel.

Pastans Panoptikum. Corso-Varieté. Friedrichstr. 165. Heiterer Künstler-Abend. 12 Attraktionen 12. Entree 50 Pf.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das beste Programm der Berliner Variété-Saison! Claire Waldoff mit neuen Schlegeln. Menö. Telepat. Phänome. The Black cats engl. Backfisch-Ess. und die 10 glänzenden Variété-Nummern.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das beste Programm der Berliner Variété-Saison! Claire Waldoff mit neuen Schlegeln. Menö. Telepat. Phänome. The Black cats engl. Backfisch-Ess. und die 10 glänzenden Variété-Nummern.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das beste Programm der Berliner Variété-Saison! Claire Waldoff mit neuen Schlegeln. Menö. Telepat. Phänome. The Black cats engl. Backfisch-Ess. und die 10 glänzenden Variété-Nummern.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das beste Programm der Berliner Variété-Saison! Claire Waldoff mit neuen Schlegeln. Menö. Telepat. Phänome. The Black cats engl. Backfisch-Ess. und die 10 glänzenden Variété-Nummern.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das beste Programm der Berliner Variété-Saison! Claire Waldoff mit neuen Schlegeln. Menö. Telepat. Phänome. The Black cats engl. Backfisch-Ess. und die 10 glänzenden Variété-Nummern.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das beste Programm der Berliner Variété-Saison! Claire Waldoff mit neuen Schlegeln. Menö. Telepat. Phänome. The Black cats engl. Backfisch-Ess. und die 10 glänzenden Variété-Nummern.

Brauerei Friedrichshain. Am Königstor. Heute 8 Uhr: Karl Heinzius-Abend. Entree 50, reserviert 75 Pf.

Herrnfeld Theater. Noch nie dagewesener Lachertolg! Das Kind der Firma. mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher: Schmerzlose Behandlung. Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. Volks-Theater. Rixdorf, Hermannstr. 20. Sonntag, 19. Nov.: Die Kanonenkönigin. Schwank in 3 Akten von Richard Wang. Montag, 20. Nov.: Gelpensier. Familien-drama in 3 Akten von Genrikt Olsen.

Königstadt-Kasino. Söe Holzmart. u. Alexanderstraße nahe Rannowstraße. Vom 1. bis 16. November, abends 7 1/2 Uhr: Das Piesen-Welstadi-Programm. Bumkes Sommerreise u. die erstklassigen Spezialitäten. Sonntags 2 Vorstellungen: nachmittags 1 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr.

Zigeunerblut. Dramatische Pantomime in 3 Akten. Außerdem die glänzende Fülle der interessantesten Lichtkunst-Spiele in allen 5 Etablissements: Alexanderplatz X Unter d. Linden Wedding, Moritzplatz, Hasenheide.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das beste Programm der Berliner Variété-Saison! Claire Waldoff mit neuen Schlegeln. Menö. Telepat. Phänome. The Black cats engl. Backfisch-Ess. und die 10 glänzenden Variété-Nummern.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das beste Programm der Berliner Variété-Saison! Claire Waldoff mit neuen Schlegeln. Menö. Telepat. Phänome. The Black cats engl. Backfisch-Ess. und die 10 glänzenden Variété-Nummern.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das beste Programm der Berliner Variété-Saison! Claire Waldoff mit neuen Schlegeln. Menö. Telepat. Phänome. The Black cats engl. Backfisch-Ess. und die 10 glänzenden Variété-Nummern.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das beste Programm der Berliner Variété-Saison! Claire Waldoff mit neuen Schlegeln. Menö. Telepat. Phänome. The Black cats engl. Backfisch-Ess. und die 10 glänzenden Variété-Nummern.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das beste Programm der Berliner Variété-Saison! Claire Waldoff mit neuen Schlegeln. Menö. Telepat. Phänome. The Black cats engl. Backfisch-Ess. und die 10 glänzenden Variété-Nummern.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das beste Programm der Berliner Variété-Saison! Claire Waldoff mit neuen Schlegeln. Menö. Telepat. Phänome. The Black cats engl. Backfisch-Ess. und die 10 glänzenden Variété-Nummern.

Zirkus A. Schumann. Heute abend 7 1/2 Uhr: De Marlos american wonders: Das Froschparadies. Luis Hardt, der Knabe Samson. Briatoris Freiheitsdressuren, vorgeführt v. Fri. Dora Schumann sowie die übrigen neuen Attraktionen. 9 1/2 Uhr: Die mit gr. Beifall aufgenommenen Peerie in 5 Bildern 1000 Jahre auf dem Meeresgrund nach Motiven aus 1001 Nacht.

Passage-Panoptikum. Die himmlischen Zwillinge zusammengewachsen. Lebend zu sehen! Ohne Extra-Entree.

Boigt-Theater. Gastspiel im Moabit Wintergarten, früher Artushof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenkuber. Kassenerstr. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Admiralspalast. Am Bahnhof Friedrichstraße. Eis-Arena Nachmittags Militär-Konzert. Allabendlich: Das prachtvolle Eis-Ballett in unübertroffener Ausstattung.

„Alpenzauber“. Außerdem abends: Die kleine Charlotte mit ihrer Novität: „Der Lichtertanz“. Einedshofer-Konzert. Restaurant i. Rangos Soupers a la Karte. Bis 6 Uhr u. von 10 1/2 Uhr abds. halbe Kassenpreise.

Ausstellung Nordland. Kurfürstendamm 151 nahe Bahnhof Halensee und Charlottenburg. Geöffnet ab 10 Uhr vorm. 125 Polarbewohner bei Arbeit, Sport und Spiel. Rentierherde, Polarbären. Eintritt für Ausstellungsgeld 50 Pf. Vorführungen: Wochentags 4 1/2 u. 6 1/2 u. 9 Uhr. Letzte Hauptvorführung abends 9 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf.

Urania. Wissenschaftliches Theater 8 Uhr: Von Meran zum Orler. Hörsaal 8 Uhr Dr. Berndt: Darwins Lehre II.

Zirkus Busch. Heute abend 7 1/2 Uhr: Die größte Sensation der Neuzeit! Pignolo, seinem tollkühnen Todessprung. Zum 2. Male prolongiert Die drei Affen-Menschen Max, Moritz und Pepi. Ferner: Finlay-Trio. Herr Ernst Schumann, Freiheitsdressuren. Schwestern Blumenfeld, Rock u. Pferde. Sämtliche Clowns mit neuen Witzsen. Um 9 1/2 Uhr zum 32. Male: Origin.-Ausstattungsstück des Zirkus Busch in 5 Bildern.

Moabit Theater. Direktor: Robert Dill. Berlin N., Baumstr. 16. Gastspiel in Enders Gefängnis an Weihenfer. Mutterliebe. Rändl. Lebensbild mit Ges. in 5 Akten. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 35, 55 und 75 Pf.

Folies Caprice. Anfang 8 1/2 Uhr. Zum 75. Male: No. 14. Kobi Krach. Casino-Theater. Köpenicker Str. 37. Täglich 8 Uhr. Trotz des enormen Andranges letzter Monat Berliner Poffen-Schlager Der selbige Hollschinsky. Sonnt. 3 1/2 Uhr: Ein Weib a. d. Volke.

Relchshallen-Theater. Stettiner Sänger Heute u. folgend. Tage: Gastspiel Robert Steidl. Anf. 7 Uhr. Große d. Höhe wie gewöhnl.

Berliner Uk-Trio. Rixdorf-Berlin. Lahnstr. 74, 1. 1.

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

